

Zeitschrift für den Klassenkampf

KOMMUNISMUS



#14 | 03/2019 | 2 €

DIE FRAU IM KAPITALISMUS

Warum die Gleichberechtigung der Arbeiterin eine Klassenfrage ist



WO SIND DIE ARBEITER/INNEN VIERTEL GEBLIEBEN?

Räumliche Struktur der Klassengesellschaft in Deutschland

INHALTSVERZEICHNIS

DIE FRAU IM KAPITALISMUS

Die Gleichberechtigung der Arbeiterin als Klassenfrage | Seite 4

FRAUEN, DIE KÄMPFEN, SIND FRAUEN, DIE LEBEN!

Erklärung zum 8. März | Seite 23

FÜR DIE JUGEND

Gedicht | Seite 24

DIE RÄUMLICHE STRUKTUR DER KLASSEGESELLSCHAFT IN DEUTSCHLAND

Wo sind die Arbeiter/innen-Viertel geblieben? | Seite 26

LEO JOGICHES

Das Leben des internationalen Kommunisten Leo Jogiches | Seite 44

Kommunismus Online

Kommunismus Online lesen: www.komaufbau.org/category/zeitung

Website Kommunistischer Aufbau: www.komaufbau.org

Facebook: facebook.com/komauf

Twitter: twitter.com/komaufbau

Youtube: youtube.com/channel/KommunistischerAufbau

Abo-Möglichkeit:

„Kommunismus“ kann beim Verlag Leo Jogiches abonniert werden. Schick dazu einen Umschlag mit Geld und deiner Adresse an unser Postfach 300 204, 44232 Dortmund. Du erhältst so viele Ausgaben von „Kommunismus“, wie Du bezahlt hast. Der Preis für 5 aufeinander folgende Ausgaben beträgt 15 Euro.

Impressum:

Herausgeber: Redaktionskollektiv, Verlag Leo Jogiches; V.i.S.d.P.: H. Sand, Solmsstr. 32, 60486 Frankfurt a.M.

Kontakt: info@komaufbau.org

PGP-Key: komaufbau.org/kontakt | Fingerprint: 9A49 BFDB 1EA1 A19D E6E4 D090 6777 88 EC BE6A 4061

Eigentumsvorbehalt: Dieser Brief bleibt solange Eigentum der Absenderin bis er dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt wurde. „Zur Habe Nahme“ gilt nicht als persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Sollte ein Teil des Briefes nicht ausgehändigt werden, so ist dieser und nur dieser Teil unter Angabe der Gründe für die Nichtaushändigung an die Absenderin zurückzusenden. Der Rest ist auszuhändigen.



Liebe Leserinnen und Leser.

In der letzten Ausgabe haben wir damit begonnen, einen Aufschlag für eine Klassenanalyse in Deutschland zu machen und drei Artikel zu diesem Themenkomplex veröffentlicht (über den Kapitalismus, den Staat und die ArbeiterInnenklasse in Deutschland). In dieser Ausgabe führen wir diese Arbeit mit zwei weiteren Texten fort.

Der Artikel **„Die Frau im Kapitalismus - Die Gleichberechtigung der Arbeiterin als Klassenfrage“** widmet sich der besonderen Unterdrückung der Proletarierin im heutigen Kapitalismus. Wie hängen Kapitalismus und Patriarchat zusammen, und warum werden wir Patriarchat im Kapitalismus niemals überwinden können? Wie sieht die ökonomische Lage der Arbeiterin heute aus? In welchen Jobs arbeitet sie in der Regel? Wie ist ihre Lage, wenn sie alleinerziehend ist? Wie steht es um ihre Bildungschancen und was nützen ihr die auf dem Arbeitsmarkt? Und: Welche Lebenssituation hat sie zu erwarten, wenn sie das Rentenalter erreicht? Das sind einige der Fragen, mit denen wir uns in diesem Artikel beschäftigt haben.

Mit der Erklärung **„Frauen, die kämpfen, sind Frauen, die leben“** knüpfen wir thematisch an diese Analyse an. Anlässlich des 8. März geht die Erklärung auf aktuelle Bewegungen wie den Frauenstreik und die Samstagsmütter in der Türkei ein.

Anschließend findet ihr noch das Gedicht **„Für die Jugend“** zum raustrennen und aufhängen.

Mit **„Die räumliche Struktur der Klassengesellschaft in Deutschland“** betreten wir ein neues Feld in der Klassenanalyse: Wir betrachten sozusagen den „Kartentisch“ Deutschlands, die Geographie und den sozialen Raum. Wie verteilen sich die Klassen in Deutschland über den Kartentisch? Wo sind die ArbeiterInnen-Viertel geblieben? Wie sieht der Stadt-Land-Gegensatz heute konkret aus? Und welche politischen Konsequenzen ergeben sich daraus? Dies und vieles mehr gibt es ab S. 26 zu entdecken.

Wir schließen mit einem Text über **„Das Leben des internationalen Kommunisten Leo Jogiches“**. Hier betrachten wir die politische Tätigkeit dieses in der deutschen Bewegung viel zu wenig bekannten Genossen anlässlich des 100. Jahrestags seiner Ermordung.

Wir wünschen eine spannende Lektüre!

Redaktion **KOMMUNISMUS** 



DIE FRAU IM KAPITALISMUS

Die Gleichberechtigung der Arbeiterin als Klassenfrage

Dieser Text befasst sich mit der Klassenlage der Arbeiterin in Deutschland, der ökonomischen Ausbeutung und der sozialen Unterdrückung der Frau. Die proletarischen Frauen als Teil der ArbeiterInnenklasse unterliegen im Kapitalismus einer besonderen Unterdrückung und Ausbeutung. Das Kapital hat das Patriarchat als ältestes Unterdrückungsverhältnis übernommen und auf seine Bedürfnisse angepasst. Dadurch unterliegen die Arbeiterinnen aufgrund ihres Geschlechts nicht nur der ökonomischen Ausbeutung durch das Kapital, sondern auch der sozialen Unterdrückung durch das Patriarchat. In diesem Sinne wird es vorerst schwerpunktmäßig um die ökonomische Ausbeutung der Arbeiterinnen heute gehen. Dabei beziehen wir uns auf unseren Text „Struktur der ArbeiterInnenklasse in Deutschland“, in dem bereits die Grundlagen zur Frage der Klassenzugehörigkeit ausgearbeitet worden sind¹.

DIE ÖKONOMISCHE KLASSENLAGER DER ARBEITERIN

Zur ArbeiterInnenklasse zählen wir alle Menschen, die keine Produktionsmittel besitzen und dementsprechend gezwungen sind, vom Verkauf ihrer Arbeitskraft zu leben; die sich zudem in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit in einer im wesentlichen ausführenden oder produzierenden Funktion befinden; und deren Anteil am gesellschaftlichen Vermögen sich im wesentlichen auf die Möglichkeit der Reproduktion ihrer Arbeitskraft (der Erfüllung ihrer grundsätzlichen Bedürfnisse) und der ihrer Familien beschränkt. Dazu gehören Millionen

von Frauen und um die geht es im weiteren Text, um die Arbeiterin heute im Kapitalismus.

In diesem Artikel werden wir herausarbeiten, dass Arbeiterinnen durch das Zusammenwirken von Kapitalismus und Patriarchat einer besonderen Unterdrückung ausgesetzt sind, dass das Kapital zutiefst daran interessiert ist, das Patriarchat zu erhalten und für seine Zwecke zu nutzen. Während sich die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen immer mehr ausdifferenzieren, bleibt die besondere Unterdrückung bestehen und äußert sich in vielen Aspekten des Alltags der Arbeiterin. Beispielhaft stehen dafür die folgenden Punkte:

- Frauen arbeiten heute vielfach als ungelernete Kraft oder mit einer Berufsausbildung in den unterschiedlichsten Bereichen: Z.B. in der Pflege, als Erzieherinnen, Sachbearbeiterinnen usw.
- Durch die Veränderung der traditionellen Familienverhältnisse werden die Arbeiterinnen vermehrt in prekäre Jobs (Teilzeit, Minijobs, befristete Jobs) gezwungen. Eine Vollzeitarbeit ist heute für die Mehrheit der Frauen immer noch nicht möglich, weil nach wie vor die Hauptlast der sozialen Verantwortung (z.B. Kinderbetreuung, Versorgung von Angehörigen) bei der Frau liegt.
- Ein Großteil der Arbeiterinnen, die Kinder bekommen oder Angehörige pflegen und deshalb die Berufstätigkeit unterbrechen müssen, kommt später nicht mehr zu den alten Bedingungen in ihre Jobs. Infolgedessen erleben sie häufig einen wirtschaftlichen Absturz, spätestens bei der Rente (Altersarmut).
- Millionen Familien und Alleinerziehende leben aufgrund ihrer ökonomischen Bedingungen in Armut. Ihre Kinder wachsen in Armut auf. Das

¹ 1 „Die Struktur der ArbeiterInnenklasse in Deutschland“, Kommunismus 13, S. 38 ff.

bestimmt ihren weiteren Lebensweg in der Jugend, in der Schulbildung, in Ausbildungsberufen, im Studium oder in der Jugendarbeitslosigkeit und in der beruflichen Zukunft.

- Die Masse der ArbeiterInnen und insbesondere die proletarischen Frauen können ihre Klassenherkunft nicht durch Bildung, Berufstätigkeit und beruflichen Aufstieg überwinden. Dafür sorgen das Wesen und die Mechanismen der kapitalistischen Ökonomie und der Staatsapparat als Organisator der bürgerlichen Gesellschaft.

Das ökonomische System bestimmt die Klassenlage der Arbeiterin im Kapitalismus.

KAPITALISMUS UND PATRIARCHAT

Um verständlich zu machen, warum der Kapitalismus das Patriarchat reproduziert, warum die Befreiung der Frau unter den Bedingungen des Kapitalismus eine Illusion ist, wollen wir an dieser Stelle kurz ein paar Grundlagen der marxistischen politischen Ökonomie zur Warenproduktion, zum Wertgesetz sowie zum Verhältnis zwischen Lohnarbeit und Kapital darlegen:

Kapital ist Wert – das heißt geleistete Arbeit („geronnene“ Arbeit), die zur Ausbeutung neuer Arbeit dient. Kapital ist damit ein gesellschaftliches Verhältnis zwischen zwei Klassen: Der Kapitalistenklasse, der die gesamte geleistete Arbeit in Form von Maschinen, Fabrikgebäuden, Produkten – also in Form von Waren – gehört. Und der ArbeiterInnenklasse, die von nichts anderem lebt als dem Verkauf ihrer Arbeitskraft. Die ArbeiterInnenklasse verkauft ihre Arbeitskraft, die eine Ware ist (= in der gesellschaftliche Arbeit steckt) an die Kapitalistenklasse. Sie erhält dafür den Wert ihrer Arbeitskraft (= die gesellschaftliche Arbeit, die darin eingeflossen ist) in Geldform bezahlt. Das ist das sich reproduzierende Kapitalverhältnis. Der Wert der Ware Arbeitskraft ist wie der Wert jeder anderen Ware bestimmt durch die zu ihrer Produktion gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit. Gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit zur Produktion einer Ware ist der Anteil des gesellschaftlichen Gesamtarbeitstages (= Arbeitstage aller ArbeiterInnen zusammengenommen), der für ihre Produktion gebraucht wird.

Das bedeutet:

1. Nur gesellschaftliche Arbeit - d.h. Produktion für den Austausch - bildet Wert.
2. Nur die Arbeitszeit bildet Wert, die gesellschaftlich im Durchschnitt notwendig ist (d.h. meine Produkte sind nicht mehr wert, weil ich aus Ungeschick doppelt so lange für ihre Produktion brauche).

Der Wert von Rohstoffen, Werkzeugen etc. wird durch Arbeit auf neue Produkte übertragen. Nur diejenigen Gebrauchswerte, die gleichzeitig (Tausch) werte sind, d.h. als Waren produziert wurden, können Wert übertragen. Privat – also außerhalb der gesellschaftlichen Warenproduktion - hergestellte Gebrauchswerte sind keine Waren und haben keinen Wert: Ein einfaches Beispiel ist Gemüse, das ich privat in meinem Garten anbaue und selbst verbrauche. Diese Produktion findet nicht im Rahmen des gesellschaftlichen Gesamtarbeitstages, sondern außerhalb desselben statt.

Der Wert der Ware Arbeitskraft entspricht dem Wert der Existenzmittel, die zur Erhaltung und zur Reproduktion der ArbeiterInnenklasse notwendig sind, soweit es sich dabei um Waren handelt: Lebensmittel, Kleidung, etc. Diese machen jedoch nur einen Teil der Reproduktion aus! Privat, außerhalb des gesellschaftlichen Gesamtarbeitstages verrichtete Arbeit, geht nicht in den Wert der Ware Arbeitskraft ein, auch wenn ihr Erzeugnis einen gesellschaftlichen Gebrauchswert hat. Würden z.B. 10 % der Lebensmittel der ArbeiterInnenklasse von dieser selbst zu Hause für den Eigenbedarf angebaut - also nicht ausgetauscht, sondern selbst konsumiert – würde dies den Anteil des gesellschaftlichen Gesamtarbeitstages für die Reproduktion der Ware Arbeitskraft und damit ihren Wert entsprechend senken. Ein ganzer Teil der von Frauen geleisteten Reproduktionsarbeit (Kinder wickeln, Kochen, Putzen, Waschen, Pflege von Angehörigen) fällt aber unter diese Art von Privatarbeit, die zwar Gebrauchswert hat, aber keinen Wert produziert. Der Arbeitslohn im Kapitalismus wird zunächst durch den Wert der Ware Arbeitskraft bestimmt. Wir haben gesehen, dass der Wert der Ware Arbeitskraft dem Wert der Existenzmittel entspricht, die zur Reproduktion der ArbeiterInnenklasse erforderlich sind (Lebensmittel, Kleidung usw.). Jedoch ist **nur ein Teil der Reproduktionsarbeit** gesellschaftliche Arbeit, deren Produkte Werte darstellen. Hausarbeit ist in aller Regel **Privatarbeit**, die nicht im Rahmen der Warenpro-

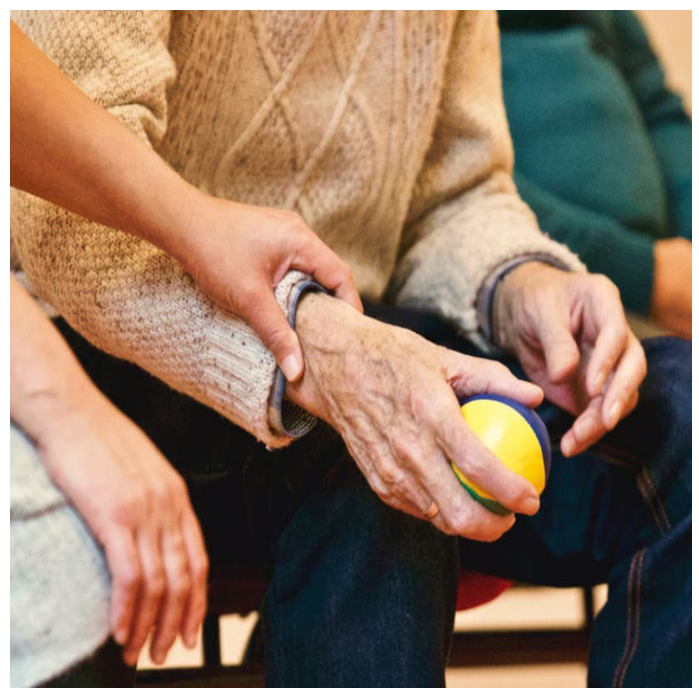
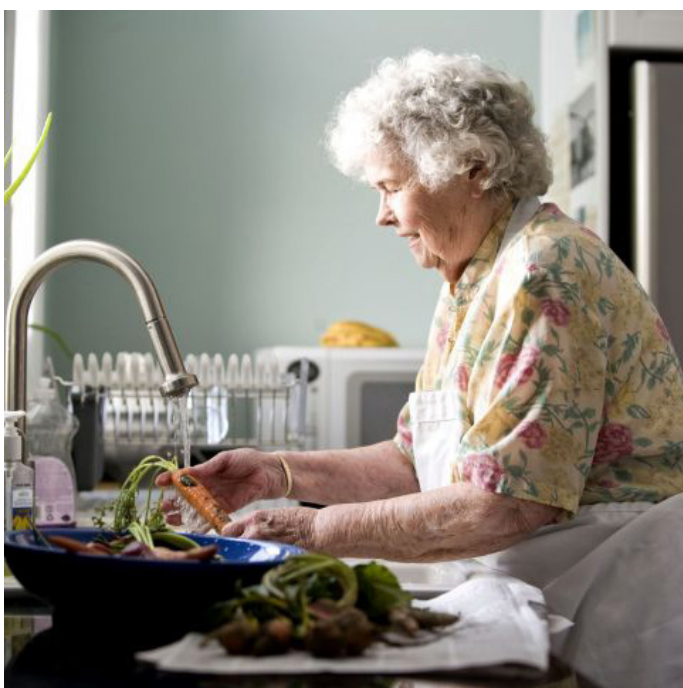


duktion, also nicht im Rahmen des gesellschaftlichen Gesamtarbeitstages stattfindet. Und das, obwohl sie Gebrauchswert hat, also ein gesellschaftliches Bedürfnis befriedigt. Privatarbeit in gesellschaftlich nennenswertem Umfang, wie sie insbesondere durch proletarischen Frauen aufgrund des Patriarchats geleistet wird, senkt unter kapitalistischen Verhältnissen also **den Wert der Ware Arbeitskraft und in Folge den Arbeitslohn!**

Dies kann man sich an einigen Beispielen klarmachen: Während die Waschmaschine gesellschaftlich, d.h. für den Austausch produziert wurde und damit Wert darstellt, ist das Wäschewaschen zu Hause Privatsache und die saubere Wäsche damit **(tausch) wertlos**. Der Herd und die Lebensmittel stellen Werte dar, nicht aber das fertige Essen als Ergebnis des Kochens. Die Windeln stellen Werte dar, nicht aber das gewickelte Kind. Das Wickeln von Kindern wäre nur dann gesellschaftliche Arbeit und damit wertbildend, wenn es für den Austausch erledigt würde: Wickelt die Hausfrau ihr eigenes Kind daheim, handelt es sich um Privatarbeit. Eröffnet sie einen Stand auf dem Marktplatz und bietet dort an, Kinder anderer Leute zu wickeln, leistet sie gesellschaftliche Arbeit und produziert Wert.

Ein Teil der Reproduktionsarbeit, die Hausarbeit, hat also Gebrauchswert, im Kapitalismus aber keinen Wert. Sie überträgt daher, im Gegensatz zu Lebensmitteln, Kleidung, Waschmitteln, Haushaltsgeräten usw. keinen Wert auf die Ware Arbeitskraft. Haus- / Reproduktionsarbeit wird im Patriarchat, das ein älteres Unterdrückungsverhältnis als der Kapitalismus ist, den Frauen aufgedrückt. Der Kapitalismus übernimmt das Patriarchat und reproduziert es aus ökonomischem Interesse:

1. Findet Hausarbeit außerhalb der Sphäre der Warenproduktion statt, liegt der Wert der Arbeitskraft – alle anderen Umstände gleichbleibend – niedriger, als wenn dieselben Arbeiten als Waren produziert und ausgetauscht würden: Wenn die ArbeiterInnenklasse ihre Kinder z.B. von einer kapitalistischen Firma erziehen lassen würde, wenn die Wäsche komplett von einer Reinigungsfirma gemacht würde, wenn man generell auswärts essen ginge usw. Die vollständige Umwandlung der Hausarbeit in gesellschaftliche Arbeit würde den Wert der Ware Arbeitskraft erhöhen und damit den relativen Mehrwert und die Mehrwertrate senken. Dieser Umstand bremst das Eindringen des Kapitalverhältnisses in den Bereich der Haus- und Reproduktionsarbeit. Kapital dringt im Zuge der verzweiferten Suche nach profitablen Anlagemöglichkeiten zwar immer mehr in den Reproduktionssektor ein (z.B. durch die Privatisierung von Krankenhäusern, Pflegeheimen usw.). Die Haus- und Reproduktionsarbeit wird im Kapitalismus aufgrund des obigen Umstands jedoch niemals vollständig zu gesellschaftlicher Arbeit werden. Das Kapital will das Patriarchat erhalten. Die Kapitalistenklasse nimmt zwar haushaltsnahe Dienstleistungen, Privatschulen und Kindergärten etc. in Anspruch (bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung der patriarchalen Rollenzuweisung auch für die bürgerlichen Frauen). Innerhalb der ArbeiterInnenklasse werden dieselben Tätigkeiten in Verewigung des Patriarchats jedoch von den proletarischen Frauen verrichtet: Frauen aus der ArbeiterInnenklasse sollen arbeiten gehen und unentgeltlich die Reproduktionsarbeit ver-



richten. Auch wenn sie berufstätig ist, kann die Arbeiterin keine private Dienstleistung für z.B. Putzen, Waschen, Kinderbetreuung bezahlen, da ihr Einkommen dafür oft nicht ausreicht. Diese Arbeit, die gesellschaftlichen Gebrauchswert hat, wird im Kapitalismus weiterhin in die Privatsphäre der Kleinfamilie ausgelagert und dort den Frauen aufgedrückt. Sie befinden sich damit in einem doppelten Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnis. Gleichzeitig hat das Kapital Interesse daran, auch die Frauen in die Lohnarbeit zu ziehen: Erstens, um den Familienlohn, der vorher nur an die Männer bezahlt wurde, nun auf Mann und Frau aufzuteilen. Damit kann aus derselben Menge an variablem Kapital mehr Mehrwert gezogen werden. Die Mehrwertrate für die Kapitalistenklasse wird erhöht. Zweitens, um die industrielle Reservearmee zu vergrößern und den Arbeitslohn unter den Wert der Ware Arbeitskraft zu senken (allgemeines Gesetz der kapitalistischen Akkumulation). Die Rolle der Frauenarbeit ist hier eine besondere: Aufgrund von Schwangerschaften und Doppelbelastung (Lohnarbeit und Reproduktionsarbeit) sind arbeitende Frauen von einem höheren Krankenstand², Erziehungszeiten usw. betroffen. Aus der Sicht des Kapitals ist ihre Arbeitskraft daher weniger produktiv als die des Mannes (die Arbeitszeit ist kürzer, und daher der absolute Mehrwert aus der Frauenarbeit geringer). In der Folge fließt weniger variables Kapital in Frauen-Lohnarbeit: Frauen erhalten geringere Löhne, werden vor allem in befristete und Teilzeit-Jobs gedrängt, in denen sie hinzuverdienen (häufig im Reproduktionsbereich, z.B. Fürsorgearbeit, was ihrer Rolle in der Kleinfamilie entspricht) und fallen häufiger aus der Berufstätigkeit heraus. Der niedrigere Lohn von Frauen dient dem Kapital schlussendlich aber als zusätzliches Mittel, den Lohn der ArbeiterInnenklasse insgesamt zu senken. Dies verschafft dem Kapital ein zusätzliches Interesse an der Aufrechterhaltung des Patriarchats. Die doppelte Unterdrückung der Frauen dient der Aufrechterhaltung der kapitalistischen Ausbeutung und Unterdrückung der ArbeiterInnenklasse insgesamt.

2. Die patriarchale Ordnung in der Kleinfamilie, d.h. die Herrschaft des Mannes, dient für das Kapital zusätzlich dem Zweck, die ArbeiterInnenklasse zu spalten, da die Frau in der Kleinfamilie durch den Mann unterdrückt wird und somit

eine Unterdrückung innerhalb der Klasse stattfindet. Damit wird eine gefügige, für die Ausbeutung willig zur Verfügung stehende Klasse andauernd reproduziert. Das Kapital benutzt die Männer, um das System aufrechtzuerhalten. Für die Lage der Frauen/Arbeiterinnen hat das allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation zur Folge, dass sie – je nach den Bedürfnissen des Kapitals – in die Produktion einbezogen und wieder ausgestoßen werden. Diese Akkumulationsbedürfnisse des Kapitals werden durch entsprechende familienpolitische Maßnahmen des Staates unterstützt und spiegeln sich in der jeweiligen, gerade herrschenden politischen Regierungsdoktrin wieder („Frauen an den Herd“ vs. „Frauen in die Arbeit“). Aus dieser Klassenlage ergeben sich auch die gesellschaftlichen Rollenbilder, auf der die bürgerliche Ideologie aufbaut, wie der Familienlohn, der durch die Arbeit des Mannes definiert ist. Die Frau/Arbeiterin bleibt ideologisch in der Rolle der Ehe-, Hausfrau und ökonomisch wie oben erklärt, in der Rolle der Zuverdienerin – und das ohne die gesellschaftlichen Veränderungen zu beachten wie z.B. den Anstieg der Alleinerziehenden.

Eine wichtige Schlussfolgerung aus diesen kurzen ökonomischen Ausführungen können wir schon an dieser Stelle ziehen, nämlich: **Es gibt keine materielle Grundlage, um im Kapitalismus die Entlohnung der Hausarbeit zu fordern.** Hier tut sich aus kommunistischer Sicht ein Widerspruch zu dieser Forderung aus Teilen der feministischen Bewegung auf. Dort wird diese Forderung in Verbindung mit dem Gedanken aufgestellt, dass das der Gleichberechtigung von Mann und Frau dient und der Frau eine ökonomische Unabhängigkeit bringen soll. Denjenigen, die diese Forderung aufstellen, sind die ökonomischen Grundlagen des Kapitalismus und darauf aufbauend das Funktionieren seiner systemisierenden Strukturen nicht bewusst. Es fehlt das Klassenbewusstsein. Aus ökonomischer Sicht wird der Teil der Reproduktion der Familie, der das Produkt gesellschaftlicher Arbeit ist (eben Lebensmittel, Kleidung, Haushaltsgeräte usw.), mit dem Lohn des Mannes bezahlt. Der Rest wird privat durch die Frauen erledigt. Die Entlohnung von privat erledigter Hausarbeit zu fordern wäre aber genau so unsinnig, wie zu fordern, der Anbau von Gemüse im eigenen Garten für den eigenen Konsum solle entlohnt werden.

Aus politischer Sicht können KommunistInnen der Forderung nach Entlohnung von Hausarbeit

² „Frauen fehlen häufiger im Job als Männer“, Spiegel-Online, 15.03.2016

auch nicht zustimmen. Denn wenn Arbeiterinnen einen Lohn für Hausarbeit und Erziehung erhalten würden, würde das heißen, dass die Arbeiterin aus ihrer sozialen Lage der Familienarbeit noch schwerer oder gar nicht raus kommt. Die soziale Unterdrückung der Frau durch den Mann kann dann völlig abgeschirmt von dem gesellschaftlichen Leben durch die isolierten und vereinzelt Familienzusammenhänge aufrechterhalten werden. Der Lohn für Hausarbeit würde ja für alle Ewigkeit festschreiben, dass die Ehefrau für den Ehemann putzt, kocht, erzieht und so weiter. Wir können hier schon erkennen, dass die ökonomische Ausbeutung der Frau/Arbeiterin enge Verbindungen mit ihrer sozialen Unterdrückung aufweist und dass die Ursachen dafür in der kapitalistischen Klassengesellschaft liegen.

ARBEITSMARKTPOLITIK, LOHN-, GEHALTSSYSTEM UND DIE ARBEITERIN

Die Arbeitsmarktpolitik kapitalistischer Staaten sowie das Lohn- und Gehaltssystem bezüglich Männern und Frauen bauen auf den beschriebenen ökonomischen Grundzügen des Patriarchats im Kapitalismus auf. Es hat in der Geschichte viele Veränderungen in den kapitalistischen Produktionsverhältnissen gegeben, wie z.B. die Umorganisation und Modernisierung der Produktion und der Arbeitsprozesse in der Industrie; ebenso im Handel, in der Logistik, im Handwerk, bei den Dienstleistungen, und in weiteren Wirtschaftszweigen. Teil der Entwicklung ist, dass Berufe verschwinden und neue Berufe entstehen, wie z.B. durch die Digitalisierung. Es wird in Zukunft noch ganz andere Entwicklungen geben wie z.B. durch die künstliche Intelligenz³.

Während sich das gesellschaftliche Denken und die Lebensrealität der Arbeiterin gegenüber von vor 100 Jahren verändert haben und weiter verändern, bauen die Realität auf dem Arbeitsmarkt und das Lohn- und Steuersystem weiter auf der traditionellen Rolle der Frau als Ehefrau, Mutter und Zuverdienerin auf. Die Arbeiterin kann heute eine gewisse ökonomische Unabhängigkeit vom Mann oder Ämtern auf Zeit erlangen, wenn sie durch Berufstätigkeit ein eigenes Gehalt erwirtschaftet, das ihr ein Leben ermöglicht, mit dem sie neben den Ausgaben von z.B. Miete, Strom usw. noch genug hat, um damit z.B. Freizeit, Kultur, Urlaub usw. zu finanzieren. Das ist vor allem dann möglich, wenn die Arbeiterin einen höheren Lohn z.B. durch Qualifizierung erreicht und

nicht alleinerziehend ist. Auch durch Schichtzulagen und Wochenendarbeit oder sonstige Zulagen können höhere Löhne/Gehälter erreicht werden – aber nur solange, wie die Arbeiterin das gesundheitlich durchhält. Wenn die Berufstätigkeit unterbrochen wird – nämlich durch Schwangerschaft, Kindererziehung oder die Pflege von Angehörigen – dann ist das vorbei. Solange sie sich z.B. durch Heirat keine wohlhabenden Eigentumsverhältnisse, kein Kapital verschaffen kann, sondern nur ihre bloße Arbeitskraft besitzt – solange schafft es die Arbeiterin nicht, ihre Klassenzugehörigkeit zu überwinden. Das gilt zwar für die ArbeiterInnenklasse insgesamt – für die Arbeiterin, die tendenziell **auf Teilzeitarbeit und befristete Beschäftigung** und auf **schlecht bezahlte, z.B. soziale Berufe** festgelegt ist, und die ihre **Berufstätigkeit häufiger unterbrechen** muss, aber umso mehr.

Heute ist es genau wie in der Geschichte so, dass die Arbeiterinnen nach den variablen Interessen der ökonomischen, kapitalistischen Bedingungen gebraucht und genutzt werden oder überflüssig gemacht und vom Arbeitsmarkt verdrängt werden.

Anfang der 90er Jahre waren 62 Prozent der Frauen berufstätig, heute sind es 73 Prozent. Bei den Männern sind es 86 Prozent⁴. Die Erwerbstätigkeit in Deutschland ist seit dem Tiefstand nach der Annektion der DDR von 37,8 Mio. 1995 um 7 Mio. auf 44,7 Mio. im 2. Quartal 2018⁵ gestiegen. Neben dem Rückgang der Arbeitslosigkeit ist dieser große Anstieg vor allem auf den Anstieg der Frauenerwerbsquote zurückzuführen. Diese Zahlen vermitteln, dass heute fast genau so viele Frauen wie Männer arbeiten – aber es wird nicht vermittelt, dass die Frauen überwiegend in Teilzeit und nicht in Vollzeit arbeiten.

Der Arbeitsmarkt wächst allgemein und vor allem in der Pflege- und Gesundheitsbranche. Doch während die Zahl der Erwerbstätigen stark zugenommen hat, sind die geleisteten Arbeitsstunden gleich geblieben. Das liegt an der **Zunahme von Teilzeitarbeit**. Eine detaillierte Statistik zeigt einen Anstieg des Arbeitsvolumens von 57.960 Mill. Arbeitsstunden in 2000 auf 59.965 Mill. Stunden im Jahr 2017. Gleichzeitig sank die jährliche Arbeitsleistung pro Erwerbstätigen von 1452 Stunden (2000) auf 1354 Jahresarbeitsstunden (2017).⁶ Vom Staat wird vermittelt, dass der wachsende Arbeitsmarkt darauf zurückzuführen ist, dass immer mehr Frauen arbeiten gehen. Die Anzahl der Jobs steigt auch in der Tat. Es

3 Die damit zusammenhängenden Fragen werden ausführlich in dem Artikel „Die Struktur des Kapitalismus in Deutschland“ behandelt: Kommunismus 13, S. 8 ff.

4 Siehe Statistisches Bundesamt destatis, Pressemitteilung Nr. 078 vom 07.03.2018

5 Siehe Statistisches Bundesamt destatis, Pressemitteilung Nr. 324 vom 30.08.2018

6 Siehe dazu: www.statistik-bew.de/VGRdL/tbls/tab.jsp

geht aber nicht um Vollzeitjobs.⁷

Teilzeitarbeit heißt für die Arbeiterin: Kein eigenes Auskommen, vor allem in den Niedriglohnberufen, also keine Chance auf ökonomische Unabhängigkeit. Die Löhne/Gehälter sind niedrig und so wird bei Teilzeitarbeit das noch niedrigere Einkommen der Frau zu einem Zusatzeinkommen, das kein Familienlohn sein kann. Als Teilzeit gilt jede Tätigkeit mit weniger als 35 Wochenstunden: Das kann heißen 30 oder 20 Wochenstunden oder Minijob⁸. Das heißt für die Arbeiterin in der Regel auch, dass sie keine Weiterbildung und/oder Aufstiegschancen bekommt und dass die meisten Arbeitsverträge befristet sind. In Deutschland ist es so, dass fast jede zweite Frau in Teilzeit arbeitet, während 91% der arbeitenden Männer eine Vollzeitstelle haben.⁹ Die Zahl der MinijobberInnen stieg seit der Neuregelung im Jahr 2003 stark an und betrug 2017 bereits 7,67 Mio. Beschäftigte, von denen 60% Frauen sind.¹⁰ Viele Arbeiterinnen müssen wegen ihres geringen Einkommens in mehreren Jobs arbeiten, um ihr Leben zu finanzieren, oder sie sind auf zusätzliche staatliche Unterstützung angewiesen. Neben der atypischen Beschäftigung, die besonders häufig Frauen trifft, gibt es einen weiteren Grund für die geschlechtsspezifischen Lohnunterschiede. Das Patriarchat lebt auf dem Arbeitsmarkt in Form der „**typischen Frauenberufe**“ weiter: *„Berufe, in denen überwiegend Frauen arbeiten, werden um rund acht Euro brutto in der Stunde geringer entlohnt als männlich dominierte Berufe. Das entspreche bei einem ‚männlichen‘ Durchschnittslohn von 20 Euro einer Differenz von 40 Prozent. Typische Männer- oder Frauenberufe sind in der Studie solche, bei denen der Männer- oder Frauenanteil jeweils bei mindestens 70 Prozent liege. Der Lohnunterschied habe sich seit dem Jahr 2001 kaum verändert, (...)“*¹¹

Der Niedriglohnsektor wird im Vergleich zum mittleren Lohn definiert und betrug 2015 ca. 10 Euro

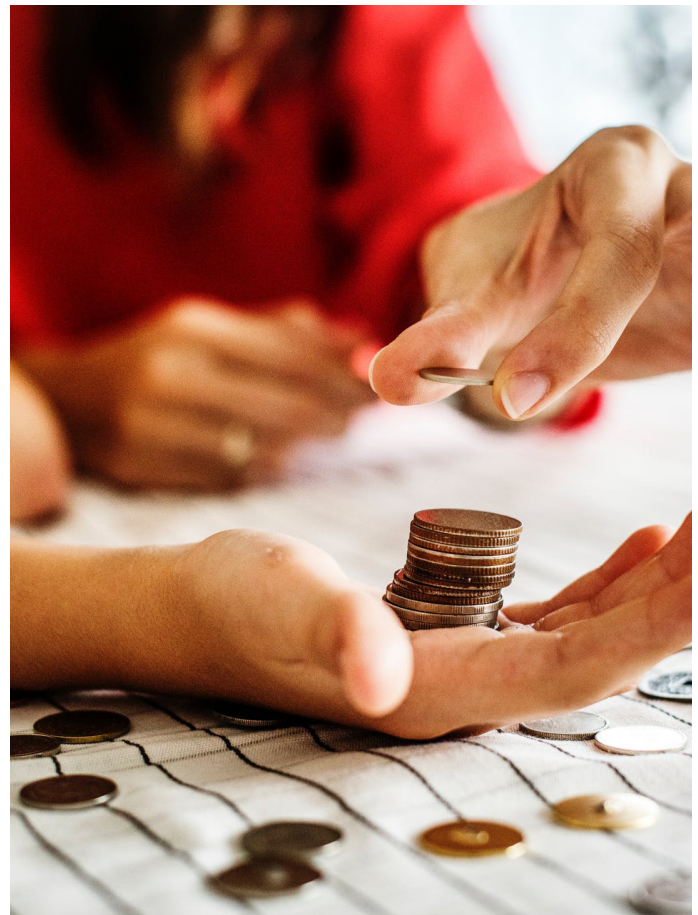
7 Siehe Spiegel vom 28.04.2017, „15 Millionen Beschäftigte arbeiten in Teilzeit“; www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/15-millionen-arbeitnehmer-arbeiten-in-teilzeit-a-1145212.html

8 'Die 30-Stunden-Woche hat Konjunktur'; FAZ 16.03.2015; dort wird ein anschaulicher Überblick über die Entwicklungstendenzen gegeben; siehe www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/teilzeitarbeit-in-deutschland-wird-zunehmend-beliebter-1348489

9 'Neun Prozent der Männer arbeiten in Teilzeit' meldet die Zeit am 01.11.2016 unter Berufung auf das statistische Bundesamt; siehe: www.zeit.de/karriere/2016-11/statistisches-bundesamt-maenner-teilzeitjob

10 Siehe: www.de.statista.com/statistik/daten/studie/151414/umfrage/geringfuegig-beschaeftigte-in-deutschland-nach-geschlecht

11 Angaben des Deutschen Institut für Wirtschaft auf Grundlage der Daten des Sozioökonomischen Panels (SOEP); siehe: www.welt.de/wirtschaft/karriere/article153326355/Wo-sich-die-Gehaelter-angleichen-und-wo.nicht.html



die Stunde. Davon sind ca. 7 Millionen Menschen betroffen und es gilt, wie die Bundeszentrale für politische Bildung berichtet: „Mehr als in den anderen Ländern ist in Deutschland Niedriglohnbeschäftigung Frauenbeschäftigung.“¹²

Das heißt konkret: **Frauen verdienen weniger, weil die geschlechterbezogenen Arbeiten/Berufe wie z.B. in der Pflege/Erziehung schlecht bezahlte Zuarbeitsberufe sind** – und weil das nicht geändert wird. Aus dieser Lage kommt die Arbeiterin nicht heraus, auch wenn sie noch so fleißig arbeitet. Die Arbeiterin als Zuarbeiterin bleibt im Kapitalismus ein wichtige Ursache, um die Löhne/Gehälter insgesamt niedrig zu halten.

Als Teilzeitkraft ist die Arbeiterin oftmals einer besonderen Ausbeutung ausgesetzt: Teilzeitarbeit bedeutet für das Kapital im Allgemeinen die Möglichkeit, die Arbeit noch mehr zu intensivieren als bei Vollzeitjobs: Arbeit im Maximaltempo schafft man bei vielen Tätigkeiten vielleicht vier oder fünf Stunden, aber keinesfalls acht. Deshalb kann es sich für Unternehmen lohnen, für eine Tätigkeit lieber zwei Teilzeitkräfte anstatt einer Vollzeitkraft einzustellen. Dadurch wird es für die betroffenen ArbeiterInnen umso schwieriger, sich mehrere Jobs zu nehmen, um über die Runden zu kommen. Zudem kann man Teilzeitkräfte passgenau zu den Zeiten einbestellen,

12 Siehe: www.bpd.de/politik/innenpolitik/arbeitsmarktpolitik/187832/niedrigloehne

DIE BESONDEREN BEDINGUNGEN DER ALLEINERZIEHENDEN ARBEITERINNEN

in denen die entsprechenden Arbeiten zu erledigen sind (z.B. Reinigungskräfte fünfmal in der Woche für 2,5 Stunden anstatt voller Schichten). Das bedeutet mehr Flexibilität für die Unternehmen und weniger Flexibilität für die ArbeiterInnen. Nicht zuletzt ist es gerade bei Teilzeitarbeit üblich, dass Unternehmen ihren Beschäftigten viele geltende Rechte ganz selbstverständlich nicht zugestehen (z.B. bei MinijobberInnen den Urlaub, die Nacht- und Wochenendzulagen oder die Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall). Die Überbelastung trägt langfristig wiederum dazu bei, dass gerade Frauen häufig von Altersarmut betroffen sind: Personalreduzierung und steigende Arbeitsbelastung, z.B. im Gesundheits- und Erziehungsbereich führen dazu, dass Arbeiterinnen ihre Berufstätigkeit häufiger unterbrechen müssen. Wenn z.B. eine Pflegekraft 20 Stunden arbeitet, dann geht sie mit dem Gefühl nach Hause, sie hat mehr als 40 Stunden gearbeitet und das im Schicht- und Wochenenddienst. Jede/jeder kann verstehen, dass das rein körperlich, aber oft auch psychisch nicht 45 Jahre durchzuhalten ist. Diese wären aber notwendig, um eine ausreichende Rente zu bekommen. Es ist erst recht nicht durchzuhalten, wenn noch Kinder zu versorgen sind. Folge der Überbelastung ist, dass Beschäftigte oft krank sind und unfreiwillig vorzeitig in den Ruhestand gehen müssen (s.u.) - was wiederum bedeutet, dass sie in der Armut landen.

Auch andere Faktoren führen gerade bei der Arbeiterin zur Unterbrechung der Berufstätigkeit: Kinderbetreuung und die Pflege von Angehörigen passen nicht mit den Arbeitsbedingungen der Arbeiterin zusammen und privat finanzierte Versorgungsdienste kann sie sich aufgrund der niedrigen Löhne nicht leisten. Auch nach schweren Krankheiten wie z.B. Krebserkrankungen, die heute nicht mehr selten sind, oder Arbeitsunfällen kommt es zu Auszeiten. Oftmals ist danach eine Berufstätigkeit nicht mehr möglich oder eine Wiedereingliederung in den Beruf mit erheblichen Lohneinbußen verbunden, z.B. wenn es nur noch möglich ist, in Teilzeit zu arbeiten.

An dieser Stelle, nämlich zu den beruflichen Auszeiten der Frau und zur staatlicher Mütterideologie, eine kurze Erwähnung zum Elterngeld: *„Zwischen 2006 und 2016 ging die Müttererwerbstätigkeit in Paarfamilien im ersten Lebensjahr des Kindes von 18% auf 9% zurück (...) Im Hinblick auf die Erwerbstätigkeit von Vätern zeigen sich keine wesentlichen Veränderungen, was auch damit zusammenhängt, dass hauptsächlich Mütter Elterngeld in Anspruch nahmen: Für 2014 geborene Kinder waren dies insgesamt 91% aller Elternmonate.“*¹³

Besonders hart trifft die Doppelbelastung durch Berufstätigkeit und die Versorgung der Kinder im Kapitalismus alleinerziehende Arbeiterinnen.¹⁴

Während es früher (z.B. nach dem Zweiten Weltkrieg) vor allem Witwen waren, die ihre Kinder allein erziehen mussten, hat sich dies in den vergangenen Jahrzehnten geändert: Mit den zunehmenden Scheidungen und Trennungen stieg die Zahl der alleinerziehenden Frauen seit den 1970er Jahren stark an und liegt heute bei 1,5 Millionen. Alleinerziehende Frauen sind damit keine Ausnahme mehr, sondern eine gesellschaftliche Massenerscheinung.

Ein Beispiel: In Berlin sind 90 % aller allein erziehenden Elternteile Frauen, was einer absoluten Zahl von knapp 90.000 entspricht.¹⁵ Wie auch offizielle Statistiken darlegen, haben Alleinerziehende ein überdurchschnittlich hohes Armutsrisiko: *„Im Jahr 2016 waren 42 Prozent der Alleinerziehenden-Haushalte in Westdeutschland armutsgefährdet, im Osten sogar 47 Prozent.“*¹⁶

Arbeiterinnen sind hiervon besonders betroffen: Im Jahr 2017 arbeiteten nur 42% der alleinerziehenden Mütter in Vollzeit, während es bei den alleinerziehenden Vätern 88% waren. Der Anteil der Erwerbstätigen unter alleinerziehenden Müttern mit Kindern im Alter unter 3 Jahren lag 2017 bei 27%. Der entsprechende Anteil bei Vätern lag bei 69%.¹⁷ Ein Grund dafür ist, dass Frauen besonders häufig dann in Teilzeitjobs wechseln, wenn sie Mütter werden: Berufstätigkeit und die Versorgung und Erziehung von Kindern sind heute eben nur begrenzt vereinbar, weil es an der passenden Kinderunterbringung fehlt (fehlende Plätze, Personalmangel, Öffnungszeiten). Staatliche Kindergärten und die Arbeitszeit in Betrieben sind nicht aufeinander abgestimmt.

seit-2006/bildungsbericht-2018/pdf-bildungsbericht-2018/bildungsbericht-2018.pdf

- 14 "Hauptstadt der Einzeleltern", www.tagesspiegel.de/berlin/polizei-justiz/alleinerziehende-in-berlin-hauptstadt-der-einzeleltern/22875602.html
- 15 Zahlenquelle und Zitate aus Tagesspiegel „10 Probleme, die jede Regierung anpacken muss“ (10.09.2017) und „Allein und arm“ (24.09.2018)
- 16 "Alleinerziehende in Deutschland 2017", S.25 + S.33, https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressekonferenzen/2018/Alleinerziehende/Pressebrochure_alleinerziehende.pdf -> Anmerkung hierzu: Die ersten beiden Zahlen sind zwar so fast wortgleich in der Studie beschrieben, beziehen sich aber offensichtlich auf die berufstätigen alleinerziehenden Mütter und Väter, nicht auf alle alleinerziehenden Mütter und Väter, was man daran sieht, dass sich der Anteil der Voll- und der Teilzeitbeschäftigten jeweils zu 100 % addiert. Erwerbslose sind hier also nicht eingerechnet!
- 17 Quelle Tagesspiegel „10 Probleme, die jede Regierung anpacken muss“ (10.09.2017)

13 Zahlen aus: www.bildungsbericht.de/de/bildungsberichte-



Der Lohn der Mehrheit der alleinerziehenden Arbeiterinnen, die in Teilzeit arbeiten, reicht aber nicht, um Miete, Heizung, Strom, Kitagebühren oder Schulsachen, Kleidung, Lebensmittel und sonstiges zu bezahlen: **„Bei Menschen mit geringen Einkommen fällt die Miete besonders ins Gewicht, wie die Daten des Statistischen Bundesamtes aus dem Jahr 2014 zeigen. In Haushalten mit einem Nettoeinkommen von bis zu 900 Euro im Monat gingen im Schnitt zum Teil deutlich mehr als 40 Prozent für die Miete drauf. Bei Einkommen bis zu 1300 Euro netto waren es immerhin noch 30 Prozent.“**¹⁸ Diese Umstände zwingen die alleinerziehenden Arbeiterinnen entweder dazu, zwei bis drei Jobs anzunehmen – und/oder zusätzlich Wohngeld und/oder Hartz IV zu beantragen. Das macht die Sache aber nicht besser: Zwar ist es die offizielle Legende in der BRD, dass der „Sozialstaat“ in Härtefällen einspringt und bedürftige Familien oder alleinerziehende Mütter mit Kindergeld und Familienzuschlag unterstützt. Davon profitieren aber durch die Steuerpolitik und das Ehegattensplitting vor allem die Gutverdiener: Familien und Alleinerziehenden, die auf Hartz IV angewiesen sind (2016 waren das immerhin 37% der alleinerziehenden Mütter), wird das Kindergeld nämlich als Einkommen angerechnet. Die alleinerziehenden Arbeiterinnen werden also durch schlecht bezahlte Teilzeitarbeit in Kombination mit diesen staatlichen Regelungen in die Armut gedrückt. Da wieder herauszukommen gelingt nur wenigen, denn wenn die Kinder älter und selbständiger werden, sind die Mütter eben auch älter und für den Arbeitsmarkt teurer. Sie bleiben in der Regel also auf Teilzeitarbeit festgelegt.

Der Staat organisiert die Sozialstruktur und die Wirtschaft organisiert die Kapitalvermehrung nach kapitalistischen Interessen. Dazu kommt die bürgerliche, rückschrittliche Mütterideologie als Hintergrund der Arbeitsmarktpolitik und des Lohn- und Steuersystems.

ENTWICKLUNGEN IN DER BILDUNG UND BERUFSTÄTIGKEIT VON MÄDCHEN UND FRAUEN

Gegen die dargelegten Argumente mag man einwenden, dass Mädchen und Frauen in der bürgerlichen Gesellschaft heute andere und bessere Bildungsmöglichkeiten haben als früher. Führt ein höherer Bildungsstand nicht auch zu besseren Berufsaussichten und einem guten Einkommen, auch für Frauen?

Anhand zahlreicher Studien und Statistiken kann man in der Tat feststellen, dass sich die Bildung für Mädchen und Frauen in den letzten Jahrzehnten verbessert hat: Zwar gibt es in der BRD noch deutliche Unterschiede zwischen den verschiedenen Bundesländern, vor allem zwischen Ost und West. Man kann aber trotzdem feststellen: Mädchen machen heute in der Regel die besseren Schulabschlüsse als Jungen. Der Frauenanteil bei den HochschulabsolventInnen liegt heute bei etwa fünfzig Prozent.¹⁹

Der Punkt ist aber: Bessere Bildung führt nicht zur Aufhebung der besonderen Unterdrückung der Arbeiterin! Zwar lassen sich immer Beispiele für Frauen finden, die es aufgrund ihrer Bildung auch in gut bezahlte Jobs geschafft haben. **Trotzdem bleibt es so, dass die Mehrheit der Arbeiterinnen nicht diejenigen sind, die gut bezahlte Vollzeitjobs bekommen.** Trotz verbesserter Bildung bleiben Frauen nämlich überwiegend in den typischen „Frauenberufen“ und auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt.

Das Patriarchat wirkt auch dahingehend, dass Frauen nach Schule, Studium oder Berufsausbildung tendenziell eher bereit sind, ihre eigenen Wünsche und Interessen zurückzunehmen als Männer. „Selbstbeschränkung kann dazu führen, Berufe mit geringeren Anforderungen zu suchen, weil der Wunschberuf als unerreichbar erscheint.“²⁰ Bezeichnend ist,

18 Quelle Tagesspiegel „10 Probleme, die jede Regierung anpacken muss“ (10.09.2017)

19 Zahlen des Statistischen Bundesamts zum Frauenstudium

20 Studie: Geschlechterdifferenzen im Bildungssystem 2009 (Aktionsrat Bildung)



Ehegattensplitting eingeteilt: Das heißt, es gibt Steuerklassen, nach der in einer Ehe der höher Verdienende die günstigste Steuerklasse hat. In der Regel ist das der Mann, denn die Löhne und Gehälter der männlichen Arbeiter sind nach wie vor höher als die der Frauen, denn meist sind es die Männer, die in Vollzeit arbeiten.

Das Lohn- und Rentensystem verbunden mit der Arbeitsmarkt- und Rentenpolitik baut auf der ideologischen Ebene auf dem Familienlohn und der Versorgerehe auf. So begegnen uns in diesem Beitrag ständig die Bedingungen der kapitalistische Ökonomie in Verbindung mit der Ideologie, die das System stützt. Beide wirken zusammen dafür, dass die ökonomische Ausbeutung der Arbeiterin und die soziale Unterdrückung der Frau aufrechterhalten bleiben.

ARBEITSMARKTPOLITIK UND STELLUNG DER FRAUEN IN DER DDR

Eine besondere Situation ergibt sich für die Frauen in Ostdeutschland infolge der jahrzehntelangen Teilung Deutschlands in die beiden Staaten BRD und DDR. Während die Lage der arbeitenden Frauen in Westdeutschland nach 1945 vor allem durch die Fortsetzung des kapitalistischen Patriarchats geprägt war, gab es in der sowjetisch besetzten Zone zumindest Ansätze für die Befreiung der arbeitenden Frauen. An dieser Stelle kann keine erschöpfende Analyse der DDR geleistet werden in dem Sinne, inwieweit und bis wann es dort demokratisch-fortschrittliche Entwicklungen gegeben hat, welche Ansätze zur sozialistischen Umwälzung dort realisiert werden konnten, inwieweit diese begrenzt waren und wie sie durch den Revisionismus wieder zurückgedrängt und am Ende beseitigt wurden.

Hinsichtlich der Frauenfrage können wir aber feststellen, dass bestimmte notwendige Bedingungen für die Zurückdrängung des Patriarchats in der DDR realisiert wurden, dieses damit aber noch lange nicht beseitigt war. Vielmehr war die Situation der Frauen in der DDR eine widersprüchliche. Dazu gehören folgende Punkte:

1. Es war in der DDR selbstverständlich, dass Frauen in Vollzeit berufstätig waren und ein (wenn auch niedriges) Auskommen hatten. Damit war die patriarchale Ehe als Institution und die Rollenverteilung von Mann und Frau in der Familie (insbesondere hinsichtlich der Hausarbeit) zwar nicht beseitigt, der Versorgerehe durch den Mann war aber die ökonomische Grundlage weitestgehend entzogen. Frauen waren nicht mehr ökonomisch von ihren Männern abhängig.

dass trotz eines heute ausgewogenen Verhältnisses zwischen Frauen und Männern als **Studierende** die Männer als **Beschäftigte** an Hochschulen weit in der Überzahl sind. Frauen sind dagegen z.B. als Beschäftigte in Kindertagesstätten und Grundschulen überrepräsentiert. Die verdrehte und verkürzte Story, die bürgerliche Studien verbreiten, lautet in der Konsequenz: „Mädchen und junge Frauen in Deutschland schöpfen ihre Berufsmöglichkeiten nicht voll aus.“²¹ Die Klassenlage wird bei solchen Studien eben ziemlich konsequent ausgeblendet.

Es zeigt sich nämlich vielmehr: Es ist und bleibt eine Legende, dass es im Kapitalismus um Leistung ginge, dass es die Fleißigen wären, die es zu etwas bringen würden. Im Kapitalismus geht es nicht um Leistung, sondern um Kapitalverwertung, um gewinnbringende Anlagen. Hier ist die Arbeiterin im Nachteil. Ihre Lage wird sich unter kapitalistischen Bedingungen auch in 50 Jahren nicht grundlegend geändert haben, mögen auch noch so viele Frauen ein gutes Abitur machen und studieren.

STEUERPOLITIK UND DIE IDEOLOGIE DER VERSORGEREHE

Auch das kapitalistische Steuersystem ist auf die Aufrechterhaltung des Patriarchats ausgerichtet: Nach dem Grundgesetz stehen Ehe und Familie unter besonderem Schutz der staatlichen Ordnung. Um diesen Schutz zu gewährleisten, behandelt das Finanzamt Eheleute anders als Paare, die nicht verheiratet zusammen leben, Alleinerziehende und ledige Menschen: **Eheleute werden als wirtschaftliche Einheit betrachtet – es geht um die Versorgerehe, in der der Mann das Familieneinkommen verdient.** Die zu zahlende Lohnsteuer ist nach dem

21 Mädchen in Ausbildung - Girls Day Erhebungswelle 2015

Man muss feststellen, dass es für alleinerziehende Arbeiterinnen trotzdem schwierig blieb, alleine auszukommen.

2. Familie und Berufstätigkeit war für jede Frau vereinbar durch ein flächendeckendes Netz von Kinderkrippen bis zum Schulhort mit Betreuungszeiten, die zu den Beschäftigungszeiten der Familien auch bei Schichtarbeit passten.
3. Dem entsprach auch das Denken, das von der Partei- und Staatsführung in der DDR über Frauen und Berufstätigkeit verbreitet wurde. Hier muss man jedoch feststellen, dass erstens das Verständnis über die Frauenbefreiung in der DDR begrenzt war – was sich z.B. in einer Überbetonung der Rolle der Frauen als Mütter niederschlug. Zweitens gehörten in der Gesellschaft der DDR insgesamt reaktionär-konservative Ansichten bis hin zum Sexismus und Rassismus immer noch zum Alltag. Eine „kulturrevolutionäre Bewegung“ von unten gegen überkommene, autoritär-patriarchale Traditionen in Familie und Gesellschaft, wie sie in den kapitalistischen Ländern unter Beteiligung der feministischen Bewegung nach 1968 stattgefunden hat, gab es in der DDR nicht. Die Frauenpolitik in der DDR blieb eine Politik „von oben“. Sie entsprach den Traditionen der kommunistischen Bewegung, wurde aber nicht von einer breiten Bewegung von unten für die Umwälzung der Gesellschaft getragen. Der Rückzug ins Private und die Kleinfami-

lie blieb an der Tagesordnung und wurde durch das revisionistische System (Massenbespitzelung, Geist des Nicht-Aufmuckens, usw.) befördert. Paradoxerweise wurde der Untertanengeist der deutschen Gesellschaft vor 1945 also in demselben Staat besonders stark konserviert, der hinsichtlich der materiellen Errungenschaften für die ArbeiterInnenklasse und die arbeitenden Frauen zweifellos der fortschrittlichste Staat der bisherigen deutschen Geschichte war.

Nach der Annexion der DDR durch die BRD wurden die fortschrittlichen Entwicklungen für die Frauen zurückgedrängt: Das kapitalistische Patriarchat wurde mit der Abschaffung der flächendeckenden Kinderbetreuung und der Verdrängung vieler in Vollzeit beschäftigter Frauen in die Arbeitslosigkeit Schritt für Schritt wiederhergestellt. Das deutsche Kapital wollte die Frauen wieder zu Zuarbeiterinnen und zur Reservearmee machen. Für viele Frauen bedeutete die imperialistische „Freiheit“, dass sie ihre gesicherten Vollzeitstellen verloren, Umschulungen machen und sich mit Teilzeitjobs durchschlagen mussten, viel niedrigere Löhne und am Ende dadurch kleine Renten erhielten. Für Frauen über 50 war es nach 1989/90 sehr schwierig, überhaupt neue Stellen zu finden. Welche besondere Lage der Arbeiterin in Ostdeutschland sich heute aus dieser historischen Entwicklung ergibt, ist eine Frage, die im Detail zu untersuchen bleibt.



ZAHLEN UND DATEN ZUR LAGE DER FRAUEN IN DER DDR

Hier kann nur auf einige wenige Eckpunkte zur Sozialpolitik in der DDR eingegangen werden, da das ein Bereich ist, der bisher von uns wenig untersucht wurde. Die Sozialpolitik ist in der DDR im Vergleich zur BRD grundlegend anders gewesen, was den Frauen viele Vorteile gebracht hat. Zumindest ist damit ein Anfangsversuch umgesetzt worden, der die Möglichkeit hatte, das gesellschaftliche Bild der Frau aus ihrer einseitigen, traditionellen Mutter/Ehefrau-Rolle herauszuholen. Um zu sehen, ob und inwieweit das gelungen ist, dazu bedarf es tieferer Einschätzungen. Diese analytischen Einschätzungen können nicht nur aufgrund von Zahlen, Statistiken, Prozenten gemacht werden, denn das ist unvollständig. Allein nach diesen Kriterien wären wir schon nahe an dem dran, dass Frau und Mann in der DDR eine gleichberechtigte Stellung in der Gesellschaft eingenommen hätten, was die folgenden Eckpunkte zeigen werden. Doch wir merken täglich, dass das nicht der Fall gewesen ist. Zahlen, Statistiken sind das eine, entscheidend ist jedoch, welche Ideologie wie in den Köpfen aller Menschen angekommen ist und was die Gesellschaft und der Staat damit macht. Wichtig ist: Welches Bewusstsein ist in der DDR durch die Sozialpolitik entstanden oder nicht entstanden und warum ist das so und was ist nach der Vereinigung passiert? Das ist eine Untersuchungsarbeit, die noch zu leisten ist. Nachfolgend einige Fakten zur Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik in der DDR und der Rolle der Arbeiterinnen in der Produktion und in der Gesellschaft.²²:

- Alle Jugendlichen im entsprechenden Alter erhielten eine Facharbeiter-, Fachschul- oder Hochschulausbildung; ihre Übernahme in eine perspektivisch sichere Arbeit war gewährleistet.
- 60 Prozent aller Kinder im Alter bis zu 3 Jahren wurden in Ganztagskrippen von Fachpersonal betreut; unter Berücksichtigung des 1-1,5 jährigen Babyjahres der berufstätigen Mütter war damit der Bedarf voll gedeckt.
- Alle Kinder zwischen 3 und 6 Jahren konnten ganztägig in Kindergärten versorgt werden. Und Kinder zwischen dem ersten und vierten Schuljahr konnten einen betreuten Schulhort besuchen.
- Vor diesem Hintergrund wird verständlich, warum in der DDR 92% aller Frauen im berufsfähigen Alter tatsächlich auch berufstätig waren.

Diese extrem hohe Frauenerwerbsquote hängt mit den politischen Rahmenbedingungen der Entstehung und Entwicklung der DDR zusammen.

Viele Frauen blieben im Ergebnis des Zweiten Weltkrieges allein und mussten für die Kinder sorgen. Das traf sich mit grundlegenden Positionen des Aufbaus einer alternativen Gesellschaft, die von Anfang an die volle Gleichberechtigung der Frauen im gesellschaftlichen Leben als grundlegendes Ziel verkündete. Verbunden damit war das Bestreben und auch die Notwendigkeit, die Frauen in den Arbeitsprozess einzubeziehen, was gleichzeitig als wichtige materielle Voraussetzung für ökonomische Selbstständigkeit und wirkliche Gleichberechtigung betrachtet wurde. Die Einbeziehung der Frauen in das berufliche Leben war auch deswegen nötig, weil die DDR im Gegensatz zur Bundesrepublik geringere Möglichkeiten hatte, der Wirtschaft Arbeitskräfte von außen zuzuführen.

Das prägte die Struktur der Gesellschaft in mehrerlei Hinsicht grundlegend. Die Frauen in der DDR besaßen aufgrund ihres eigenen Arbeitseinkommens eine selbständige wirtschaftliche und soziale Position sowohl in der Familie als auch im öffentlichen Leben. In diesen Zusammenhang gehört auch, dass von 4,2 Millionen weiblichen Beschäftigten – fast die Hälfte aller Erwerbstätigen – 80% über eine abgeschlossene berufliche Ausbildung verfügten, darunter 23% – also fast jede vierte – über einen Hochschul- oder Fachschulabschluss. Der Anteil der Frauen und Mädchen am Hochschulstudium betrug über 49%.²³

Die Einbeziehung der Frauen in die Produktion bedeutete zugleich ihre soziale Einbindung über die Arbeitskollektive. Deren Bedeutung ging über die Erzeugung von Gütern hinaus; der Arbeitsplatz war in der DDR zugleich ein Ort der Sozialisation, wo gemeinsame kulturelle und gesellschaftliche Interessen unterstützt und auch materiell gefördert wurden. Das führte zu einer anderen strukturellen Verfassung der Gesellschaft bis hinein in die Familie: Das Familieneinkommen in der sogenannten Durchschnittsfamilie – eine international gebräuchliche statistische Größe – bestand in der DDR im Unterschied zur Durchschnittsfamilie in den alten Bundesländern aus drei Säulen: Dem Arbeitseinkommen des Ehemanns, dem Arbeitseinkommen der berufstätigen Ehefrau sowie den Einsparungen aufgrund der Subventionierung der Waren des Grundbedarfs, der Verkehrsleistungen und Mieten. Das letztere entsprach für eine Familie etwa 75% des Durchschnittslohnes eines Beschäftigten. Das wie-

²² Die Darstellung folgt dem Buch von Siegfried Wenzel; Was war die DDR wert?; Das Neue Berlin, 2000

²³ Zahlen aus: „Die verratenen Mütter“

derum hatte grundlegende Auswirkungen auf die Gestaltung des Tarifsystems, des Rentenrechts u.a.. Es ist deshalb notwendig, bei solchen Analysen das Familieneinkommen stärker in den Mittelpunkt zu stellen. Die Aufrechterhaltung der niedrigen Preise des Grundbedarfs, für Verkehrs- und Dienstleistungen und niedrige Mieten stellte eine der grundlegenden Säulen der Sozialpolitik in der DDR dar und war der größte Subventionsbereich. Dazu gehörte auch, dass die gesamte Bildung und Ausbildung für alle unentgeltlich war. Die hohe Erwerbstätigkeit von Frauen in der DDR hat zwar ihre ökonomische Lage grundlegend verbessert. In Folge hat sich ihre soziale Stellung insofern geändert, dass sie nicht mehr vom Ehemann abhängig gewesen sind und z.B. Scheidungen für die Frauen jederzeit möglich gewesen sind, auch wenn sie für die Kinder sorgen mussten. Aber das Patriarchat war durch die ökonomische Einbeziehung, die rechtliche Gleichstellung sowie die umfangreiche Sozialpolitik, die besonders den Frauen sozial zugute kam, noch lange nicht überwunden. So wurden zum Beispiel junge Ehen, die die Regel waren, materiell gefördert. Es gab zinslose Kredite, die bei Vergrößerung der Familie teilweise erlassen wurden. Das gesellschaftliche Denken über die Rolle der Frau blieb unverändert.

Wir können wir schon aufgrund dieser ersten Einschätzung festhalten, dass der Ausverkauf der DDR für die Frauen aus Ostdeutschland starke ökonomische und soziale Änderungen bedeutet hat. Zum einen sind viele Frauen durch die Abwicklung der Betriebe (Industrie und Dienstleistungen) in Gesamtdeutschland arbeitslos geworden und gerade die älteren Frauen sind beruflich nicht mehr stabil einbezogen worden. Viele haben zu schlechteren Bedingungen gearbeitet oder sind in Maßnahmen vom Arbeitsamt gesteckt worden. Umschulungen wurden angeboten, aber vor allem in Bereiche, in denen gerade Arbeitsmangel herrschte, und das war damals vor allem in der Altenpflege. Das war nicht nur für viele nicht gerade der Beruf, den Frau wirklich wollte, es ist auch harte Arbeit, die schlecht bezahlt wird, mit katastrophalen Arbeitsbedingungen.

Zum anderen war es vorbei mit der guten Sozialversorgung: Alles, was zur Grundversorgung gehört, ist nun teuer, alles muss bezahlt werden und das bei niedrigem Einkommen oder Arbeitslosengeld. Frauen mit Kindern mussten ganz neue Erfahrungen machen, denn eine Kinderunterbringung war mangels Plätzen schwer, zudem muss dafür bezahlt werden und die Arbeitszeiten sind nicht abgedeckt.

Zu den neuen Realitäten gehörte auch, dass es in der BRD keine Selbstverständlichkeit war, dass Frauen arbeiten, schon gar nicht, dass Frauen in Vollzeit arbeiten. Ebenso beziehen viele RentnerInnen im Osten heute eine Armutsrente, weil ihre DDR-Rentenansprüche nicht anerkannt wurden. Trotz all dieser Umstände regte sich damals kein Widerstand, weder bei den DDR-Frauen noch bei den BRD-Frauen. Wir können als weitere Fakten festhalten:²⁴

- Nach der Vereinigung 1989 sind ca. 4 Millionen Arbeitsplätze verloren gegangen.
- Ostdeutsche Frauen sind häufiger als Männer arbeits- und langzeitarbeitslos geworden und sehen sich mit erheblichen Schwierigkeiten beim (Wieder-)Einstieg in die Berufstätigkeit konfrontiert.
- Ostdeutsche Frauen sind nach wie vor stärker als westdeutsche Frauen in das Erwerbssystem integriert.

Mit der Abwicklung der DDR und damit der weitgehenden Zerschlagung der DDR-Industrie stieg die Arbeitslosigkeit nochmals sprunghaft an. Die offizielle Arbeitslosenzahl erreichte mit 4,5 Mio. im Jahr 2006 ihren Höhepunkt.²⁵ In der DDR war Arbeitslosigkeit unbekannt. Es gab eher Arbeitskräftemangel. Nach der Wiedervereinigung entstand die „Umbruchsarbeitslosigkeit“, die bis 2000 auf 18,7 Prozent anstieg. Betroffen waren vor allem Frauen, ältere Menschen und gering qualifizierte Arbeitskräfte, die zu Langzeitarbeitslosen wurden. Dem Verlauf wurde mit Kurzarbeit und Vorruhestandsregelungen begegnet. Zeitweise lag die Frauenarbeitslosigkeit um 9 Prozent höher als bei den Männern.

Dann kam Hartz IV als „Gegenmaßnahme“ und wurde begleitet vom Ausbau von Minijobs, Teilzeitarbeit, 1-Euro-Jobs, prekären Arbeitsverhältnissen, der Absenkung von Löhnen und Gehältern, z.B. infolge einer verstärkten Ausgliederung von Arbeitsbereichen und deren Privatisierung (wie z.B. der Krankenhäuser). Zu untersuchen ist noch, wie sich in der DDR letztlich neue Klassenunterschiede entwickelt haben, und warum sich dagegen und gegen die Abwicklung aller Errungenschaften nach der Annektion kein Frauenwiderstand gebildet hat - und das obwohl die Frauen in der BRD derart massenhaft aus der Berufstätigkeit herausgedrängt wurden.

24 Siehe: Geschlecht, Arbeit, Zukunft; I. Lenz, H. Nickel, B. Riegraf; Westfälisches Dampfboot, 2000; ab S. 180

25 Zahlen nach www.de.wikipedia.org/wiki/Arbeitslosenstatistik; wobei zu berücksichtigen ist, dass die realen Zahlen noch viel höher gewesen sind, u.a. weil die offizielle Arbeitslosenstatistik mehrfach verändert wurde, um die Zahlen zu schönen

DIE ARBEITERIN UND DER ZUSAMMENHANG VON ARBEIT, RENTE UND ALTERSARMUT IM KAPITALISMUS

Hat die Arbeiterin ihre Pflicht im kapitalistischen System erfüllt – die Kinder zur Welt gebracht, die Hausarbeit erledigt und als Zuarbeiterin einen Teil des Familienlohns erwirtschaftet – erwartet sie im Alter häufig ein Leben in Armut: Innerhalb von zehn Jahren, zwischen 2006 und 2016 stieg in der BRD die Zahl der Frauen, die von Armut im Alter bedroht sind, von 13 Prozent (5,4 Millionen Frauen) auf 17,8 Prozent (7,3 Millionen Frauen).²⁶

Grund dafür ist, dass das Rentensystem in Deutschland auf der besonderen sozialen Unterdrückung der Arbeiterin aufbaut und diese bis zum hohen Alter und Tod weiterführt. Im Folgenden werfen wir einen Blick auf die Funktionsweise dieses Rentensystems.

Die Grundlagen des Rentensystems

Zunächst muss festgestellt werden, dass das Rentensystem in der BRD kompliziert und sehr schwer zu durchschauen ist. Das ist kein Zufall, sondern das Rentensystem ist gerade darauf angelegt, undurchschaubar zu sein und die RentnerInnen zu betrügen. Exemplarisch dafür ist die sogenannte „Standardrente“. Der Begriff täuscht vor, dass es sich um die durchschnittliche Rente handele, die man im Alter erwarten könne. In Wahrheit geht es dabei um die Rente eines fiktiven Beschäftigten, der es geschafft hat, 45 Jahre lang konstant zum Durchschnittslohn aller Sozialversicherten zu arbeiten – was sehr unrealistisch ist. Allein 45 Entgeltpunkte zu sammeln schafft kaum ein Arbeiter – von Arbeiterinnen ganz zu schweigen. Die „Standardrente“ ist also tatsächlich eine „Märchenrente“ und die Realität sieht deutlich bescheidener aus, vor allem für die Arbeiterin.

Die Berechnung der Standardrente

Die Grundlage für die Berechnung der **Standardrente** sind „EckrentnerInnen“. Hierbei handelt es sich nicht um reale, sondern um fiktive Personen, um eine reine Berechnungsgrundlage: Der Eckrentner hat 45 Jahre lang das Durchschnittseinkommen erhalten und dafür Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung eingezahlt. Ein Zahlenbeispiel hierzu: Der Eckrentner, der bis zum 1. Juli 2015 45 Jahre vollbeschäftigt ohne Unterbrechung zum Durchschnittslohn (35.000 Euro brutto im Jahr) gearbeitet hatte, konnte brutto 1.314 Euro Rente beziehen (dies gilt

für die alten Bundesländer, in den neuen Bundesländern sind es 1.217 Euro)²⁷. Wie wird diese Zahl berechnet: Für jedes Jahr Erwerbstätigkeit, in dem das durchschnittliche Einkommen erwirtschaftet wird, gibt es einen Entgeltpunkt auf das Rentenkonto. Der sogenannte Rentenwert betrug 2015 27,05 € im Osten 29,21 € im Westen. Dieser Rentenwert wird mit 45 Entgeltpunkten multipliziert und ergibt die Standardrente.

Wichtig ist: Jedes Jahr, in dem das Bruttoeinkommen unterhalb des Durchschnitts liegt, wird mit weniger Entgeltpunkten bewertet!

Abschlagsfreie Renten mit 63 Jahren erhalten in der Vergangenheit und heute in der Regel (wenn überhaupt) Männer, weil sie als kontinuierliche Vollzeitbeschäftigte lange Beitragszeiten haben.

Aktuell (Stand: 2018) liegt die Standardrente bei ca. 1440 Euro (brutto)²⁸. Diese Rente gibt es aber aufgrund der kapitalistischen Lohnpolitik, der kapitalistischen Ökonomie nur für die wenigsten Menschen. Die echten RentnerInnen bekommen im Durchschnitt viel weniger: Männer beziehen heute real durchschnittlich ca. 1100 Euro, Frauen ca. 700 Euro Bruttorente. Frauen haben also nur etwas mehr als die Hälfte an Rente. Alle geschlechtlichen Unterschiede zusammen addieren sich zu einer Lohnlücke von 22 Prozent zwischen Frauen und Männern.

Aktuelle Renten im Durchschnitt

Ohne die Klassenzugehörigkeit und die Geschlechterfrage zu beachten, beziehen aktuell 3,7 Millionen RentnerInnen eine gesetzliche Rente von unter 300 Euro, sechs Millionen RentnerInnen von bis zu 500 Euro und 13 Millionen RentnerInnen, was 72 Prozent entspricht, von unter 1000 Euro Rente.

Regelrente

Die „Regelrente“ ist wiederum die Rente, die **am meisten beantragt wird** – und nicht mit der durchschnittlichen Rente oder gar der Standardrente zu verwechseln. Regelrente bedeutet: 35 grunderfüllte Beitragsjahre, aber man hat Abschläge, da vor der vollen Altersrente mit 65 plus in Rente gegangen wird. Hier sehen die Zahlen schon anders aus als oben: Frauen bekommen als Regelrente im Durchschnitt 465 Euro und Männer 718 Euro.²⁹

²⁷ Zahlen aus: „Die verratenen Mütter“

²⁸ Dass die Standardrente höher als die fiktive Eckrente ist, liegt daran, dass, wer heute Rentner ist und 45 Jahre Vollzeit durchgearbeitet hat, im Laufe seines Lebens Karriere gemacht und im Durchschnitt ein höheres Einkommen erzielt hat.

²⁹ Anmerkung: Hier geht es um den Durchschnitt der RegelrentnerInnen, nicht um den Durchschnitt aller RentnerInnen – diese Größe ist u.E. aussagekräftiger für die tatsächliche Lage der breiten Masse der ArbeiterInnenklasse, da die wenigen besonders hohen Renten herausgerechnet

²⁶ 22 FN, Link: „Rund jede fünfte Frau ist von Armut bedroht“, www.t-online.de/finanzen/jobs/id_83363678/rund-jede-fuenfte-frau-ist-von-armut-bedroht.html]



Weitere Fallen im Rentensystem

Auch der Begriff des „Rentenniveaus“ ist ein Beispiel dafür, wie das Rentensystem auf Verwirrung und Undurchschaubarkeit ausgelegt ist. Politik und Medien täuschen mit diesem Begriff vor, es handle sich um das Verhältnis der eigenen Rente zum Lohn/Gehalt in den Zeiten der Berufstätigkeit. Tatsächlich ist das **Rentenniveau** jedoch das **Verhältnis zwischen der Standardrente** (die kaum jemand erreicht) und **dem Durchschnittseinkommen aller Versicherten**. Diese Zahl verschleiert geradezu, was RentnerInnen wirklich an Rente bekommen. Während der Zeit der Berufstätigkeit täuschen Lohn- und Gehaltszulagen wie Schichtzulagen, Wochenendzulagen oder sonstige Zulagen den Menschen vor, dass sie sich in der Rente bemerkbar machen würden. So ist es aber nicht, denn **für die Rentenberechnung gilt nur das Grundeinkommen** – alles andere wird nicht berücksichtigt. Auch darum ist der Durchschnittslohn als Basis für die Rentenberechnung für ArbeiterInnen und vor allem für die Arbeiterin nur in Ausnahmen zu erreichen. StandardrentnerIn ist eben nicht der Standardfall, er ist nicht DurchschnittsrentnerIn und auch nicht typische RentnerIn, sondern der Idealfall. Das wird durch die undurchsichtige Berechnungsgrundlage verdreht, verwischt und führt zu einem falschen gesellschaftlichen Denken. Abgesehen davon, dass junge Menschen sich über ihre Zukunft im Alter und Rente häufig noch keine Gedanken machen.

sind, welche die Statistik ansonsten verzerren und die Renten höher erscheinen lassen, als sie für den typischen Arbeiter / die typische Arbeiterin tatsächlich sind.

Bewusst irreführend sind die Debatten darüber, dass die Standardrente mit den Rentenerhöhungen ansteigt, was von der Politik als Argumentation gegen die Altersarmut genutzt wird. Dabei werden die genauen Grundlagen über die Rentenpolitik bewusst verschwiegen, denn es ist Fakt, dass immer weniger RentnerInnen 45 Entgeltpunkte erreichen. Berufstätigkeiten werden immer mehr durch Arbeitslosigkeit, auch lange Arbeitslosigkeit unterbrochen und der Niedriglohnsektor boomt. Damit sinken die gezahlten Beiträge und das Rentenniveau. Es sinkt immer dann, wenn die Standardrente langsamer ansteigt als die Durchschnittslöhne der Versicherten. Wenn das Rentenniveau sinkt, dann sinkt der Wert der Renten im Vergleich zu den Löhnen.

WAS HEISST DAS FÜR DIE ARBEITERIN?

Frauen, die 45 Jahre lang in Vollzeit ohne Unterbrechung und kontinuierlich zum Durchschnittslohn gearbeitet haben, sind in der Berufstätigkeit und beim Rentenbezug kaum vorhanden. Für Frauen ist und bleibt das Erreichen der Bedingungen des „Eckrentners“ in diesem Rentensystem die absolute Ausnahme. Die Realität ist vielmehr die Altersarmut, von der Frauen besonders betroffen sind.

Zusatzrenten wie z.B. Betriebsrenten haben Frauen eher selten, da es diese vor allem in der Industrie gibt: Denn, wie wir oben gesehen haben, arbeiten Frauen in der Masse immer noch in den „weiblichen Berufen“. ArbeiterInnen, die über viele Jahre in Zusatzversicherungen einzahlen oder von einem hohen finanzielles Erbe profitieren oder eine gute Witwenrente beziehen, sind ebenfalls Ausnahmen.

Mütterrente / Anerkennung von Erziehungszeiten für Kinder

Was ist aber mit der Mütterrente als Sonderleistung, die nur Frauen beziehen können? Dazu ist zunächst einmal folgendes zu sagen: Die sogenannte „Mütterrente“ ist keine eigenständige Rente, sondern es handelt sich um zusätzliche Entgeltpunkte, die Frauen für die Kindererziehung bei der Rentenberechnung geltend machen können. Kindererziehungszeiten werden seit 1986 in der Rente wie folgt berücksichtigt: Es gibt zwei Entgeltpunkte für Kinder, die vor 1992 geboren wurden, und drei Entgeltpunkte für Kinder, die danach geboren wurden. Wer mehr als drei Jahre wegen der Kinder zu Hause bleibt, erwirbt keine nennenswerten Rentenansprüche mehr. Wir haben oben gesehen, dass es für die Arbeiterin aufgrund vieler Faktoren häufig schwer ist, nach Ausfallzeiten wieder in die Berufstätigkeit einzusteigen. Es folgen verschlechterte Bedingungen wie Lohneinbußen und Teilzeit oder fehlende Kinderbetreuung, die Frauen oft zwingt, länger als gewollt zu Hause zu bleiben. Von der Mütterrente profitieren nur diejenigen Frauen in nennenswerter Form, die in ganz anderen Verhältnissen leben, in gehobenen Jobs arbeiten und finanziell in der Lage sind, Leben und Beruf privat zu organisieren – die also ohnehin schon eine ausreichende Rente erreichen.

Für die Arbeiterin gilt das nicht: Bezieherinnen niedriger Renten bekommen mit der Mütterrente lediglich ein paar Euro mehr im Monat. Wer sogar weniger als die Grundsicherung bekommt, hat gar nichts davon. Hier gilt dasselbe wie für Hartz-IV-Bezieherinnen: Die Mütterrente oder Rentenbeiträge für Erziehungszeiten werden auf die Grundsicherung angerechnet und damit ist sie für die Arbeiterin gestrichen.



Grundsicherung

Offiziell heißt es, der Staat garantiere mit der Grundsicherung eine Absicherung im Alter, wenn die Rente nicht reicht oder das offizielle Rentenalter noch nicht erreicht ist, man aber trotzdem nicht arbeiten kann, z.B. durch Krankheit, Dauerarbeitslosigkeit/Hartz IV oder Berufsunfähigkeit. Eine halbe Millionen RentnerInnen beziehen heute Grundsicherung. Innerhalb der letzten zehn Jahre ist das ein Anstieg von 30 Prozent.³⁰ Liegt die Rente unter 780 Euro, empfiehlt die Rentenversicherung den Gang zum Sozialamt, um „Grundsicherung im Alter“ zu beantragen. Das betrifft die Masse der Arbeiterinnen, die durch Teilzeit und Auszeiten nicht die Bedingungen des Eckrentners erreichen. Um die Grundsicherung aufzustocken, arbeiten viele RentnerInnen in einem Minijob, sie können 450 Euro dazu verdienen, mehr nicht. Seit 2000 hat sich die Zahl der MinijoberInnen in der Rente fast verdoppelt, im Jahr 2017 zählt der Deutsche Gewerkschaftsbund mehr als 942.000 RentnerInnen im Alter zwischen 65 und 74 Jahren im Minijob. Die Sicherung des Rentenniveaus auf 48 Prozent, wie es aktuell die SPD fordert, wäre eine Stabilisierung vor allem für die besser verdienenden Menschen. Die Arbeiterin, die auf Grundsicherung angewiesen ist, wird in diesem System weiter in Armut leben.

Altersarmut und ideologische Stigmatisierung

Menschen, die sich wenig mit der Politik beschäftigen, verstehen häufig nicht den Zusammenhang zwischen ihren Lebens- und Arbeitsbedingungen und der kapitalistischen Ökonomie. Die staatstragende Propaganda ist darauf aufgebaut, dass jede/jeder für seine Lebens- und Arbeitssituation persönlich verantwortlich gemacht wird. Die, die es schaffen, sind die leuchtenden Vorbilder und werden hochstilisiert in dem Maße, dass andere es nicht schaffen, weil sie sich z.B. nicht in die Ausbeutung prekärer Arbeitsverhältnisse integrieren. Systemische Bedingungen, Gründe, Ursachen sind kein Thema, werden klein geredet oder umgedeutet: Nämlich immer wieder zu dem Bild: Du bist selbst schuld, aber du wirst auf Staatskosten versorgt, also sei dankbar...

Gesellschaftlicher Druck, Verurteilung und Stigmatisierung der Menschen, die in Armut leben, wirken so zerstörend, dass Menschen gelähmt werden. Sie verstehen nicht das System. Sie merken und fühlen nur ständig und überall, dass sie überflüssig sind. Dafür schämen sie sich und nicht wenige versuchen,

³⁰ Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes August 2015

RENTNERINNEN KÖNNEN AUCH KLASSENKAMPF

ihre Armut zu verbergen: Das heißt, sie ziehen sich zurück aus dem gesellschaftlichen Leben, sie werden einsam. Das ist die bittere Realität u.a. für Millionen alte Menschen, die heute in der BRD in Armut leben: Im Jahr 2016 haben fast sieben Millionen Rentnerinnen eine eigene Rente von maximal 750 Euro brutto bezogen. Das entspricht zwei Drittel der Rentenbezieherinnen in den alten Bundesländern und 40 Prozent der Rentnerinnen in den neuen Bundesländern.³¹ Und die Perspektive sieht nicht besser aus: Eine Studie des WDR von 2016 sagt für 2030 voraus, dass jede zweite Frau, die aus dem Berufsleben ausscheidet, eine Rente auf Sozialhilfeniveau erwartet.

Millionen Rentnerinnen leben heute also in Armut, die Rente reicht nur knapp zum Überleben. Betroffen sind Frauen, deren Einkommen nach gängiger Definition der Armut unter 60 Prozent des mittleren Einkommens liegt, was im Jahr 2016 1.063 Euro entsprach.

Wir sehen: Auch eine gute Ausbildung und Berufstätigkeit bringt Frauen in dieser kapitalistischen Gesellschaft mit diesem Rentensystem keine Gleichberechtigung, sondern hält sie in Armut. **Viele Frauen, die heute arbeiten, haben im Alter nichts anderes als Grundsicherung zu erwarten – genau wie die Frauen, die heute und in der Vergangenheit aufgrund ihres niedrigen Einkommens im Alter bereits in Armut gelebt haben.**

Wer Rente hört, denkt häufig: Das ist eine finanzielle Absicherung im Alter, dafür zahlen die Menschen, bis sie nicht mehr arbeiten können in die Rentenkasse ein. Ähnlich war es auch mal gedacht. 1889 wurde das Gesetz erlassen, um ein Versicherungsmodell zu schaffen, das der Altersarmut vorbeugt. 1945 sollte die Rentenversicherung ein Lohnersatz im Alter sein, mit einer Zahlung von 70% des Durchschnittseinkommens.³² Dieses Prinzip des Lohnersatzes hat der Staat längst abgeschafft. Es folgte eine Rentenreform nach der anderen mit ständigen Gesetzesänderungen. Heute sind wir bei einem Rentenniveau von 48% angekommen und bis 2030 wird es voraussichtlich auf 45% rutschen. Angepeilt wird heute ein Renteneintrittsalter mit 67 Jahren.

Das Rentensystem wurde so immer mehr den ökonomischen Bedingungen des kapitalistischen Systems mit all seinen Unsicherheiten, seiner Krisenhaftigkeit, Unbeständigkeit und fehlenden Planwirtschaft angepasst.

31 Deutsche Rentenversicherung – Rentenbestand 31.12.2014

32 Auf die politischen Hintergründe, vor denen diese Leistungen eingeführt worden sind (insbesondere Bismarcks Kampf gegen die erstarkende Sozialdemokratie Ende des 19. Jahrhunderts sowie der Kampf gegen das erstarkte sozialistische Lager nach dem Zweiten Weltkrieg) gehen wir hier aus Platzgründen nicht näher ein.

Alte Menschen aus der ArbeiterInnenklasse und darunter insbesondere Frauen werden damit aber zu Potenzialen für den Klassenkampf, die vielleicht häufig unterschätzt werden: Alte Menschen und RentnerInnen aus der Klasse sind erfahrene Menschen, sie haben vielfältige Erfahrungen als Arbeiterinnen im Berufsleben und mit den Sorgen, eine Familie durchzubringen. Gerade Rentnerinnen haben viele Dinge durchgestanden und durchgekämpft, z.B. Kita, Schule, Ehe, Familie, Arbeit u.v.m. Unzählige ältere und alte Frauen sind durch häusliche Gewalt und sexualisierte Gewalt geprägt. Frauen mussten und müssen ihr Leben lang gegen viele Vorurteile, Diskriminierungen, Gewalt und vieles mehr kämpfen.

Diese Umstände führen einerseits in Resignation, Depression, Tatenlosigkeit oder alles zusammen – aber oft gibt es auch einen innerlichen Kampfgeist, der sich aus all der Wut, dem Frust und der Enttäuschung nährt. Dann kommen die Erfahrungen von früheren Kampferfolgen hervor, die nicht einfach verschwunden sind. Und in einem gewissen Rahmen motivieren diese Erfahrungen auch. Gerade diese Situationen können Möglichkeiten ergeben, die Arbeiterin politisch in die richtige Richtung zu führen und sie in die kommunistische Basisarbeit einzubeziehen, um die „Power“ der Arbeiterinnen in eine organisierte Aktivität zu lenken.

Rentnerinnen sind heute Frauen, die aus den Nachkriegsgenerationen kommen, die nicht selten auf die Straße gegangen sind, die für sich und die nachkommenden Generationen Reformen und Gesetze erkämpft haben. Ihr Kampf ist Teil davon, dass sexualisierte und häusliche Gewalt nicht mehr als gesellschaftliche Norm oder Erziehungsmethoden legitim sind oder generell im Verborgenen bleiben können. Ihr Kampf war es, der dazu geführt hat, dass Frauen nicht mehr Eigentum des Mannes sind, dass es verbesserte Bildungsmöglichkeiten gibt, auch gegen alle Unzulänglichkeiten, die noch bestehen. Kurz gesagt: Rentnerinnen und alte Menschen sind auf diese Art erfahrene Kämpferinnen, auch wenn sie keine Revolutionärinnen oder Kommunistinnen sind. Sie sind es, die jetzt mit der Verschärfung der kapitalistischen Krise wieder die sind, die z.B. aus ihren Wohnungen fliegen und keine Alternativen haben. Die Masse hat ja nur Grundsicherung, was soll da noch gehen. Armut, Hunger, Krankheit, Obdachlosigkeit winken in der Rente, genug Gründe, um zu kämpfen statt einfach unter zu gehen!



SCHLUSSFOLGERUNGEN

In diesem Text sind einige Grundlagen zusammengetragen, die auf ökonomischer Ebene dafür sorgen, dass die Masse der Arbeiterinnen im Kapitalismus keine ökonomische Gleichberechtigung durch Bildung oder Berufstätigkeit erlangen kann.

Die Arbeitsmarktpolitik, das Lohn-, Renten- und Steuersysteme sind in ihrer Zusammenwirkung Teil der kapitalistischen Ökonomie, die durch ihre Verflechtungen dafür sorgen, das Wesen der ökonomischen Mechanismen zu regulieren, mit dem Ziel, dass die Arbeiterinnen nicht aus ihrer Klassenzugehörigkeit ausbrechen können, dass die Arbeiterin ökonomisch ausgebeutet bleibt, dass die Klassengesellschaft im imperialistischen Stadium aufrecht erhalten bleibt. Die Geschichte hat gezeigt, dass gesellschaftlicher Aufstieg für Einzelpersonen zwar möglich sein kann, aber das gilt nicht für die Masse der Arbeiterinnen. Ausnahmen sind Ausnahmen und hängen mit vielen Bedingungen, Zufällen, Gegebenheiten zusammen, die für uns Nebenaspekte sind. Für uns sind in diesem Zusammenhang nicht einzelne Individuen und Möglichkeiten für sehr wenige Personen wichtig. Für uns ist die Masse der Arbeiterinnen wichtig, die Masse der Menschen soll anders leben und arbeiten können und das kann eben auch nur die Masse der Arbeiterinnen ändern. Das kapitalistische Gesamtsystem ist die Struktur, die durchbrochen, zerschlagen werden muss, um ein sozialistisches ökonomisches System aufzubauen und weiter zu entwickeln, um dadurch eine andere Gesellschaft aufzubauen – in der die Masse der Menschen es lernt, sich an sozialistischen Werten, Idealen zu orientieren, um ein kollektives, soziales Miteinander zu leben ohne kapitalistische und patriarchale Ausbeutungs- und Unterdrückungsmechanismen.

Fassen wir die Ergebnisse zusammen:

- Eine gute Ausbildung, die Berufstätigkeit selbst und Qualifizierungen in der Berufstätigkeit ändern nichts an der Klassenlage der Arbeiterin.
- Durch eine qualifizierte Bildung kann die Arbeiterin in einem gewissen Rahmen einen beruflichen Aufstieg erreichen, damit kann aber nicht die kapitalistische Klassenstruktur überwunden werden. Der Masse der Arbeiterinnen ist der soziale Aufstieg verwehrt.
- Es ist die bürgerliche Ideologie, die vortäuscht, dass sich jede Arbeiterin, jeder Arbeiter wenn sie/er es nur will, durch Bildung und Berufstätigkeit aus ihrer Lage befreien kann.
- Ökonomische Unabhängigkeit vom Mann kann die Arbeiterin auf einem gewissen Niveau in der Zeit erreichen, in der sie in einer Berufstätigkeit in Vollzeit tätig ist, der Lohn wesentlich über dem Mindestlohn liegt und wo die Berufstätigkeit nicht durch soziale Bedingungen unterbrochen wird, wie z.B. Familie, Kinder, Krankheit.
- Die staatlichen Strukturen, welche die Klassengesellschaft aufrechterhalten, sorgen dafür, dass die Arbeiterin bei Unterbrechungen einer Vollzeit-Berufstätigkeit zwangsläufig einen wirtschaftlichen Abstieg durchläuft, oft verbunden mit einem sozialen Absturz, der dann in einem Leben in Armut endet.
- Der kapitalistische Arbeitsmarkt, das Lohn- und Gehaltssystem, das Steuerwesen und das Rentensystem bauen politisch, ideologisch und ökonomisch auf einem männlichen Familienlohn auf, was die Voraussetzung dafür schafft, dass eine ökonomische Gleichberechtigung der Arbeiterin verhindert wird.
- Leitbild zur Familienabsicherung im Kapitalismus ist die dauerhafte Vollzeit-Berufstätigkeit

des Mannes, die dauerhafte Ehe und damit die Absicherung der Frau durch die Ehe, durch ihren berufstätigen Mann.

- Dieses Leitbild widerspricht in der Geschichte und in der Gegenwart der Wirklichkeit der Arbeiterin, die mit wenigen Ausnahmen oft gezwungen ist, hinzu zu verdienen, weil der Lohn der Arbeiter nicht für einen Familienlohn ausreicht.
- Der Lohn der Arbeiterin kann durch dieses politisch-ökonomische System in Verbindung mit einem alten, rückschrittlichen, traditionellem Bild über die Rolle der Frau dauerhaft niedrig gehalten werden.

Gesellschaftliche Veränderungen wie das Ausbrechen aus alten Familienbildern z.B. durch Ansteigen von Scheidungen, Leben als Alleinerziehende - bewirken nicht, dass der Kapitalismus die Grundlagen der ökonomischen Bedingungen ändert. Allein diese begrenzte Ausarbeitung weist darauf hin, dass in der kapitalistischen Gesellschaft Armut oftmals weiblich ist. Um diese Schlussfolgerung zu vertiefen, bedarf es jedoch einer weiteren, genaueren Untersuchung der sozialen Lage der Arbeiterin. Wir werden uns daher in Zukunft mit dem System, dass die besondere Unterdrückung der Arbeiterinnen organisiert, in Verbindung mit der sozialen Lage beschäftigen. Dabei gehen wir auf die doppelte Rolle der Sozialverwaltung ein, die einerseits eine materielle

Unterstützung für das Leben bietet (z.B. Unterhaltsvorschuss, Wohngeld, Kindergeld) und andererseits als Kontroll- und Repressionsinstrument gegen die Arbeiterinnen eingesetzt wird und so die Voraussetzungen schafft, dass die Arbeiterinnen z.B. im Niedriglohnssektor durch das Kapital besonders profitabel ausgebeutet werden können. Dabei werden wir auch aufzeigen, dass die Sozialleistungen keine Subvention durch den Staat oder gar die Bourgeoisie darstellen, sondern vielmehr eine Umverteilung von den kargen Löhnen der ArbeiterInnen in die Taschen des Mittelstands und der Bourgeoisie bedeuten. In diesem Zusammenhang gehen wir auf die Rolle des Kleinbürgertums (dem sogenannten „Mittelstand“) und seine Funktion für den Staat bzw. für die bürgerliche Ideologie ein. Die Legende der sogenannten „kleinen Leute“ dient der Verschleierung der Klassegegensätze und bildet die Grundlage für die Aufstiegsideologie („Jeder ist seines Glückes Schmied“ und kann „vom Tellerwäscher zum Millionär aufsteigen“), die für die proletarischen Frauen eine reaktionäre Utopie bleibt.

All dies steht außerdem in engem Zusammenhang mit dem kapitalistischen Patriarchat. Fragen wie die Geschlechterrollen, die Familienstruktur und Ideologie müssen weiter untersucht werden. Entsprechend der Bedeutung für die Lebensrealität der Arbeiterinnen gilt das ebenso für das Patriarchat in Familie und Beziehung und die sexualisierte Gewalt, die Alltagserfahrung für die Frauen sind.



FRAUEN, DIE KÄMPFEN, SIND FRAUEN, DIE LEBEN!

Erklärung zum Internationalen Frauentag am 8. März

Kämpfende Frauen sind seit Jahrhunderten weltweit Teil von Revolutionen, Streiks, antifaschistischen Kämpfen, Kämpfen für die Frauenrevolution und vielem mehr. Frauen stehen oft ganz vorne im Kampf. Sie übernehmen die Führung, sind konsequent und mutig.

Sie haben die Motivation zu kämpfen, denn sie haben nichts zu verlieren, außer die Ketten die sie fesseln.

Wir als Kommunistinnen müssen heute einen allumfassenden Kampf für die Befreiung der Frau und der gesamten Menschheit, für den Kommunismus führen.

Wir begrüßen die internationale Initiative den Frauen*streik in verschiedene Länder zu tragen. Auch wir rufen heute alle Frauen dazu auf, sich die Straßen zu nehmen!

Der Frauenstreik ist für die Frauenbewegung ein wichtiger Schritt nach vorne. Wir als Kommunistinnen sehen unsere Aufgabe darin, uns an diesen Kämpfen zu beteiligen und diese mit aller Kraft voran zu bringen, aber auch kleinbürgerliche Einflüsse, wie die Illusion, das Patriarchat könne im Kapitalismus abgeschafft werden, zu bekämpfen.

Wen wir dabei nicht vergessen dürfen sind die tausenden Frauen, die heute überall auf der Welt mit uns gemeinsam auf den Straßen stehen und unsere unsterblichen Genossinnen.

Vergessen dürfen wir nicht die Samstagmütter, die seit über 700 Wochen Gerechtigkeit für ihre verschwunden gelassenen Töchter und Söhne in der Türkei fordern!

Vergessen dürfen wir nicht die kämpfenden Frauen wie Sylvia Ray Rivera, die für die Rechte von LGBTIQ+ Personen kämpfte und dabei trotz aller Härte die Liebe zu ihren Geschwistern auf der Straße nie verlor.

Vergessen dürfen wir dabei nicht kämpfende Frauen wie Hannie Schaft, die bis zu ihrem letzten Atemzug gegen den deutschen Faschismus kämpften und niemals aufgaben.

Vergessen dürfen wir nicht Frauen, wie die HDP-Abgeordnete Leyla Güven, die nicht für ihre eigene Freiheit in den Hungerstreik trat, sondern ihn für die Freiheit Abdullah Öcalans und die des gesamten kurdischen Volkes fortführt und erklärt: „So beschwerlich der Weg auch sein mag, wir werden gewinnen. Ich werde aus dem Gefängnis entlassen, damit der Widerstand gespalten wird. Aber wir werden in Würde weiterleben.“

Vergessen dürfen wir nicht Frauen wie Ivana Hoffmann, die in unserer Mitte unsterblich sind und durch ihren Mut zum Kampf zu einem Vorbild von unzähligen Kommunistinnen geworden sind!

Nicht nur am 8. März, sondern an jedem Tag werden wir mit diesen und tausenden weiteren Frauen auf der Straße stehen und in einem unermüdlichen Kampf gegen Ausbeutung, Unterdrückung und Patriarchat stehen!

Wir stehen dabei Schulter an Schulter zusammen und bilden eine undurchdringliche Front für die Befreiung der Frau!

Für die Befreiung der Menschheit!
Für den Kommunismus!



AN DIE JUGEND



Vor den Tempeln schufteten wir,
Schufteten Tag und Nacht.
Für das Wohl der goldenen Häupter.
Unser Lohn ist trocken Brot!

Jugend gefangen im Kapital,
Vernebelt vom Prunk der Reichen.
Wollen selbiges erreichen.
Man spannt sie ein ins System,
Damit sie bloß nicht aufbegehren.

Gibt es manchen der stellt sich gegen das Unrecht,
Gegen das System.
Er soll untergehen!
Als Rebell wird er verkannt
Als Mensch aberkannt.
Von der Repression niedergemacht.
Zurück soll er,
Zurück ins System!

Der Jugend wird es auferlegt,
Immer mehr soll sie leisten.
Nur der Stärkste darf überleben,
Am besten dabei seinen nächsten überschreiten.
Sich nicht zu einer Masse bilden,
Die den da oben gefährlich wird.
Keine Zeit keinen Sinn für freie Bildung
Für das wahrhaft Schöne.
Stattdessen Iphone hier, die Marke dort,
Massenkonsum da.
Achte nur darauf das du im Konsum
Nicht untergehst
Und stets die neuste Mode trägst.
Denke wenig kaufe viel!
Das sind die Parolen die heute zählen.

Mit protziger Begierde machen sie sich breit.
Dem Arbeiter auch das letzte zu nehmen.
Ihm nur das Nötigste zu geben.
Stirbt der eine kommt der nächste.

Eines können sie,
Tüchtig Kriege führen.
Andrer Blut für ihren Wohlstand vergießen.
Nazis Horden rüsten aus mit Gewehren
Die ihren Wohlstand mehren.
Wenn's der einfache Bürger nicht mehr tut,
Muss her der Massenmord!

Von Marx und Engels angeregt selbst zu denken:
Das rote Kiel der Matrosen, Arbeiter Stolz!

Das rote Madrid dem Faschisten zum Trutz!
Das rote Paris der Jugend Feuer!

Ruft an Rhein und Ruhr die Arbeitermacht:
„Jugend der Erde aufgewacht!“

Schon marschiert die KJ aufgebracht,
Längst ist sie erwacht.
Eigene Gedanken ein jeder sie hegt
Die Jugend zum Siege uns hebt.

Arbeiter sich hinter ihr bereit gemacht
Thälmanns Faust in unsren Reihen,
Rosas Worte in unseren Herzen,
Liebknecht in unserer Tat!

Zerschmettern wir die Säulen
Der Banken und Konzerne,
Auf ihren goldenen Häuptern
Errichten wir unsre Zeit,
Düngen unsere Felder
Mit des Bankers, Fabrikanten Blut,
Sähen goldenes Korn und nähren die Welt!

Unser Vaterland ist die Erde,
Unser Volk ist die Menschheit,
Unser Bestreben die Menschlichkeit.
Unser Sieg ist die Freiheit,
Die Gleichheit der Menschen,
Der Wohlstand für alle.
Nicht das Iphone!
Nicht den überflüssigen Massenkonsum,
Sondern das was jeder braucht
In Vorrang zu stellen
Und ihn auch damit zu versorgen.
Das ist unser Ziel,
Das müssen wir erringen.

Religionen tun es predigen,
Vom Christ bis hin zum Hindu.
Frieden, Nächstenliebe, das Gebot vom Teilen.
Wir? Wir lassen es praktisch werden!

Wir sind nicht das Chaos, nicht die Zerstörung,
Nicht der Untergang.
Wir sind die Zukunft!
Jugend du kannst es nur selber erringen.
Lass dich nie wieder binden.
Fang an zu denken.
Fang an zu kämpfen,
Fang an zu leben.



DIE RÄUMLICHE STRUKTUR DER KLASSENGESELLSCHAFT IN DEUTSCHLAND

Die Grundlage aller entwickelten und durch Warenaustausch vermittelten Teilung der Arbeit ist die Scheidung von Stadt und Land. Man kann sagen, daß die ganze ökonomische Geschichte der Gesellschaft sich in der Bewegung dieses Gegensatzes zusammenfasst“, schreibt Karl Marx im 1. Band des Kapitals¹.

Wie hat sich der Stadt-Land-Widerspruch seit damals entwickelt? In welchem Land leben wir heute und wie sieht seine räumliche Struktur aus? Im Schulunterricht und an der Universität werden diese Fragen in einzelne Wissenschaften zerlegt und bleiben letztlich unbeantwortet. In Geografie hören wir, dass Deutschland in Mitteleuropa liegt, kaum Bodenschätze besitzt usw. Im politischen Unterricht werden uns die Lügen über eine „soziale Marktwirtschaft“ und das Loblied auf die „Demokratie“ nahe gebracht; Klassen, Imperialismus und Geopolitik kommen nicht vor. Geschichte wird den SchülerInnen verblödend als Abfolge von Herrschern, Kriegen und Jahrestagen erzählt.

Der historische Materialismus versteht die räumliche Struktur und den Stadt-Land-Widerspruch als Ausdruck der Entwicklung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung. Die Art und Weise, wie die Menschen Gebrauchsgegenstände erzeugen und wie sie verteilt werden, bestimmt so-

wohl ihre sozialen Klassenbeziehungen, die räumliche Siedlungsstruktur wie auch die Großraumpolitik der führenden Reichen. Daher kann die sozioökonomische Struktur eines Landes nur in der Wechselwirkung und zeitlichen Entwicklung dieser Faktoren verstanden werden.

Das soziale Territorium Deutschland wird geformt durch die Wechselwirkung

1. der **natürlichen Grundlagen** (Geografie)
2. mit den **Produktionsverhältnissen** (die Wirtschaft als Basis der Gesellschaft)
3. und den darauf aufbauenden **Siedlungsformen** (die Entwicklung des Stadt-Land-Widerspruchs und die Segregation, d.h. die räumliche Trennung nach Klassenzugehörigkeit)
4. sowie den politischen und staatlichen Formen als **Überbau der Gesellschaft** mit all ihren Rückwirkungen auf den Raum (Geopolitik, Krisen und Kriege)

Der Text untersucht als ein Teil der Klassenanalyse vor allem Punkt 1 und 3 und streift geopolitische Aspekte im Hinblick darauf. Die Grundlagen der politischen Ökonomie (Punkt 2) werden in der Argumentation vorausgesetzt, d.h. Begriffe wie Ware, Wert oder Imperialismus werden verwendet, ohne sie herzuleiten. Die Rückwirkung des Überbaus (Punkt 4) auf die sozioökonomische Struktur wird nur mit einigen wenigen Beispielen angerissen.

¹ MEW Band 23, S. 373

Wir werden uns im Folgenden dem sozialen Territorium in Deutschland annähern: Wie verteilen sich Reichtumszonen und Armutgebiete übers Land und warum gerade so? Wie hat sich der Stadt-Land-Widerspruch entwickelt? Wieso prägt der Regionalismus die Sozialstruktur in Deutschland und was folgt daraus? Welche Rolle spielt die Provinz für die proletarische Revolution? Gibt es ArbeiterInnenviertel in den Städten und wie ist ihre Sozialstruktur?

Spannende Fragen, zu deren Beantwortung uns Friedrich Engels die richtige Methode an die Hand gegeben hat². Indem wir uns daran orientieren, untersuchen wir zunächst einige geografische Grundlagen, um im dann Siedlungsformen und Sozialstruktur im heutigen Deutschland herauszuarbeiten. Im Schlussteil werden wir einige Kernpunkte als Ergebnisse zusammenfassen.

GEOGRAFIE IN DEUTSCHLAND

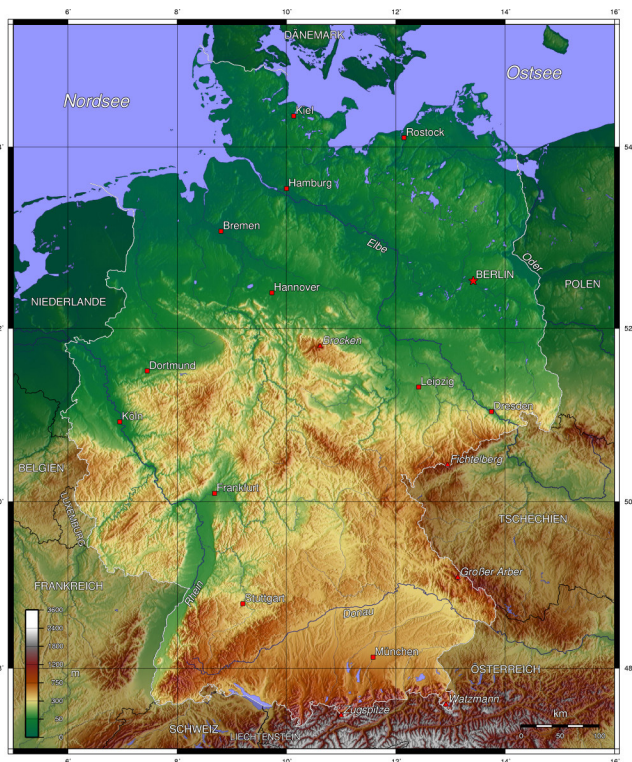
Geografische Grundlagen

Deutschland liegt in der gemäßigten Klimazone und verfügt als wasserreiches Gebiet über **fruchtbare Böden**. Das Land besitzt kaum **Rohstoffe**. Es verfügt in bedeutendem Maß nur über Stein- und Braunkohle, einige Rohstoffe für die Bauwirtschaft wie Kies, Bausand, Natursteine sowie über Kalisalz

als Grundstoff für die chemische Industrie³. Geografisch wird es durch den Gegensatz zwischen norddeutscher Tiefebene und den Mittelgebirgen im Süden geprägt.

Deutschland befindet sich im Zentrum Mitteleuropas und am westlichen Rand der eurasischen Landmasse. Nach Süden bilden die von Gletschern bedeckten Alpen eine Barriere. Dadurch wurde über Jahrtausende der gesellschaftliche Verkehr umgeleitet: Im Westen entlang von Rhein und Rhone nach Frankreich und im Osten entlang der Donau zum Balkan. Nord- und Ostsee sind eine Grenze nach Norden. Im Osten und im Westen gibt es keine vergleichbaren natürlichen Grenzen. Das hat im Lauf der Geschichte zahlreiche Kriege und in deren Folge Grenzverschiebungen begünstigt.

Blicken wir auf den Ozean, so verfügt Deutschland zwar über einen direkten Zugang zum Meer und mit dem Nord-Ostsee-Kanal über eine der wichtigsten Wasserstraßen Europas. Die beiden traditionellen **Seehäfen** Hamburg und Bremerhaven sowie der 2012 in Betrieb genommene Jade-Weser-Port in Wilhelmshaven stehen für die wirtschaftliche Bedeutung des kleinen Zipfels Nordsee, der zu Deutschland gehört. Geografisch kontrolliert jedoch England den Zugang zum Atlantik, was machtpolitisch und militärisch weitreichende Folgen hat.



GRAFIK 1: Topographische Karte Deutschlands



GRAFIK 2: Landschaftskarte Deutschlands

2 In der Beschreibung der ‚Pfahlbürger‘, wie er die Weber auf dem Dorf vor Erfindung der Dampfmaschine als Vorläufer des modernen Proletariats bezeichnet, liefert Engels ein lehrreiches Beispiel für die dialektische Verknüpfung der Klassenanalyse mit der räumlichen Struktur; Vgl. MEW Band 2, S. 237 - 239

3 Dazu kommt, dass viele Rohstoffvorkommen durch den jahrhundertelangen Abbau weitgehend ausgebeutet sind, wie z.B. die Uranlagerstätten in Ostdeutschland. Siehe dazu www.wiwo.de/politik/deutschland/rohstoffe-deutschland-reich-an-boedenschaetzen/5446006.html

Geopolitische Bedeutung der Flüsse und Gebirge

Die Geopolitik befasst sich aus imperialistischer Sicht mit dem Einfluss geografischer Faktoren auf die gesellschaftliche Ordnung. Sie hat grundlegende Zusammenhänge herausgearbeitet, wie zum Beispiel: „Flüsse sind grundlegend für die Entwicklung von Handel, Kapital und Wohlfahrt – solange sie in die richtige Richtung fließen.“⁴ Während dies z.B. auf die USA zutrifft, fließen die großen Flüsse Russlands geopolitisch gesehen in die „falsche“ Richtung, zum Nordpolarmeer ins Nichts der Arktis.

In Deutschland stimmt zwar die Richtung der Flüsse hin zu schiffbaren Meeren. Geopolitisch entscheidend ist jedoch, dass die **drei großen Flüsse** auseinander fließen:

Der Rhein nach Westen in den Atlantik, die Elbe nach Nordwesten in die Nordsee und die Donau nach Südosten ins Schwarze Meer. Die auseinander strebende Struktur des Landes wird durch die Flüsse als natürliche Handelswege vorherbestimmt.

Die bewaldeten Mittelgebirge in Süddeutschland sind für den Ackerbau ungeeignet. Sie bilden natürliche Grenzen zwischen benachbarten Kulturlandschaften. Dezentrale Wirtschaftsräume und darauf aufbauend der Regionalismus als politischer Bezugsrahmen wie als kulturelle Identität sind in der Gebirgsgeografie zwischen Alpen und norddeutscher Tiefebene angelegt.

Die ostelbischen Gebiete gehören zur Ostseeregion, die als Binnenmeer schon seit dem Feudalismus einen eigenen Wirtschaftsraum hervorbrachte (z.B. Hanse). Verstärkt wird diese Ostorientierung durch die geopolitische Lage Norddeutschlands. Hinter der Nordsee kommt der Atlantik, d.h. jahrhundertlang nichts; hinter der Ostsee liegen Russland und Eurasien, d.h. Großreiche und Handelszentren.

Aus geopolitischer Sicht besitzt Deutschland eine dezentrale und auseinander strebende Grundstruktur. Es gibt drei Großräume mit politisch, wirtschaftlich und kulturell unterschiedlicher Ausrichtung – den Nordosten (ostelbische Gebiete), den Westen (Rheinschiene) und den Süden (Bayern). Der vorgefundene geografische Gegensatz von Tiefebene und Mittelgebirgen tritt hinter diese geopolitische Spaltung zurück.

Reformation und Gegenreformation spiegeln das ebenso wieder wie die Konkurrenz von Preußen und Österreich-Ungarn bei der Bildung eines bürgerlichen Nationalstaats. Der Streit um die strategische Ausrichtung zwischen „Transatlantikern“ und „Russlandfreunden“ bildet einen modernen Ausdruck dieser Mitteleuropa bestimmenden geopolitischen Konstellation.⁵

Die geschichtliche Funktion des bürgerlichen Nationalstaats liegt in der Schaffung eines einheitlichen Wirtschaftsraums unter zentraler politischer Führung, der die feudale Zersplitterung überwindet. In Deutschland mit seinem föderalen Staatsaufbau von 16 Bundesländern, die politisch relativ viel Macht besitzen (z.B. über den Bundesrat oder durch ausschließliche Gesetzgebungskompetenzen in Bereichen wie der Bildungspolitik), wurde dies bis heute nicht vollständig umgesetzt. Dass die bayrische Landesregierung immer mal wieder Tendenzen zu einer Nebenaußenpolitik entwickeln kann, wäre weder in den USA, Russland, China noch in Frankreich denkbar. Dies stellt eine wichtige Besonderheit des deutschen Imperialismus im Vergleich zu seinen Konkurrenten dar.

Der geopolitische Hintergrund bildet zusammen mit der Geschichte auch die Ursache dafür, dass der **Regionalismus** bis heute das soziale Territorium Deutschlands prägt. Ein Beispiel aus der Politik sind die kommunistischen Organisationen der 1970er Jahre, die alle einen regionalen Schwerpunkt hatten, oder die politische Widerstandsbewegung heute, die räumlich in lauter kleine „Fürstentümer“ zerfällt. Ein Beispiel auf ideologischer und kultureller Ebene wären die „Wessis“ und „Ossis“, oder z.B. die Erscheinung, dass sich der Klassenhass, den die Aufwertung des Stadtviertels im Prenzlauer Berg in Berlin hervorgerufen hat, gegen die „Schwabens“ richtet.⁶

4 Die Präsentation ‚Love of one’s own – The Methodology Of Geopolitics‘ des US-imperialistischen Think-Tanks Stratfor bildet einen guten Einstieg in die Geopolitik. Auf den Folien 32 bis 36 werden mit Hilfe von Karten einige Grundgedanken der Geopolitik erläutert. Zitat auf Folien 34 und 35. download unter www.scribd.com/document/289290943/THE-METHODOLOGY-OF-GEOPOLITICS

5 Zu den geopolitischen Grundfragen Europas siehe: Zbigniew Brzezinski, *The Grand Chessboard*, Basic Books, 1997, insbesondere Chapter 2 *The Eurasian Chessboard* bzw. in deutscher Übersetzung: *Die einzige Weltmacht*, Kapitel 2 *Das eurasische Schachbrett*, Kopp Verlag, 5. Auflage, Dezember 2017. Ähnlich zur „Deutschen Frage“ in Europa argumentiert, wenn auch diplomatisch zurückhaltender, Tim Marshall in seinem fürs Massenpublikum geschriebenen Buch ‚*Die Macht der Geografie*‘, dtv, erweiterte Neuauflage 2017.

6 Nach der Annektion der DDR sind dort gutverdienende Kleinbürger eingezogen, viele davon NeuberlinerInnen, die durch die Hauptstadtfunktion angezogen wurden. Die „Schwabens“ stehen synonym für reiche NeuberlinerInnen, die die „Alteingesessenen“ verdrängen. Das es dafür einen räumlichen Code gibt (Schwabens) und nicht etwa nur die ebenfalls bestehenden kulturell/sozial festgemachte Mileus (z.B. die Ökos, die Yuppies, die Hippster) ist sehr bemerkenswert.

Kulturlandschaft und Nutzungsarten

Die Gesamtfläche Deutschlands beträgt 357.580 km². Mit 83,5% ist der überwiegende Teil Vegetation, die sich zu ca. 2/3 auf Kulturland (51,1% der Gesamtfläche) und fast 1/3 Wald (29,7% der Gesamtfläche) aufteilt. Echte Wildnis gibt es außerhalb einiger Nationalparks nicht mehr in Deutschland.⁷ Siedlungen mit 9,2% und Verkehrsfläche mit 5% sind weitere relevante Nutzungsarten. Die Siedlungs- und Verkehrsflächen als Hinweis auf den Stadt-Land-Widerspruch verteilen sich höchst ungleichmäßig über die Gesamtfläche (Siehe Grafik oben rechts)

Siedlungsformen und Bevölkerungsdichte

Größe und Bevölkerungsdichte der Siedlungen sind die beiden wichtigsten empirischen Kriterien der bürgerlichen Statistik. Im Unterschied dazu müssen wir die Siedlungsformen (Großstadt, Provinzstadt, Dorf) allseitig und dabei vor allem qualitativ betrachten. Man muss z.B. ein 1000-Seelen Dorf im Speckgürtel von München anders bewerten als eine 20-mal so „große“ Stadt in der Eifel oder Vorpommern. Eine sinnvolle Einteilung wäre demnach:

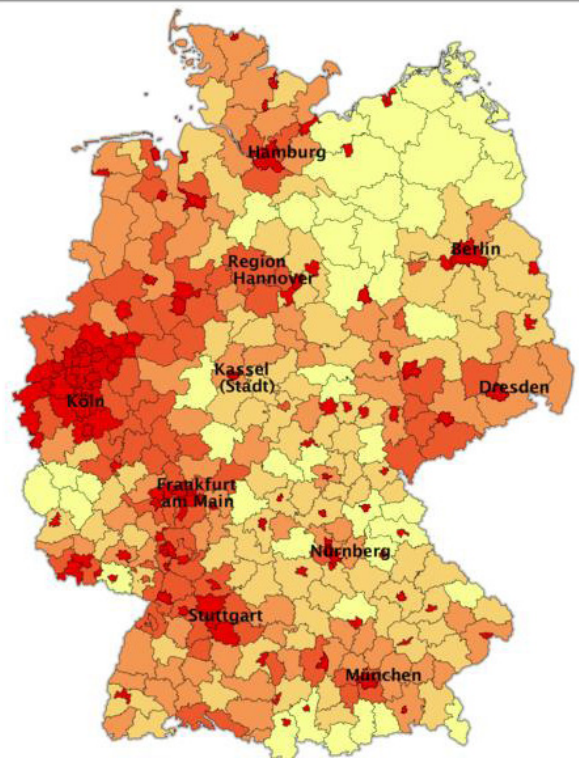
Großstädte und Ballungsräume (Ebene 1 – Die Stadt):

Sozioökonomisch besteht die Stadt in Deutschland im 21. Jahrhundert aus Großstädten und Ballungsräumen. Großstädte sind nach der statistischen Definition alle Städte mit mehr als 100.000 EinwohnerInnen. Von insgesamt 80 Großstädten gehören 32 keinem Ballungsraum an. In diesen 32 Großstädten leben 5,3 Mio. Einwohner bzw. 6,4% der Bevölkerung.

Ballungsräume sind, wie der Begriff richtig ausdrückt, ein Zusammenhang von Siedlungen in einem einheitlichen Gebiet, das großstädtisch geprägt ist. Der sozioökonomische Zusammenhang (Einheitlichkeit des Gebiets) bedeutet, dass wir immer alle Siedlungen, also auch die Kleinstädte und Dörfer in ihrem Einzugsgebiet mit betrachten müssen. Insgesamt leben in Deutschland 36,1 Mio. EinwohnerInnen bzw. 43,9% der Bevölkerung in 19 Ballungsräumen.

Werden alleinstehende Großstädte und Ballungsräume zusammengezählt leben damit 41,4 Mio. EinwohnerInnen bzw. 50,3% der Bevölkerung nach der bürgerlichen Statistik in der Stadt (Ebene 1).

Anteil Siedlungs- und Verkehrsfläche an Gebietsfläche (2013)
Gliederung: Kreise Gebiet: Deutschland



Ballungsräume in Deutschland

Nach Größe absteigend sortierte Liste (Angaben in eckigen Klammern beziehen sich auf Stadt davor):

- Ruhrgebiet mit 5,6 Mio. Einw.: Oberzentren Dortmund [586.000], Essen [583.000], Duisburg [491.000], Bochum [365.000] und das linksrheinischen Mönchengladbach [260.000]
- Rheinschiene mit 4,9 Mio. Einw.: Oberzentren Köln [1,1 Mio], Düsseldorf [612.000], Wuppertal [350.000], Bonn [319.000]
- Berlin [3,7 Mio.] mit 4,9 Mio. Einw.
- Rhein-Main-Gebiet mit 3,1 Mio. Einw.: Oberzentren Frankfurt [733.000], Mainz-Wiesbaden [486.000], Darmstadt [155.000], Offenbach [124.000], Hanau [93.000], Aschaffenburg [69.000]
- Hamburg [1,8 Mio] mit 2,7 Mio. Einw.
- Stuttgart [624.000] mit 2,3 Mio. Einw.
- München [1,5 Mio] mit 2,2 Mio. Einw.
- Mannheim-Ludwigshafen [470.000] mit 1,5 Mio. Einw.
- Nürnberg [510.000] mit 1,2 Mio. Einw.
- Hannover [532.000] mit 1,1 Mio. Einw.
- Bremen [557.000] mit 1 Mio. Einw.
- Bielefeld [333.000] mit 930.000 Einw.
- Saarbrücken [178.000] mit 826.000 Einw.
- Dresden [544.000] mit 816.000 Einw.
- Leipzig [560.000] mit 706.000 Einw.
- Chemnitz-Zwickau [340.000] mit 653.000 Einw.
- Karlsruhe [308.000] mit 604.000 Einw.
- Aachen [246.000] mit 570.000 Einw.
- Augsburg [286.000] mit 497.000 Einw.

⁷ Von heute ca. 0,5% der Gesamtfläche sollen die Wildnisflächen bis 2030 aus Gründen des Artenschutzes vor allem durch Umwidmung von Brachen (z.B. stillgelegte Tagebauten, nicht mehr genutzte Truppenübungsplätze) auf 2% erhöht werden.

Provinzstädte (Ebene 2):

Zur Provinz gehören die Klein- und Mittelstädte mit 20.000 bis 100.000 EinwohnerInnen und einer Funktion als lokales/regionales Zentrum, die nicht zur Stadt (Ebene 1) zählen. In den 84 Mittelstädten (zwischen 50.000 und 100.000 EinwohnerInnen) lebt mit insgesamt 5,7 Mio. EinwohnerInnen fast die Hälfte der BewohneInnen von Provinzstädten. Die andere Hälfte lebt in 227 Kleinstädten (zwischen 20.000 und 50.000 EinwohnerInnen). Insgesamt leben in ca. 311 Provinzstädten 12,7 Mio. EinwohnerInnen bzw. 15,5% der Bevölkerung.⁸ Auch diese „Bruttogröße“ werden wir im Weiteren umrechnen müssen.

Ländliche Regionen (Ebene 3 – Das Dorf):

Die ländliche Region besteht aus großen Dörfern⁹ mit 2.000 bis 20.000 EinwohnerInnen und Dörfern kleiner als 2.000 EinwohnerInnen, die nicht Teil einer Stadt oder Ballungsraums sind. In ca. 680 großen Dörfern leben 6 Mio. EinwohnerInnen bzw. 7,3% der Bevölkerung und in 8.995 Landgemeinden, die oft aus mehreren früher eigenständigen Dörfern bestehen,¹⁰ leben nochmal 22,1 Mio. Einwohner bzw. 26,9 % der Bevölkerung. Insgesamt leben ca. 28,1 Mio. Einwohner bzw. 34,2% der Bevölkerung auf dem Dorf.

Urbanisierungsgrad und reale Sozialstruktur

Die bürgerliche Statistik nennt einen Urbanisierungsgrad von 73,1%¹¹ und damit 26,9 % Dorfbevölkerung. Diese utopisch hohe Verstädterung ergibt sich aus der fehlerhaften Definition quantitativer Schwellen, der Nicht-Berücksichtigung qualitativer Aspekte und einem am Verwaltungsrecht orientierten Formalismus. Dies macht die folgende Umrechnung der bisher ermittelten Bruttogrößen notwendig:

8 Bereinigte Schätzung aus Einwohnerdaten Destatis zu allen Städten Deutschlands; kalkuliert aus Gesamtzahl minus Anteil Städte in Ballungsräumen. Letztere haben wir nur grob überschlagen, so dass eine gewisse Fehlerquote vorliegen kann.

9 Die bürgerliche Statistik definiert Mittelstädte mit 20.000 bis 100.000 und Kleinstädte mit 2.000 bis 20.000 Bewohnern. Sie orientiert sich dazu noch am rechtlichen Verwaltungsstatus einer Siedlung, so dass eine Siedlung mit 5.000 Einwohnern in einem Fall als Stadt und in anderen Fall als Dorf gesehen wird. Dieser Formalismus liefert keine brauchbaren klassenanalytischen Aussagen, weswegen wir eine abweichende Einteilung in Mittel- und Kleinstädte (Provinz) und ländlichen Raum (Dorf) vornehmen.

10 In Deutschland gibt es ca. 25.000 bis 30.000 Dörfer. Aufgrund von Eingemeindungen und Gebietsreformen sind fast alle Dörfer heute Ortsteil einer Stadt bzw. einer Landgemeinde. Siehe dazu: www.frag.wikia.com/wiki/Wie_viele_Dörfer_gibt_es_in_Deutschland

11 Statistisches Bundesamt destatis; Gemeindeverzeichnis Stand 31.12.2015 listet 2.060 Städte mit 60.086.436 Einwohnern auf bei einer Gesamtbevölkerung von 82.175.684 Menschen

Insgesamt leben 41,4 Mio. Menschen und damit etwas über die Hälfte der EinwohnerInnen in der Stadt (Ebene 1). Ein Teil der Dörfer und Kleinstädte in Ballungsräumen behält dabei aber die Sozialstruktur einer Provinzstadt bzw. sogar seinen dörflichen Charakter. Dies gilt auch, wenn die BewohnerInnen als PendlerInnen in der Großstadt arbeiten und es im Dorf im Speckgürtel keinen einzigen landwirtschaftlichen Betrieb mehr gibt.

Anhand der Aufschlüsselung der Ballungsräume kann man einen zwischen 90% (im Falle Berlin, das mit Potsdam und den Siedlungen innerhalb des Berliner Rings zusammen wächst) und 50% (z.B. Karlsruhe) schwankenden Anteil des Großstädtischen BewohnerInnen ansetzen. Überschlägt man das vorliegende Datenmaterial ergibt sich daraus, dass wir von den 36,1 Mio BewohnerInnen von Ballungsräumen rund 10 Mio BewohnerInnen abziehen müssen, da diese eigentlich EinwohnerInnen von Provinzstädten und Dörfern sind. Diese 10 Mio. entsprechen rund 13% der Gesamtbevölkerung. Wir zählen diese 13% komplett zu den 15,5% der Provinzstädte dazu und kommen so auf 28,5% Anteil für die Provinz (Ebene 2). Diese Zuordnung scheint uns als Arbeitshypothese auch für Dörfer in Ballungsräumen gerechtfertigt, da sie nach unseren Erfahrungen deutlich „städtischer“ geprägt sind als Dörfer in ländlichen Regionen (Ebene 3).

Diese Umrechnung auf Grundlage eines qualitativen Kriteriums, nämlich der Sozialstruktur, führt zu einem verblüffenden Ergebnis. **Das reale Stadt-Land Verhältnis ist mit 1/3 zu 2/3 genau umgekehrt dazu, was der Urbanisierungsgrad der bürgerlichen Statistik vortäuscht. Tatsächlich leben nur ca. 37,5% in Großstädten, mit ca. 34% in Dörfern leben fast eben so viele Menschen auf dem Land und ca. 28,5% leben in Provinzstädten.** Die grafische Darstellung des Stadt-Land-Widerspruchs anhand der Bevölkerungsdichte bestätigt diese Dreiteilung (Grafiken rechts)

Grafik 4 zeigt eine Übersichtskarte mit Farbskala

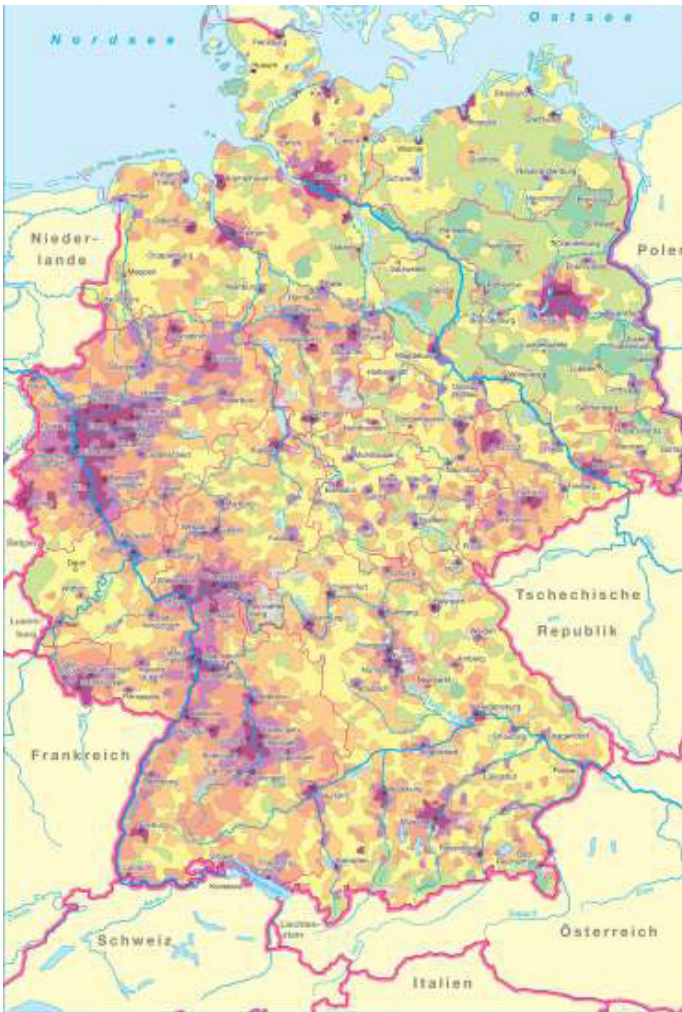
- violett > Großstadt;
- hellviolett/orange > überwiegend Provinz inklusive deren Anteil an Ballungsräumen;
- orange/gelb/grün > Dorf).¹²

Grafik 5 zeigt ein exaktes Raster nach Bevölkerungsdichte pro km².¹³ Dunkelrot entspricht 619 bis 23.379 Einw., die beiden etwas helleren Töne (rot bzw. violett) 92 bis 619 Einw. und die vier hellsten Farbstufen 0 bis 92 Einw..

12 Quelle: www.diercke.de/content/deutschland-bevoelkerungsdichte-978-3-14-100770-1-68-0

13 Quelle: www.de.wikipedia.org/wiki/Datei:1_IÖR-Monitor_Einwohnerzahl_2011_Raster_1000_m_.png

GRAFIK 4



GRAFIK 5



SIEDLUNGSFORMEN UND SOZIALSTRUKTUR

Die Entwicklung des Stadt-Land-Widerspruchs in Deutschland

Stadtentwicklung im Frühkapitalismus (1100 bis 1850)

Die ältesten Städte reichen zwar in die Römerzeit zurück, aber erst im Spätféudalismus (12. und 13. Jahrhundert) bildet sich der Stadt-Land-Widerspruch heraus. In dieser Phase entstehen in einer ersten Welle der Verstädterung über 200 Städte, die Mehrzahl als Neugründungen.

Hervorgerufen wird die Verstädterung durch die Ausdehnung der Warenwirtschaft im Spätféudalismus. Der historische Materialismus zeigt auf, dass bei der Einteilung in Stadt bzw. Dorf weder die Größe noch die Rechtsform einer Siedlung maßgeblich sind. Was die Stadt kennzeichnet, ist das Vorherrschen warenwirtschaftlicher Einrichtungen. Die auf Austausch beruhende Stadt kann dabei unbegrenzt anwachsen als das auf seiner landwirtschaftlichen Produktion fußende Dorf.

Zum Verständnis der Entwicklung gehören auch die Größenordnungen. Im Frühkapitalismus lebten in einer deutschen Stadt in der Regel einige tausend Menschen. Bereits im Altertum (Rom) und im Mittelalter gab es Millionenstädte (vor allem in Asien), doch erst um 1500 erreichte Köln als die damals größte Stadt die Zahl von 40.000 EinwohnerInnen. Um 1700 hatte Wien die Grenze von 100.000 EinwohnerInnen überschritten. Es war somit – nach heutigen statistischen Maßstäben – die erste Großstadt in Mitteleuropa.

Die ostelbischen Gebiete kamen erst im Zuge der Ost-Kolonisation dazu, deren Höhepunkt zwischen 1200 und 1400 liegt. Preußen als feudaler Militärstaat gründet sich auf Basis der kapitalistischen Manufaktur. Im preußischen Absolutismus entsteht mit Berlin ein politisches, ökonomisches und kulturelles Zentrum, das die Funktion einer Hauptstadt – allerdings begrenzt auf Norddeutschland – ausfüllt. Die hier ganz knapp angedeutete geschichtliche Entwicklung und Verteilung der Städte in Deutschland im Frühkapitalismus verstärkt und verfestigt somit die geopolitisch angelegte dezentrale und auseinander strebende Struktur des sozialen Territoriums.

Verstädterung in der Industrialisierung (1850 bis 1910)

Die Stadtbevölkerung in Preußen stieg von 28,1% (1849) auf 37,5% (1871). Bei Reichsgründung 1871 gab es acht moderne Großstädte: Köln, Berlin, Bres-

lau und Königsberg in Preußen sowie Hamburg, München, Dresden und Leipzig. In einer rasanten Entwicklung steigt die Zahl bis 1910 sprunghaft um 600% auf 48 Großstädte.

Quantität schlägt auch hier in Qualität um. Der Bezirk Düsseldorf (Ruhrgebiet) und die Provinz Brandenburg (Berlin) waren 1861 die ersten Räume, in denen der Anteil der Großstädter über 10% stieg – die Schwelle, die als kritisches Minimum der Urbanisierung gilt.

Neben dem starken Wachstum der alten Städte entstehen neue, vom Klassenwiderspruch Bourgeoisie und Proletariat geprägte Industriestädte. So z.B. die heutigen Wuppertaler Stadtteile Elberfeld und Barmen (Textilindustrie) als älteste proletarische Zentren in Deutschland, wo Engels während der 1848er Revolution tätig gewesen ist. Eine neue Erscheinung sind städtische Ballungsräume wie das Ruhrgebiet als industrielles Herz des Kapitalismus um 1900. Daneben entstehen in Sachsen und Oberschlesien weitere Industriezentren und auch die Grundlagen für den Ballungsraum Rhein-Main bilden sich heraus.

Die Industriestädte verteilen sich aufgrund von Rohstoffen, Transportwegen usw. unregelmäßig übers Land. Mit dem Ruhrgebiet entsteht neben der Hauptstadt Berlin ein zweites Zentrum in Westdeutschland. Beide Faktoren verstärken die sozio-ökonomische Zersplitterung Deutschlands weiter. **Der Regionalismus des sozialen Territoriums wird durch den besonderen Verlauf der industriellen Revolution samt Bildung eines deutschen Nationalstaats dialektisch aufgehoben, d.h. auf höherer Stufenleiter in den Kapitalismus in Deutschland übertragen.**¹⁴

Stadtentwicklung seit 1960 und Ist-Zustand

Auch wenn sich die grundlegende Siedlungsstruktur Deutschlands, wie wir sie heute antreffen, um 1910 herausgebildet hatte, entstehen im Imperialismus weitere Industriestädte.

Das bekannteste Beispiel wäre die buchstäblich auf der grünen Wiese errichtete Autostadt Wolfsburg. Die Braunkohleregion Lausitz im Südosten der DDR sowie Bayern in der BRD sind Beispiele für landwirtschaftlich geprägte Regionen, in denen die Industrialisierung erst nach dem 2. Weltkrieg erfolgte und die

Sozialstruktur gründlich auf den Kopf gestellt hat.

Die Phase ab 1960 bis 2000 wird häufig als **Suburbanisierung** bezeichnet, da nach der bürgerlichen Statistik der historische Trend zum Wachstum der Großstädte scheinbar nach 100 Jahren zum Stillstand kommt. Dazu zunächst einige statistische Fakten:¹⁵ 1871 bis 1925 wächst die Bevölkerung um 91,2%, während sich GroßstadtbewohnerInnen verzehnfachen (+1.078,2%) und die EinwohnerInnen der Mittelstädte (50.000 bis 100.000) um 245,1% ansteigen.

Von 1925 bis 1970 verlangsamt sich das Bevölkerungswachstum auf 55,5%. Großstädte (+65,1%) und Mittelstädte (+73,4%) wachsen kaum schneller. Dagegen boomen Kleinstädte (10.000 bis 20.000 EinwohnerInnen +159,7% und 20.000 bis 50.000 EinwohnerInnen + 150,8%). Die Bevölkerung wächst vor allem in Räumen, die in der Industrialisierung bisher zurückgeblieben sind: In Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Baden-Württemberg nimmt die Bevölkerungsdichte um 80%, in Hessen um 70% und Bayern um 65% zu. Dagegen nimmt sie in NRW nur um 55% zu.

Die Suburbanisierung wird durch verschiedene Faktoren vorangetrieben: Entwicklung des Individualverkehrs, Verallgemeinerung der urbanen Lebensweise, Kernstädte werden unattraktiv, Bedeutung der Freizeit und damit des Lands wachsen. Sozio-ökonomisch bedeutet die Suburbanisierung aber keineswegs eine Wiedergeburt des Landes. Sie stellt vielmehr ein weiteres Wachstum der Städte in veränderter Form dar, nämlich durch Integration des Umlands in die Großstadt bzw. den Ballungsraum. Diese Entwicklung lässt sich in allen imperialistischen Ländern aufzeigen und führt in Westdeutschland ab 1980 zur sogenannten Krise der Innenstädte.

Innenstädte als Einkaufszentren (Fußgängerzonen) ohne Wohnbevölkerung verstärken die räumliche Trennung nach Klassenzugehörigkeit. Während seit 1960 alle, die es sich leisten können, ins Grüne des sich rasch ausweitenden Speckgürtels um die Großstädte umziehen, bleiben die unteren „proletarischen“ Schichten der ArbeiterInnenklasse in der Innenstadt zurück. Eine gewisse Gegenteilstendenz bildet in den letzten 20 Jahren die massive Aufwertung innerstädtischer Quartiere (sogenannte **Gentrifizierung**). Sie führt in boomenden Großstädten und Ballungsräumen zur Verdrängung der ArbeiterInnen aus bestimmten Innenstadtvierteln.

14 Das Klassenbündnis zwischen ostelbischem Feudaladel (Junker) und west- bzw. süddeutschen Industriekapitalisten führt zu der Besonderheit, dass Deutschland politisch den Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus ohne bürgerliche Revolution zustande bringt und so jede Menge – objektiv überholter – feudale Traditionen in den Imperialismus integriert. Siehe dazu: Euan Varga, Die Besonderheiten des deutschen Imperialismus, 1946; online verfügbar auf www.kombibl.wordpress.com

15 Nach Jürgen Reulecke, Geschichte der Urbanisierung in Deutschland, Neue Historische Bibliothek, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 1. Auflage, 1985; S. 154f; Achtung: Er nimmt hier als Basis ausschließlich Westdeutschland wegen Vergleichbarkeit

Dorfentwicklung seit 1960 - vom bäuerlichen Dorf zum ländlichen Raum

Die Landwirtschaft spielt für die Sozialstruktur in der Provinz eine immer geringere Rolle. Deutlichster Ausdruck dieser Entwicklung ist das **Verschwinden der Bauern als eigenständige Klasse** in Deutschland durch das sogenannte Bauernsterben seit den 1960er Jahren in Folge der Industrialisierung der Landwirtschaft und Herausbildung einer monopolisierten Agrarindustrie.

Um 1900 waren noch 38% der Erwerbstätigen in der Land- und Forstwirtschaft tätig und 1950 immerhin noch 24,6%. Bis 1995 sank der Anteil auf 2,3% und liegt heute bei nur noch 1,4%. In absoluten Zahlen bedeutet dieser einen Rückgang von 3,6 Mio. (1960)¹⁶ auf 617.000 (2017).

Während es vor 20 Jahren noch rund 654.000 landwirtschaftliche Betriebe gab, waren es im Jahr 2016 gerade noch 275.000. Eine Abnahme von 58%. Von den heute noch bestehenden Betrieben bewirtschaften 9% der Betriebe mehr als die Hälfte der gesamten Nutzfläche in Deutschland.

Dabei gibt es große regionale Unterschiede: 77% der in der Landwirtschaft Beschäftigten in Bayern – wo es mit rückläufiger Tendenz noch Bauern als einfache Warenproduzenten gibt – sind Familienarbeitskräfte, während in Ostdeutschland über 50% der Beschäftigten "ständige Arbeitskräfte", d.h. LohnarbeiterInnen in den kapitalistischen Agrarbetrieben sind.

Betrachten wir den ländlichen Raum allein, so sind im Durchschnitt 2,3% der Erwerbstätigen in Land- und Forstwirtschaft beschäftigt (Stand 2013), die 1,7% der Bruttowertschöpfung erbrachten. Die höchsten Werte sind bei der Beschäftigung 13,6% im Rhein-Pfalz-Landkreis und bei der Wertschöpfung 7,3% im Landkreis Lüchow-Dannenberg.¹⁷

Die Provinz bekommt heute andere Funktionen zugewiesen als das bäuerliche Dorf vergangener Jahrhunderte. Dazu gehört die Wohnfunktion im Umfeld der Ballungsräume/Großstädte, die sich in wachsenden PendlerInnenzahlen und der steigenden Entfernung der Wohnung zum Arbeitsplatz ausdrücken. Daneben gibt es eine breit gefächerte lokale Wirtschaft aus Handwerk und mittelständischen Kapitalisten, die sozial stabilisierend

16 Diese Zahl bezieht sich nur auf Westdeutschland. Daher muss man die ca. 750.000 Erwerbstätigen in den Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG), deren Arbeitsplätze nach der Annektion der DDR ab 1990 wegfielen, noch dazu zählen, so dass die Gesamtdifferenz bei einer korrekten gesamtdeutschen Sicht entsprechend höher ausfällt.

17 Zahlen nach: www.topagrar.com/news/Home-top-News_Bedeutung-der-Landwirtschaft-auf-dem-Land-ingesamt-rückläufig-2922491

wirkt. Dies gilt unabhängig davon, dass die industriellen Zulieferer faktisch in internationalen Produktionsketten eingebunden sind und über Kredite von der Bank abhängen. Die öffentliche Verwaltung und Reproduktionsfunktionen von Tourismus über das Kreiskrankenhaus bis zum Seniorenheim im Grünen sind weitere Standbeine des Dorfs im 21. Jahrhundert.

Deutschland ist mit über 460 Millionen Übernachtungen im Jahr¹⁸ eines der meistbesuchten Länder der Erde. Mit 3,9% der gesamten Bruttowertschöpfung (Stand 2017) ist der Tourismus ein wichtiger Wirtschaftszweig. Beliebteste Urlaubsregionen sind Bayern (Alpen, Allgäu), Ostsee, Nordsee sowie Baden-Württemberg (u.a. mit Schwarzwald und Bodensee), die über 70% des Inlandstourismus auf sich vereinen.¹⁹

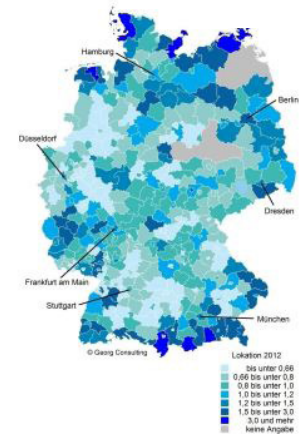
Die nachfolgende Karte zeigt die regionale Bedeutung des Tourismus anhand der Beschäftigten im Gastgewerbe (Stand 2012). Spitzenreiter waren die Landkreise Garmisch-Partenkirchen mit einem Index von 513, Vorpommern-Rügen (453) und Nordfriesland (402).²⁰

GRAFIK 6

SVP-Beschäftigte im Gastgewerbe Lokationskoeffizient 2012 (BRD = 100)

Top 10 Kreise

1. LK Garmisch-Partenkirchen: 512,7
2. LK Vorpommern-Rügen: 453,0
3. LK Nordfriesland: 402,9
4. LK Oberallgäu: 385,8
5. LK Wittmund: 375,3
6. LK Miesbach: 367,6
7. LK Ostholstein: 326,7
8. LK Vorpommern-Greifswald: 264,6
9. LK Cochem-Zell: 263,9
10. LK Berchtesgadener Land: 262,1



- 18 Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer lag 2017 bei 2,6 Tagen. Davon entfallen ca. 84 Millionen Übernachtungen auf Gäste mit einer Meldeadresse außerhalb Deutschlands. Siehe dazu: Destatis, Ergebnisse der Monatserhebung Tourismus, Fachserie 6, Reihe 7.1
- 19 Als Indikator gilt die Tourismusintensität (= Übernachtungen je 1000 Einwohnern), wo 2017 Mecklenburg-Vorpommern (18.472) vor Schleswig-Holstein (10.372), den Stadtstaaten Berlin (8714) und Hamburg (7635) sowie Bayern (7298) liegt. Siehe dazu: www.tmv.de/vergleich-mvs-mit-anderen-bundeslandern
- 20 Der Index 100 ist der Bundesdurchschnitt; 513 für Garmisch bedeutet also, dass dort 5,13 mal so viele Beschäftigte wie im Durchschnitt im Gastgewerbe arbeiten. Quelle: www.georg-ic.de/downloads/beschaeftigungsfaktor_tourismus_gastgewerbe_in_deutschland

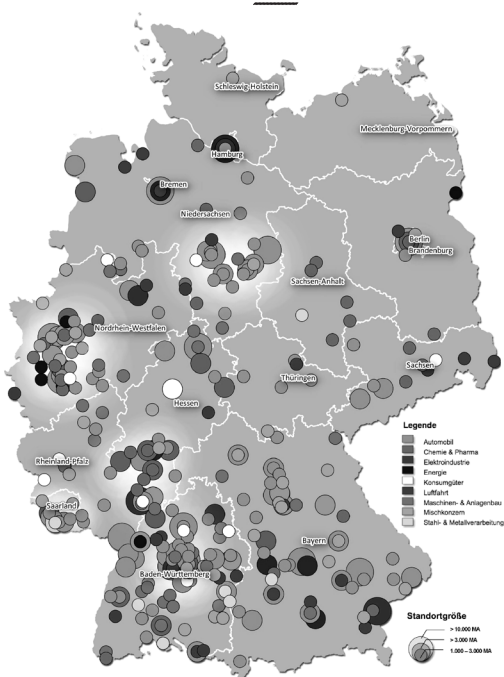
Insgesamt gilt es zu beachten, dass es keine einheitliche Entwicklung der Provinzstädte und des Dorfs gibt. Wir sehen vielmehr ein Nebeneinander von boomenden Landkreisen im weiteren Einzugsbereich von Ballungsräumen oder als Rückzugsorte der Bourgeoisie, wirtschaftlich und sozial stabile Räume (z.B. Touristenzentren, Kreise mit dezentral verteilter Industrie im Süden) und den sterbenden Regionen, in denen sich die Armut auf dem Land ballt.

Das industrielle Nord-Süd-Gefälle in Deutschland

Geschichtlich gewachsen verteilt sich die Industrie sehr ungleichmäßig über Deutschland. Es gibt hierbei sowohl ein klares **Ost-West-Gefälle** wie auch einen **Nord-Süd-Gegensatz**, der durch die Industrieregionen und Großstädte im Norden weniger ins Auge springt und daher kaum im Bewusstsein ist. [Siehe Grafik 7]

Das industrielle Nord-Süd-Gefälle wird anhand der Kennzahl ‚Beschäftigte im verarbeitenden Gewerbe‘ sichtbar. Der Süden (Baden-Württemberg, Bayern und südliches Thüringen) weist flächendeckend eine hohe Industriebeschäftigung auf (dunkle Einfärbung). Das weicht erkennbar von der Siedlungsstruktur ab. Im Süden gibt es in der Provinz eine dezentrale verteilte Industrie auch jenseits der städtischen Zentren. [Siehe Grafik 8]

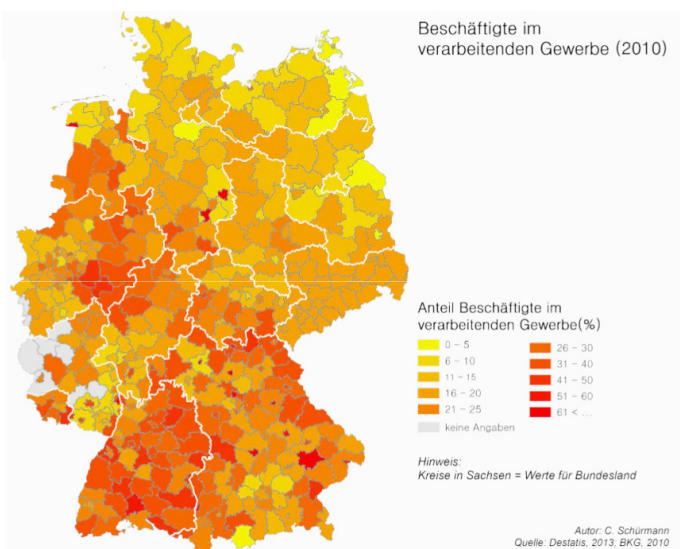
GRAFIK 7
Industriestandorte in Deutschland



Prognosen zur Entwicklung der räumlichen Struktur bis 2035

Jede Zukunftsprognose der sozioökonomischen Struktur eines Landes hängt zunächst einmal von der **Bevölkerungsentwicklung** als grundlegender Variable ab. Mit der Industrialisierung hat sich die EinwohnerInnenzahl Deutschlands in etwas mehr als einhundert Jahren verdoppelt. Seit 1995 und damit nunmehr seit einem Vierteljahrhundert stagniert die Bevölkerung.²¹

GRAFIK 8
Anteil der Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe in Deutschland



Jahr	Einw.	Jahr	Einw.
1871	41,0 Mio.	1990	79.8 Mio.
1910	64,9 Mio.	1995	81.8 Mio.
1950	69.3 Mio.	2000	82.4 Mio.
1960	73.1 Mio.	2010	81.8 Mio.
1970	78.1 Mio.	2015	82.2 Mio.
1980	78.4 Mio.	2017	82.8 Mio.

Prognosen zur Bevölkerungsentwicklung sind als statistische Rechnungen hochpolitisch. Ihre Ergebnisse werden direkt in politische Programme übersetzt – von der neoliberalen Rentenreform bis hin zum faschistischen „Volkstod“. Auch wissenschaftliche Einschätzungen der Bevölkerungsentwicklung

21 Quelle: Statistisches Bundesamt, 1871 bis 1939 früheres Reichsgebiet, 1950 bis 1990 Zahlen für beide deutsche Staaten; Ergänzung 2017 nach Meldung in Junge Welt 15.09.2018

hängen mit der Geburtenrate und der Migrationsbilanz entscheidend von Variablen ab, die selbst wiederum auf komplexe Weise durch politische Faktoren geprägt werden. Sie sind damit empirisch kaum vorhersagbar. Unter diesen Einschränkungen halten wir es in einem mittelfristigen Zeitraum für eine wahrscheinliche Entwicklung von einer **stagnierenden Bevölkerung von ca. 80 bis 85 Mio. in Deutschland auszugehen.**

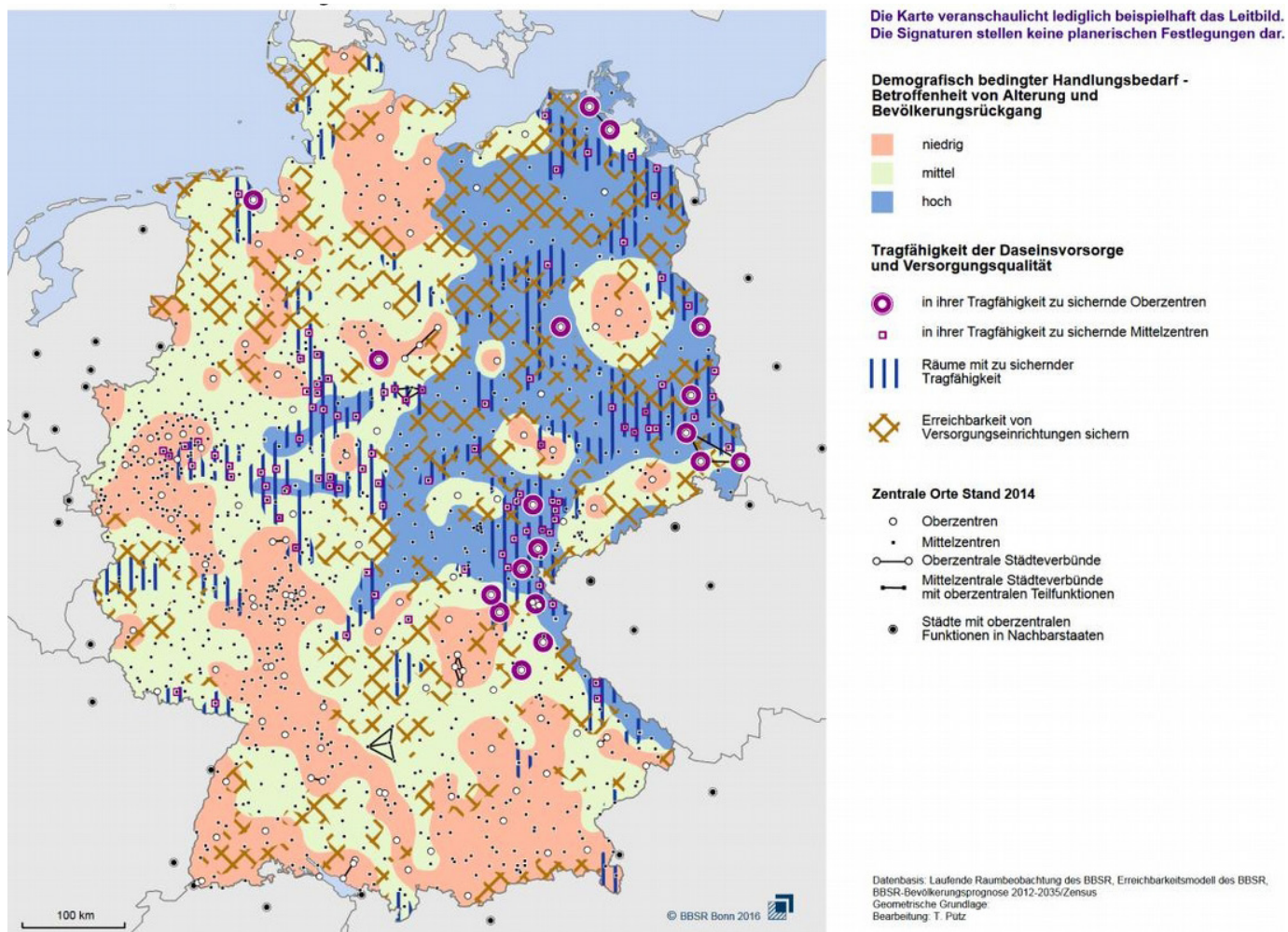
Wenn die Bevölkerung nicht wächst, bedeutet die Binnenwanderung innerhalb Deutschlands zwangsläufig, dass den Gewinnern (Boomregionen) im gleichen Maß Verlierer (sterbende Regionen) gegenüberstehen werden. Die Binnenwanderung der letzten 30 Jahre ist durch die De-Industrialisierung der DDR und die massive Abwanderung aus dem Osten geprägt. Außerhalb der Boomregion Berlin haben viele Teile **Ostdeutschlands** Bevölkerungsverluste von 20% bis 35% zu verkräften.²² Diese Entwicklung hat bisher die untergründige Verschärfung des Stadt-Land-Widerspruchs überlagert. Allen Prognosen

zufolge wird die kapitalistische Ausbeutung des Dorfs und von Teilen der Provinz durch die Stadt in den nächsten 20 Jahren zu immer mehr sterbenden Regionen führen.

Laut Raumordnungsbericht der Bundesregierung wird bis 2035 die Zahl der dünn besiedelten Landkreise mit weniger als 100 EinwohnerInnen pro km² um 50% auf dann 93 anwachsen. Die dramatischen sozialen Konsequenzen werden in nachfolgender Grafik 10 sichtbar. In vielen strukturschwachen Gebieten wird 2035 eine tragfähige Daseinsvorsorge „kaum mehr zu gewährleisten sein.“²³

Die Probleme gehen dabei weit über Ostdeutschland hinaus. Wir sollten alle Regionen, die in nachfolgender Grafik 9 nicht ausschließlich rosa oder hell gekennzeichnet sind, als vom Ausbluten bedrohte oder definitiv „sterbende“ Räume ansehen. Daran wird die zukünftige enorme Zuspitzung des Stadt-Land-Widerspruchs mit einem Ost-West- sowie Nord-Süd-Gefälle erkennbar.

GRAFIK 9
Situation der Daseinsvorsorge



22 Siehe dazu: Die Annexion der DDR und ihre Folgen, Kommunismus Nr. 10, speziell das Kapitel Blühende Landschaften und reale De-Industrialisierung, S. 42 bis 45 mit zahlreichen Daten und Nachweisen

23 Unterrichtung durch die Bundesregierung - Raumordnungsbericht 2017, 23.10.2017, Deutscher Bundestag 18. Wahlperiode, Drucksache 18/13700

ARMUTS- UND REICHTUMSZONEN IN DEUTSCHLAND

Der Armutsbericht 2017 zeigt die regionale Ungleichverteilung zwischen dem armen Norden(!) und Osten und dem reichen Süden auf. Auf Grundlage von 60 Regionen liegt der Durchschnitt bei 15,7% armen Haushalten. Als arm gelten dabei Haushalte, die weniger als 60% des Durchschnittseinkommens aller deutschen Haushalte erzielen. Die TOP 10 Reichtumsregionen mit Quoten von 8,1% bis 11,5% liegen alle in Bayern und Baden-Württemberg, darunter Spitzenreiter München mit 8,1% und Stuttgart mit 10,9%. Die TOP 10 der Armutsregionen sind: Altmark (25,8%), Mecklenburgische Seenplatte (24,9%); Bremen (24,8%), Vorpommern (24,2%), Berlin (22,4%), Hannover (22,3%), Halle/Saale (22,2%), Westsachsen und Dortmund (jeweils 22,0%).²⁴

Stark umstritten bleibt die Frage nach der richtigen Einbeziehung regional unterschiedlicher Preise und/oder notwendiger Kosten. Bei statistischer Berücksichtigung der regionalen Preisunterschiede („Kaufkraftarmutsquote“) gibt es spürbare Veränderungen in der Armutsquote (Siehe Grafik 10)²⁵

Platt gesagt ist das Leben im Westen und der Stadt teurer als im Osten oder auf dem Land, weswegen die Kaufkraftarmutsquote im Osten deutlich sinkt und in den Städten ebenso deutlich steigt. Nimmt man z.B. das Kriterium, wie viele Haushalte mehr als 40% des Einkommens für die Miete aufwenden müssen, dann steigt die Armutsquote insgesamt an und explodiert in den Ballungszentren, wo die Mieten in

den letzten 10 Jahren stark steigen. Im aktuellen Armutsbericht 2017 wird mit zahlreichen Argumenten darauf hingewiesen, dass es bisher keine objektive Datengrundlage und entsprechende sozialwissenschaftliche Analysen gibt, aufgrund derer man regionale Preisunterschiede bei der Messung der Armut berücksichtigen könne.²⁶ Dahinter steckt das größere Problem der bürgerlichen Statistik, dass sie Armut nur quantitativ misst (noch dazu bezogen auf ein Durchschnittseinkommen) und keine qualitative Klassenanalyse mit Hilfe des dialektischen Materialismus erstellt.

Ein denkbare Szenario soll verdeutlichen, warum wir selbst mit den Einkommensdaten sehr vorsichtig umgehen müssen: Die Agenda 2010 wurde aufgrund des Widerstands der ArbeiterInnen nur zum Teil umgesetzt, nämlich im Niedriglohnbereich (Hartz IV, prekäre Jobs). Würden z.B. beim nächsten Kriseneinbruch die Stammebelegschaften direkt angegriffen und eine 30% Lohnsenkung in diesem Bereich durchgesetzt – und würden der Mindestlohn und Hartz IV vorläufig nicht abgesenkt – wäre ein starker Rückgang der statistischen Armutsquote die Folge!

Solche methodischen Einschränkungen gelten auch für nachfolgende Karte [Grafik 11] der durchschnittlichen Kaufkraftverteilung in Deutschland (Farbskala von hellgrün = Reichtum bis dunkelrot = Armut), in der z.B. Hamburg aufgrund seiner vielen Millionäre zur Reichtumsregion mutiert. Andererseits spiegelt sich in dieser Darstellung unsere Aussage, dass man die Provinz nicht über einen Kamm scheren kann, eindrucksvoll wider.

GRAFIK 10

GRAFIK 11

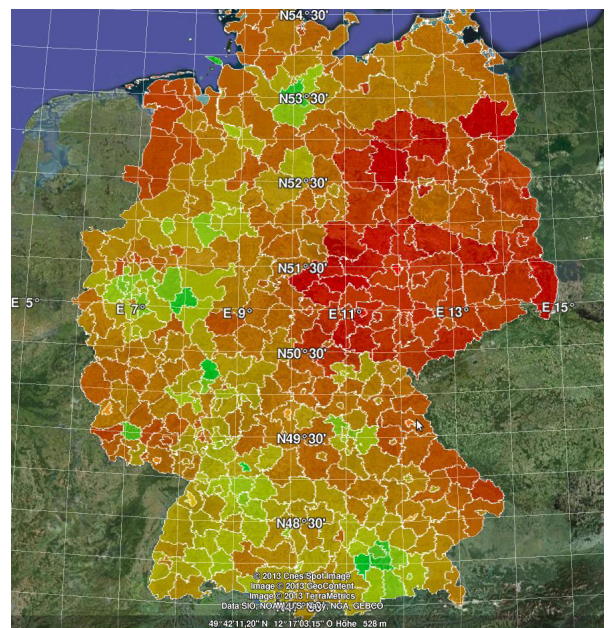
Soziodemografische Struktur und Kaufkraftarmut

Tabelle 10

im Ost-West-Vergleich im Jahr 2014

	Ost	West	Deutschland
Bevölkerungsanteil, in Prozent			
Arbeitslose im Haushalt	8,1	5,1	5,7
Mit Migrationshintergrund	14,2	27,4	24,8
Alleinerziehende	9,3	7,8	8,1
Alleinstehende	25,2	22,0	22,7
Bevölkerung ohne Risikogruppen	46,8	51,3	50,4
Kaufkraftarmut, in Prozent der Bevölkerung			
Insgesamt	16,8	14,9	15,3
Arbeitslose im Haushalt	54,7	45,8	48,4
Ohne Arbeitslose im Haushalt	13,5	13,3	13,3
Mit Migrationshintergrund	28,2	23,9	24,4
Ohne Migrationshintergrund	15,0	11,6	12,3
Alleinerziehende	33,2	30,7	31,3
Alleinstehende	27,6	23,4	24,3
Bevölkerung ohne Risikogruppen	5,9	5,7	5,7

Bevölkerung ohne Risikogruppen: Bevölkerung in Mehrpersonenhaushalten mit mindestens zwei Erwachsenen ohne Arbeitslose und ohne Personen mit Migrationshintergrund; Ostdeutschland: einschließlich Berlin.



24 Bericht zur Armutsentwicklung 2017, Der Paritätische Gesamtverband. Anhand der Armutsquote wird die regionale Armutsverteilung ermittelt; Anhang S. 109 bis 111
 25 Institut der Deutschen Wirtschaft Köln, Auf die Preise kommt es an, Pressemitteilung Nr. 73 vom 05.12.2016; Daten beziehen sich auf 2014

26 Siehe Bericht zur Armutsentwicklung 2017, Der Paritätische Gesamtverband; Abschnitt ‚Bundes- versus Ländermedian‘ und ‚Kaufkraftbereinigte Armutsquoten‘, S.7 bis 9

DSCHUNDEL GROSSSTADT – WO SIND DIE ARBEITER/INNEN-VIERTEL GEBLIEBEN?

Daten zum sozialen Flickenteppich am Beispiel Berlin

Der Aufstandsplan von Spartakusbund und Revolutionären Obleuten im November 1918 sah vor, dass angeführt von den wenigen Vertrauensleuten, für die man Waffen aufgetrieben hatte, riesige Protestzüge aus den ArbeiterInnenvierteln ins bürgerliche Zentrum Berlins marschieren sollten, um dort die Regierungsgewalt zu übernehmen. Noch in den 1930er Jahren gab es jene **ArbeiterInnenviertel** wie den Roten Wedding, aus deren einheitlichem, proletarischem Milieu sich Widerstandshochburgen der KPD entwickelt hatten, die erst weit nach der Machtübertragung an den Faschismus geschleift wurden.

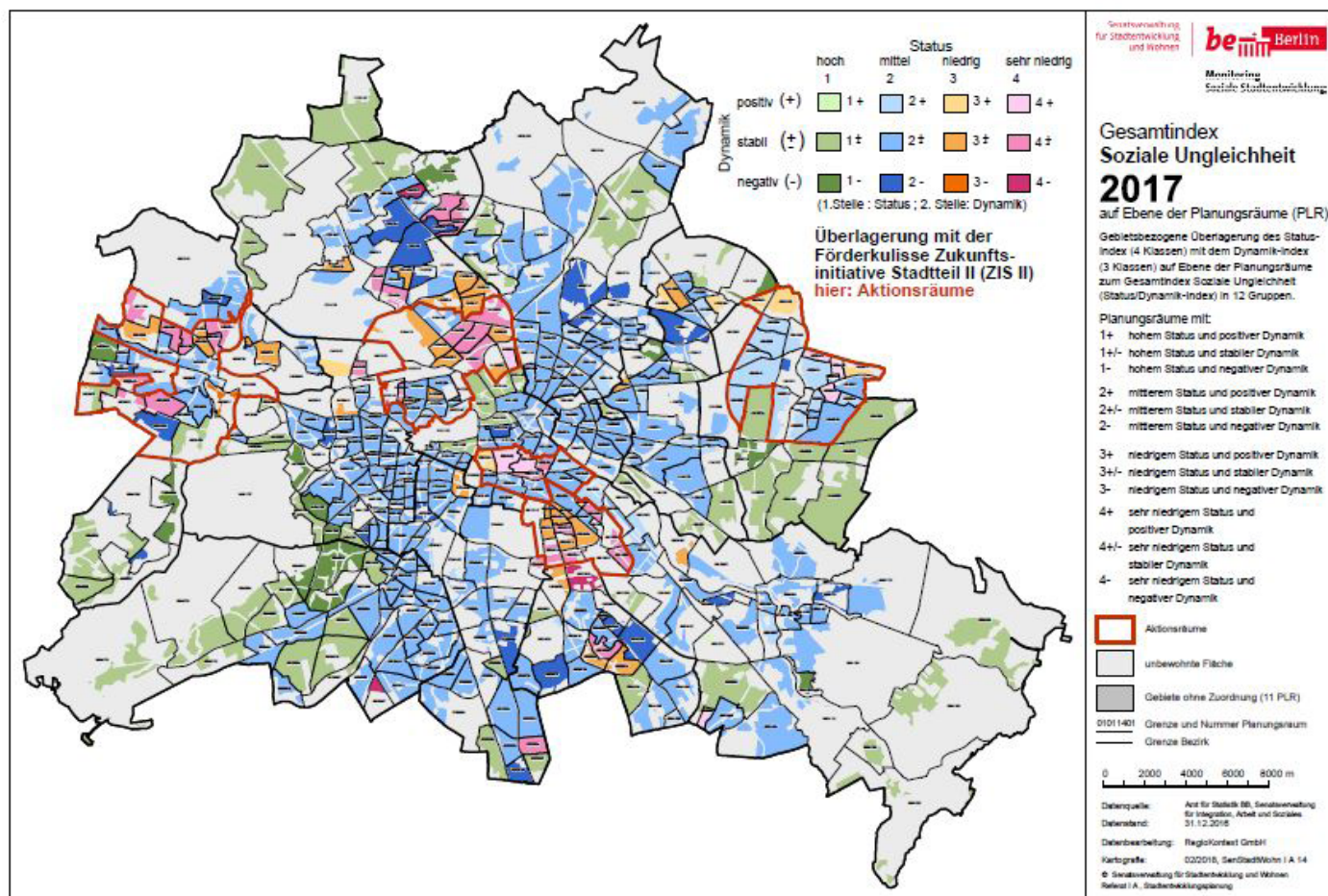
Schaut man sich im Vergleich dazu den Sozialatlas Berlin 2015 an, wird man feststellen, dass das soziale Territorium heute nicht mehr so eindeutig sortiert ist. Wenn man die „sozialen Brennpunkte“ als moderne ArbeiterInnenviertel ansieht – eine Annahme, die sicherlich schief ist und nur als erste, grobe Verallgemeinerung taugt – dann liegen diese über die gesamte Stadtfläche verteilt. Wir finden sowohl

zwei Innenstadtbezirke als großflächige sogenannte „soziale Aktionsräume“ (Wedding und Teile von Reinickendorf im Norden sowie Kreuzberg und Nord-Neukölln im südlichen Zentrum), in denen sich in bestimmten Kiezen Tendenzen zur Ghettobildung feststellen lassen. Daneben zwei riesige Vorstädte (der überwiegende Teil des größten Berliner Bezirks Spandau im Westen sowie Marzahn-Hellersdorf im Nordosten) sowie verteilt über die Stadt weitere kleinere Gebiete wie z.B. das Märkische Viertel als westdeutsche Platte des sozialen Wohnungsbaus der 1960er und 1970er Jahre.

Dass ausgerechnet das unauffällige Gebiet um den Moritzplatz in Kreuzberg in direkter Nachbarschaft zur boomenden Mitte in der Gesamtbewertung 2015 den 1. Platz als absoluter Brennpunkt einnimmt, wirft einerseits Fragen zur Aussagekraft der Sozialstatistik auf. Andererseits weist dies daraufhin, dass die innere Struktur der sozialen Brennpunkte selbst wiederum vielschichtig ist. Diese Komplexität wird durch die oft – aber nicht immer – fehlende klare Grenze nach außen weiter erhöht. In einer ersten Annäherung können wir also festhalten, dass die Sozialstruktur Berlins heute einem Flickenteppich gleicht [Siehe Grafik 12].

Wie ist dieser Flickenteppich entstanden und wie müssen wir den Ist-Zustand einschätzen?

GRAFIK 12



Schon die kapitalistische Manufaktur hatte die Arbeitsstätten in der Werkstatt konzentriert. Aber erst mit der Industrialisierung werden Arbeits- und Wohnort dauerhaft auseinandergerissen. Engels weist in der Untersuchung der Industrieregion um Manchester nach, dass der Kapitalismus eine räumliche Trennung anhand der Klassenstruktur (Segregation) in der Stadt schafft.²⁷ Die Industrie bewirkt eine starke Zentralisation der Arbeitskraft. Die ArbeiterInnen siedeln sich um die Fabrik an. Der Bodenpreis explodiert mit steigender Nachfrage. Völlig überbelegte Unterkünfte, die zu Seuchenherden werden, sind die Folge. Die Bourgeoisie meidet die ungesunden Verhältnisse. In Folge entstehen ihre Villen weiter weg am Stadtrand.

Diese geschichtliche Entwicklung lässt sich auch in deutschen Industriestädten nachweisen. Wir können das dahingehend verallgemeinern, dass die Trennung der Lebensbereiche Arbeit (Produktion) und Wohnen (Reproduktion) in der industriellen Revolution das soziale Territorium grundlegend verändert. Die ArbeiterInnen müssen irgendwo wohnen und von dort zur Fabrik gelangen. Aus Profitgründen wird beides - der Ort der Produktion (= Fabrik) und der Reproduktion (= Wohnung) - nicht nach „vernünftigen“ gesamtgesellschaftlichen Maßstäben geplant, sondern dem spontanen Lauf der Entwicklung überlassen.

Politische Eingriffe in Form von Planung (Stadtplanung, Raumordnung, Baurecht usw.) hinken der naturwüchsigen kapitalistischen Entwicklung immer hinterher.

Während der Industrialisierung werden im unregulierten Boom der Gründerzeit durch die Stadtplanung nur lebensnotwendige Infrastrukturprobleme geregelt und manchmal die größten Auswüchse im Gesamtinteresse der Bourgeoisie reguliert. Den Staat als ideellen Gesamtkapitalist gibt es insofern auch auf kommunaler Ebene.

Heute ist die Stadtentwicklung in Bezug auf die Raumordnung durch das Baurecht zwar stark reguliert, aber eine gesellschaftliche Planung findet nicht statt. Kapitalistische Profitinteressen haben allemal ein starkes Gewicht. Auch verhindern politische Begrenzungen wie die von Lokalpolitikern eifersüchtig verteidigte kommunale Selbstverwaltung eine sinnvolle, übergeordnete Raumplanung.

Wenn wir dem kapitalistischen Profit auch in Bezug auf die Nutzung des Raumes den gebührenden Platz einräumen, so bedeutet das keineswegs, dass wir die Rolle der Stadtplanung gering schätzen. **Im Rahmen der gegebenen Verhältnisse versucht die Stadtplanung insbesondere die räumliche Konzentration der revolutionären Klasse des Proletariats zu verringern.** Lenin hat unter den Bedingungen der sozioökonomischen Struktur Russlands um 1910 das räumlich in Riesenbetrieben konzentrierte Proletariat in St. Petersburg und Moskau als revolutionäres Subjekt begriffen und die „Betriebe als unsere Festung“ bezeichnet. Die darauf aufgebauete Revolutionsstrategie der Bolschewiki verdeutlicht, warum die bürgerliche Stadtplanung die gefährliche ArbeiterInnenklasse nicht zu stark konzentrieren will.

Dies geschieht seit über 100 Jahren vor allem durch drei sich ergänzende Maßnahmen:

1. Die räumliche Konzentration der ArbeiterInnen in spontan um die Produktionsstätten herum entstehenden Vierteln wird durch eine Durchmischung der Wohngebiete entzerrt. Dazu gilt es insbesondere auch sozial stabilere Schichten aus der Arbeiteraristokratie, dem Kleinbürgertum und der unteren Bourgeoisie in solchen „gefährdeten“ Stadträumen anzusiedeln.
2. Neue Wohnquartiere für ArbeiterInnen werden geplant nach strategischen Überlegungen der Konterrevolution angelegt und von vornherein gemischt – die bekannte soziale Durchmischung von Quartieren, die im sozialen Wohnungsbau über die geplante Miethöhe festgeschrieben wird.
3. Geschichtlich entstandene oder zukünftig vorhersehbare „soziale Brennpunkte“ werden durch Maßnahmen des Stadtumbaus in beherrschbare, kleinere Räume aufgeteilt.

Solche durchaus wirkungsvollen Maßnahmen spielen sich, wenn sie denn funktionieren sollen, in Zeiträumen von Jahrzehnten ab. Meistens greifen sie nur teilweise oder auch gar nicht. Die Gründe dafür liegen im System. **Der inneren Widersprüche des Kapitalismus, der die überwältigende Mehrheit der EinwohnerInnen eines Territoriums in ArbeiterInnen verwandelt, sie in Nähe der Produktion zentralisiert und zugleich ihre Zusammenballung aus strategischen Gründen fürchtet, sind objektiv unlösbar.**

²⁷ Siehe dazu: Die Lage der arbeitenden Klassen in England, MEW Band 2, S. 225 bis 506



Durchmischung in Berlin-Spandau (verschiedene Perspektiven vom selben Standort)

Die Konkurrenz als Wesensmerkmal des Kapitalismus verhindert letztendlich eine strategische Planung für einen Zeitraum von 50 oder 100 Jahren, wie er für eine wirkungsvolle Stadtplanung notwendig wäre. Darüber hinaus ist die ArbeiterInnenklasse keine „feste Größe“, die nach bestimmten Kriterien in die Rechnung eingesetzt werden könnte. Allein das völlig übliche und aus Klassensicht rationale Verhalten, die Wahl des Wohnorts nicht von „betriebswirtschaftlichen Größen“ allein abhängig zu machen, sprengt jede Stadtplanung. Dies gilt z.B., wenn ArbeiterInnen zum Überleben soziale Netzwerke benötigen und diese räumlich in teuren Innenstadtlagen finden und selbige durch Überbelegung von Wohnungen gegen Mietpreissteigerungen halten. Erst recht gilt das, wenn ihr Widerstand dazu führt, dass die Miete begrenzt wird und sie sich so weiterhin das Leben in Vierteln leisten können, aus denen sie eigentlich wegziehen sollen.

Daten zur Zunahme der Segregation

Unter dem Titel „Wie brüchig ist die soziale Architektur unserer Städte“ erschien im Mai 2018 die bislang umfassendste empirische Studie mit Daten aus 74 Städten zur räumlichen Trennung nach sozialen, ethnischen und demografischen Kriterien.²⁸ Sie belegt empirisch die deutliche Zunahme der Klassenwidersprüche in Form der verschärften räumlichen Trennung im sozialen Territorium. Einige zentrale Ergebnisse lauten:

- Die soziale Segregation hat seit den 1990er Jahren zugenommen. Der Trend setzte sich nach Einführung von Hartz IV verstärkt fort, so dass nunmehr arme Menschen sich immer stärker in bestimmten Wohnquartieren konzentrieren.
- Die soziale Segregation von armen Kindern bzw.

Familien mit Kindern ist stärker ausgeprägt als im Durchschnitt der Gesamtbevölkerung. Mittlerweile gibt es in 36 Städten Quartiere, in denen mehr als 50% aller Kinder von Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II leben müssen.

- Die Segregation von MigrantInnen hat abgenommen und unterschreitet inzwischen den Wert der sozialen Segregation, während die Segregation nach Altersgruppen – bislang noch weitgehend unbemerkt – steigt.
- Die soziale Spaltung von Städten schreitet dort schneller voran, wo eine bestimmte Schwelle der Armutsegregation bereits überschritten ist.
- Entgegen der Annahmen der ForscherInnen hat die Miethöhe keinen verstärkenden Effekt auf die soziale Segregation. Dagegen wirkt der soziale Wohnungsbau verstärkend, da er sich auf Gebiete konzentriert, wo eh schon viele Arme wohnen.
- Interessant ist auch die Beobachtung, dass private Grundschulen der Trennung entgegen wirken, weil besser gestellte Familien dann eher im Viertel wohnen bleiben. Hier verlagert sich die soziale Segregation allerdings vom Wohnviertel in die Schulen. Dies schwächt die Klassenwidersprüche natürlich keineswegs ab sondern liefert uns einen Hinweis darauf, dass die öffentlichen Schulen ein zunehmend wichtigeres Kampffeld in den sozialen Brennpunkten werden.
- Für Ostdeutschland gilt, dass die Kombination aus dem Neubauprogramm der DDR mit industriell gefertigten Plattenbauten am Stadtrand im Zusammenspiel mit den „blühenden Landschaften“, die real nur eine Innenstadtsanierung und nachgeholte Sub-Urbanisierung für den Mittelstand bedeutet haben, eine starke Ballung der Armen in den Plattenbaugebieten hervorgebracht hat.

²⁸ Marcel Helbig, Stefanie Jähnen; Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung; Wie brüchig ist die soziale Architektur unserer Städte? Discussion Paper; download unter www.wzb.eu

Rückwirkung des gesellschaftlichen Überbaus auf die Sozialstruktur der Städte am Beispiel Berlins

Als ob der Klassenwiderspruch zwischen Bourgeoisie und Proletariat die Frage des sozialen Territorium nicht schon genug verkomplizieren würde, müssen wir noch einen weiteren Punkt erörtern. **Auf die sozioökonomische Struktur wirken jede Menge Faktoren aus dem gesellschaftlichen Überbau zurück.** In dieser Hinsicht steht Berlin sicherlich nicht repräsentativ für deutsche Städte, sondern bildet eher einen Extremfall, wo politische Faktoren besonders massiv auf die Stadtentwicklung zurückgewirkt haben. Gerade deshalb lässt sich jedoch anhand der Hauptstadt aufzeigen, wie vielfältig die Rückwirkungen des gesellschaftlichen Überbaus sein können.

Die Teilung Deutschlands und die Berliner Mauer sind in Bezug auf die sozioökonomische Struktur der Metropole Berlin äußere Faktoren. Dennoch prägen sie die Struktur des Ballungsraums in einer Weise, die die nächsten 50 Jahre nicht verschwinden wird.

Um eine Ahnung von der Vielfältigkeit solcher äußeren Faktoren zu bekommen, führen wir einige weitere Beispiele an:

- Der strategische Bombenkrieg der Alliierten mit der großflächigen Zerstörung des Stadtzentrums von Berlin sowie die nachfolgende politische Entscheidung, das Berliner Zentrum für eine potenzielle Wiedervereinigung auf Westseite frei zu halten
- Die enorme Verdichtung des städtischen Raums in Westberlin von 1960 bis 1989 sowohl in Bezug auf Industrieflächen wie Wohngebiete, da ein Wachstum in die Region politisch nicht möglich gewesen ist
- Das in den 70er Jahren gestartete Neubauprogramm für 1,5 Mio. Wohneinheiten in der DDR, das u.a. dazu geführt hat, dass mit Marzahn-Hellersdorf im Nordosten Berlins mit 165.000 EinwohnerInnen das größte zusammenhängende Hochhausgebiet Europas entstanden ist
- Die spontan verlaufende Ausdehnung der Stadt ins Umland, die u.a. aufgrund der gescheiterten Vereinigung der Bundesländer Berlin und Brandenburg bis heute politisch nur mit größeren Reibungsverlusten gesteuert werden kann. Eine Folge davon sind aktuell Tendenzen zur sozialen Entmischung in den Vorstädten am Stadtrand.

Migrantische Gemeinschaften und Multi-Kulti-Stadtviertel

MigrantInnen und Flüchtlinge tendieren fern der Heimat zur Bildung von sozialen Gemeinschaften. Diese liefern mit ihren Netzwerken lebenswichtige Hilfe, um unter schwierigen Bedingungen über die Runden zu kommen. Solche Gemeinschaften funktionieren in räumlicher Nähe natürlich noch besser. Aber die Zusammenballung bestimmter MigrantInnen in einem Viertel oder Straßenzug hat auch ökonomische Gründe; insbesondere die benötigten günstigen Mieten in wenig begehrten Wohnlagen (z.B. durch heruntergekommene Bausubstanz oder an lauten Straßen). Daneben führt der Rassismus dazu, dass ihnen viele Wohnungen in „besseren“ Gegenden erst gar nicht angeboten werden.

Wenn Kreuzberg und Nord-Neukölln in Berlin, Köln-Kalk oder Duisburg-Marxloh als „Klein-Istanbul“ bezeichnet werden, so weist dies auf die räumliche Konzentration von MigrantInnen hin. **Auch wenn es dabei teilweise Tendenzen zur Ghetto-Bildung gibt im Sinne eines Abschottens in einer „Parallelwelt“, so sind echte Ghettos in Deutschland eher eine Ausnahme. Vor allem handelt es sich dann nicht um ganze Stadtviertel, sondern um viel kleinteiligere Räume wie Straßenzüge und einzelne Wohnblocks z.B. am Rande von Industriegebieten.**

Die soziale Durchmischung von migrantisch geprägten Stadtvierteln läuft spontan über die günstigen Mieten. So ziehen StudentInnen in „Multi-Kulti“-Stadtviertel und die ärmeren Schichten der „biodeutschen“ ArbeiterInnen (Hartz IV-EmpfängerInnen, prekär Beschäftigte, arme RentnerInnen usw.) bleiben dort wohnen.

Die Durchmischung funktioniert auch deshalb, weil es nicht die „MigrantInnen“ gibt, sondern z.B. die drei großen Communities der TürkInnen, KurdInnen und AraberInnen. Auch innerhalb einer Community gibt es z.B. Klassenwidersprüche und politische Antagonismen, die einer schematischen Zusammenfassung als MigrantIn widersprechen.

Lagebeschreibung der komplexen sozialen Raumstruktur der Städte

Kommen wir also zurück zu unserer Ausgangsfrage, wo sind die ArbeiterInnenviertel geblieben, die den Verlauf der Klassenkämpfe in Deutschland von 1910 bis 1940 so entscheidend geprägt haben?

Auf der oberflächlichen Erscheinungsebene sind sie verschwunden. Die tiefer gehende Antwort lautet dagegen, dass die ArbeiterIn-

nenviertel sich in dem Maße ausdifferenziert haben, in dem sich die ArbeiterInnenklasse ausdifferenziert.

Natürlich sind die sozialen Brennpunkte ArbeiterInnenviertel, denn in keinem dieser Räume sind Nicht-ArbeiterInnen vorherrschend. Aber genauso sind fast alle Räume, die im Sozialatlas einen mittleren Status bekommen (= Farbe hellblau, siehe Grafik 12) ArbeiterInnenviertel. Wenn wir vereinfacht betrachtet nur die grünen Toplagen als städtische Rückzugsräume der Bourgeoisie samt ihres gutverdienenden Anhangs betrachten, dann wird deutlich, dass die ArbeiterInnenviertel in Berlin fast 80% des städtischen Raums einnehmen.

Das vermittelt ein deutlich realistischeres Bild als eine schematische Konzentration auf „soziale Brennpunkte“. Aus diesem Ansatz ergibt sich die Schlussfolgerung, dass es uns nicht darum gehen kann, Etiketten wie „ArbeiterInnenviertel“ zu verteilen und dabei der Täuschung zu erliegen, dass wir damit die Aufgabe gelöst hätten. Vielmehr müssen wir konkret das jeweilige räumliche Zielgebiet in seiner inneren Sozialstruktur analysieren und eine dementsprechende Herangehensweise für die politische Arbeit entwickeln.

Prognosen zur Stadtentwicklung bis 2030

Wir erwarten keine neue Großstadt auf der grünen Wiese in den nächsten Jahrzehnten. Vermutlich wird jedoch im Dreieck München - Ingolstadt - Regensburg ein neuer Ballungsraum durch quantitatives Wachstum der bestehenden Städte entstehen, was die geopolitische Dezentralität Deutschlands und die grundlegende sozioökonomische Struktur des Raumes weiter verfestigen wird.

Alle Prognosen zur Regionalstruktur in Deutschland gehen davon aus, dass die Städte weiter wachsen werden. Am Beispiel Berlins bedeutet dies, dass die Einwohnerzahl bis 2030 deutlich ansteigen wird und die Stadt ins Umland, welches verwaltungstechnisch zum Bundesland Brandenburg gehört, hinein wächst.

Der soziale Flickenteppich Berlin wird dadurch tendenziell noch chaotischer werden. Es gibt nur wenige unverrückbare Tatsachen, wie z.B. den Fakt, dass das Regierungsviertel nun mal im Zentrum der Hauptstadt liegt und dort bleiben wird.

Aus heutiger Sicht gibt es keine eindeutige Prognose, wie die Entwicklung der Städte verlaufen wird. Das gilt umso mehr, als die Entwicklung äußerer Faktoren (z.B. scharfe Wirtschaftskrisen oder zukünftige Kriege) und ihre Rückwirkungen auf die räumliche Struktur nicht exakt vorhergesagt werden können. Es lässt sich nur mit einiger Sicherheit festhalten, dass sich in der Stadt die Klassenwidersprüche scharf zuspitzen werden und sich diese Entwicklung auch in der räumlichen Struktur niederschlagen wird.



Der Traum vom großen Eigentum



Massenquartiere im Hochhaus

SCHLUSSFOLGERUNGEN ZUR RÄUMLICHEN STRUKTUR DER KLASSENGESELLSCHAFT

Die Dialektik lehrt uns, dass wir allseitig an die jeweiligen Punkte in ihrer Wechselwirkung und Entwicklung herantreten müssen und vor allem lernen müssen, in Widersprüchen zu denken. Nur so werden wir die Begrenztheit des Empirismus, der uns als bürgerliche Sozialwissenschaft die Datengrundlage liefert, überwinden und zu qualitativ höherwertigen und wahren Erkenntnissen gelangen. Daher formulieren wir unsere Ergebnisse zur räumlichen Struktur der Klassengesellschaft in Deutschland als Widersprüche, d.h. als Einheit und Kampf von gegensätzlichen Entwicklungstendenzen.

Dezentrale Regionen und zentralisierte Staatsmacht

Von den geopolitischen Grundlagen vorherbestimmt und durch die besondere geschichtliche Entwicklung (Kleinstaaterei im Frühkapitalismus, ungleichmäßige Industrialisierung) verstärkt, stellt Deutschland die Vereinigung dezentraler Regionen dar, über die ein zentralisierter Nationalstaat gestülpt wurde. Der deutsche Imperialismus hat die vorgefundene feudale Zersplitterung des sozialen Territoriums auf einer höheren Stufenleiter wieder hergestellt. Die Konterrevolution hat dabei ihre Hausaufgaben gemacht und wichtige Teile ihrer Unterdrückungsstrukturen wie z.B. die Bundeswehrstandorte und Strukturen der faschistischen Paramilitärs dezentral in der Provinz verteilt. Sie verfügt damit über einen Plan B, falls sie die Städte in einer revolutionären Krise verlieren sollte.

Alle drei Revolutionsversuche in der Geschichte Deutschlands (1525 Bauernkrieg, 1848 bürgerliche Revolution und 1918 bis 1923 sozialistische Revolution) sind bereits im Ansatz an der lokalen Engstirnigkeit und Zersplitterung der revolutionären Kräfte gescheitert. **Die Schaffung einer wirklich gesamtdeutschen, revolutionären Kampfpartei, die die ArbeiterInnenklasse real im ganzen, sehr differenzierten sozialen Territorium erfasst und sie deswegen einheitlich zum Sieg führen kann, bleibt eine geschichtlich noch zu lösende Aufgabe.**

Dynamische Stadt und träge Provinz

Die Stadt - als Ballungsräume und Großstädte (Ebene 1) verstanden - ist das räumliche Zentrum des Klassenwiderspruchs Bourgeoisie und Proletariat. Dieser wird sich mittelfristig weiter zuspitzen und eine politische Dynamik von Protest und Wi-

derstand in den Städten hervorrufen. Das flache Land (Provinzstädte und ländlicher Raum) scheint demgegenüber seit 500 Jahren träge der jeweiligen Entwicklung in den städtischen Zentren hinterher zu trotten. Wie sich bereits in den Revolutionsjahren 1918 bis 1923 relativ spontan gezeigt hat, ist das bei einer sozialistischen Revolution jedoch nicht der Fall. Es reicht nicht, die Ballungsräume und Großstädte zu erobern. **Ohne zusätzlich wenigstens die Provinzstädte (Ebene 2) zu kontrollieren, wird es in Deutschland keinen Sozialismus geben.**

Die soziale Struktur der Provinz ist stabiler als in der Stadt, da dort der Klassenwiderspruch Kapital und Arbeit durch viele Faktoren abgeschwächt wird.²⁹ Trotzdem müssen die ArbeiterInnen in der Provinz gemeinsam mit ihren Klassengeschwistern in den Städten zuschlagen. Militärisch gedacht leuchtet dies bei einem Blick auf die Landkarte sofort ein und erscheint durch die Zahlenverhältnisse einer ungefähren Dreiteilung (Stadt, Provinz, Dorf) ebenfalls logisch. Jedoch stellt diese Anforderung politisch eine riesengroße Herausforderung dar, der sich die kommunistische Bewegung bisher kaum bewusst gewesen ist. Die Klassenwidersprüche verschärfen sich mittelfristig auch in der Provinz. Schon heute gibt es eine große Armut auf dem flachen Land und die Ausbeutung der Lohnarbeit in patriarchal geführten Kleinbetrieben und mittleren Unternehmen steht den prekären Jobs in der Großstadt in nichts nach. Hier gilt es als ersten Ansatz, um unsere Aufgaben hinsichtlich der Provinz anzugehen, genauer zu untersuchen, welche Klassensegmente für uns der Türöffner in diesem wichtigen Teil des sozialen Raums sein können.

Soziale Segregation und Durchmischung im städtischen Raum

Die räumliche Trennung der Wohngebiete nach Klassenlage (Segregation) hat sich in der industriellen Revolution als grundlegende Gesetzmäßigkeit des Kapitalismus zur Formung des sozialen Territoriums durchgesetzt. Dieses Gesetz wirkt aber nur als Tendenz, die durch Gegenteilstendenzen gebremst oder abgelenkt wird. Die wichtigsten Gegenteilstendenzen sind in Form der Stadtplanung und imperialistischen Sozialpolitik (heute im Bezug auf den Stadtraum oft unter dem Begriff Quartiersmanagement zusammengefasst) vor allem politisch gesteuert. Sie zielen

²⁹ Siehe dazu Kommunismus Nr. 13, S. 16 bis 18; ‚Zur Struktur des deutschen Kapitalismus‘, insbesondere die Abschnitte zu Mittelstand und Handwerk sowie zur Landwirtschaft, wo erläutert wird, warum trotz Einbindung in globale Produktionsketten ein lokaler Mittelstand in der Provinz eine relative Stabilität aufweist.

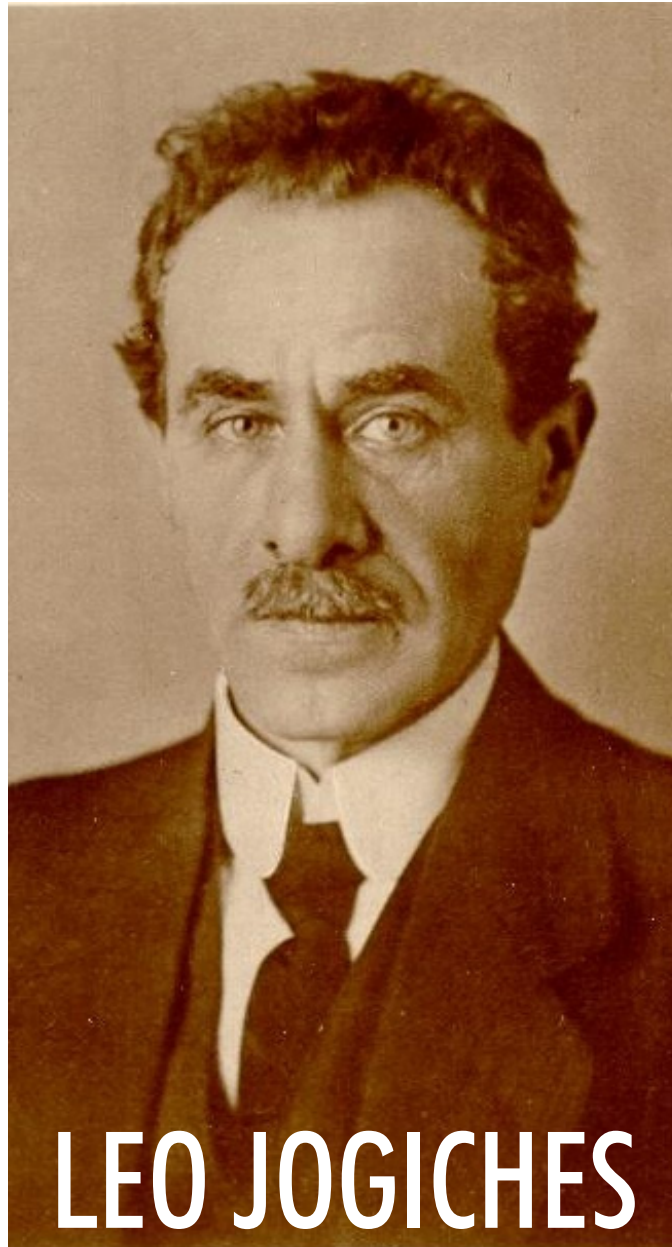
darauf ab, durch eine soziale Durchmischung die Konzentration des Proletariats und insbesondere seiner potenziell gerade am unruhigsten erscheinenden Segmente zu verringern. Das führt u.a. dazu, dass ArbeiterInnenviertel einer starken Veränderung unterliegen, deren Dynamik um ein Vielfaches höher ist als diejenige der Klassenzugehörigkeit. Dies erfordert eine taktische Flexibilität, sowohl im Hinblick auf die Zielgruppe, die angemessenen Arbeitsmethoden wie auch das gewählte Territorium.

Harte räumliche Klassengrenzen und unsichtbare Mauern in Parallelwelten

Städte wachsen ringförmig und, zumindest strategisch, ungeplant. Dadurch entstehen immer wieder Orte, an denen Klassenwidersprüche besonders stark aufeinander prallen, wo unter Umständen die Straßenseite über die soziale Lage und die Lebenschancen entscheidet. Im Gegensatz zu anderen imperialistischen Ländern sind „gated communities“ (durch Sicherheitspersonal bewachte und mit Zäunen getrennte Viertel für Reiche) und Ghettos in Deutschland bisher kaum zu finden. Trotzdem gibt es Viertel in denen z.B. soziale Brennpunkte und gehobene Wohnlagen direkt aneinander grenzen.

Häufiger vermischt sich dagegen sowohl die Bebauung wie auch die soziale Struktur und es entstehen dann – aus Sicht der Stadtplaner – wunderschön durchmischte Viertel, die in der Sozialstatistik völlig unauffällig bleiben. Real bestehen dort **Parallelwelten** innerhalb wie zwischen benachbarten Straßenzügen und Wohnblocks. Wir finden hier einen Stadtraum vor, in dem verschiedene Gemeinschaften unterschiedlicher Klassen, Schichten und Klassen-segmente im sozialen Territorium nebeneinander bestehen. Daraus folgt insbesondere, dass unsere Klassenanalyse als Handlungsanleitung nicht auf der Erscheinungsebene stehen bleiben kann. Weder dürfen wir uns z.B. durch starke soziale Grenzen im Raum blenden noch durch eine scheinbar vorhandene friedliche Koexistenz im „Multi-Kulti-Viertel“ einschläfern lassen. Wo politische und soziale Widersprüche explodieren oder im Gegenteil im Gleichgewicht verharren, wird nicht durch die Sichtbarkeit von Grenzen und Orten des Zusammenpralls bestimmt, sondern durch das Handeln der AkteurInnen. Das Vorhersehen und beeinflussen können wir nur, in dem wir uns im betreffenden sozialen Territorium verankern und somit Teil der Widersprüche werden.





LEO JOGICHES

Das Leben des internationalen Kommunisten Leo Jogiches
- In Gedenken an seine Ermordung am 11. März 1919

„Als ich die Zelle betrat, habe ich Leo im ersten Moment gar nicht bemerkt; in der Zelle war es völlig dunkel. Leo lag auf der Pritsche, krank, mit einer starken Influenza und 39° Fieber. ‘Im Namen des revolutionären Proletariats befreien wir Sie aus dem Gefängnis’, sagte ich ihm. Leo war erregt, entgegnete jedoch sofort: ‘Wie könnt ihr Zeit für meine Befreiung verlieren; ich nehme an, es gibt wichtigere Arbeit.’ Wir fahren sofort in unsere Zentrale, wo sich Rosa, Liebknecht und andere aufhielten, und Tyszka stürzte sich in den Hochbetrieb, als sei nichts geschehen.”

(Ein Befreier von Jogiches aus der Haft am 9.11.1918)

Leo Jogiches hatte viele Namen: Jan Tyszka, Grozowski, W. Kraft, Kazimir Krzystalowicz, A. Krumbügel, A. Storm und weitere. Er war als führender Revolutionär in der russischen, polnischen und deutschen ArbeiterInnenbewegung aktiv. Er war Mitbegründer der Sozialdemokratischen Partei in Litauen und Polen. Er war Mitglied im ZK der russischen Sozialdemokraten. Er war Mitbegründer und Anführer der Kommunistischen Partei Deutschlands. Er war enger Freund und Kampfgefährte der deutschen KommunistInnen Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Er wurde im Kampf um die sozialistische Revolution in Deutschland ermordet. Trotzdem ist er weitgehend unbekannt. Um ihm zu gedenken, veröffentlichen wir aus Anlass des einhundertsten Todestags einen Beitrag über das Wirken dieses bedeutenden Kommunisten.

REVOLUTIONÄRE JUGEND

Leo Jogiches wurde am 17. Juli 1867 im russisch-polnischen Wilna geboren, welches damals Teil des russischen Zarenreichs war. Er wuchs in einem jüdischen Elternhaus in wohlhabenden Verhältnissen auf und besuchte das Gymnasium. Hier kam er erstmalig mit den revolutionären Ideen der sogenannten „Volkstümmler“ in Kontakt. Diese wollten mit individuellem Terror den russischen Zaren stürzen, um gestützt auf die Bauernschaft den Sozialismus aufzubauen. Doch bevor Jogiches wirklich in den Kampf gegen den Zaren ziehen konnte, brachen die Organisationen der „Volkstümmler“ zusammen – die Bewegung geriet in eine Krise. Damals begann Plechanow, welcher die Ideen des Marxismus in die russische revolutionäre Bewegung einführte, eine immer bedeutendere Rolle zu spielen. Auch Jogiches nahm die marxistische Weltanschauung an.

Mit 18 Jahren beteiligte er sich in revolutionären Zirkeln, die mit der 1882 gegründeten Internationalen Sozial-Revolutionären Partei „Proletariat“ in Verbindung standen. Dies war die erste polnische sozialistische Partei, deren Programm im wesentlichen auf marxistischen Grundlagen beruhte.

Er wurde 1888 und ein Jahr später erneut wegen „revolutionärer Umtriebe“ verhaftet und zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt. 1890 wurde er zum Militär nach Turkestan eingezogen, doch noch auf dem Sammelplatz gelang ihm die Flucht. Er setzte sich nach Zürich in die Schweiz ab. Dort arbeitete er unter dem Pseudonym „Grozowski“ mit der marxistischen russischen Gruppe „Befreiung der Arbeit“ zusammen, welche von Plechanow geführt wurde. Dabei setzte er die finanzielle Unterstützung, die er von seinem Elternhaus erhielt, für den Aufbau der Gruppe ein.

Gleichzeitig suchte er organisatorische Verbindungen mit den in Russland wirkenden Zirkeln zu schaffen, um auch die praktische Arbeit voranzutreiben.

PARTEIGRÜNDER IN RUSSISCH-POLEN

Ebenfalls in Zürich lernte er 1891 Rosa Luxemburg kennen. Über die nächsten Jahrzehnte sollte die Beiden eine lange Freundschaft und bei Zeiten auch eine Liebesbeziehung verbinden.

Luxemburg vertrat mit anderen KommunistInnen in Zürich die russisch-polnische Sozialdemokratie im Ausland. Jogiches entschied sich für den vertieften Kampf innerhalb der polnischen ArbeiterInnenbewegung. Er wurde Mitherausgeber der ersten polnischen sozialdemokratischen Zeitung „Sprawa Robotnicza“, welche in der Schweiz gedruckt und in Russisch-Polen illegal verbreitet wurde. 1894 gehörte er zu den Mitbegründern der „Sozialdemokratie des Königreiches Polen“, die ab 1900 den Parteinamen „Sozialdemokratie des Königreiches Polen und Litauens“ (SDKPiL) annahm.

Im Jahre 1897 wurde die polnische Sozialdemokratie durch Verhaftung und Verfolgung zerschlagen. Jogiches emigrierte nach Berlin, wo er sich dem Studium der marxistischen Geschichte und der deutschen ArbeiterInnenbewegung widmete.

Im Jahr 1901 flammte der Kampf in Russisch-Polen wieder auf. Die KommunistInnen vor Ort wandten sich unter anderem an ihre GenossInnen Luxemburg und Jogiches mit der Bitte um Herausgabe einer Zeitung. Die „Sozialdemokratische Rundschau“, die unter Jogiches Leitung bis zur gescheiterten Revolution 1905 erschien, ist trotz ihres kleinen Umfanges eine der besten marxistischen Zeitschriften der damaligen Zeit. Eine ganze Generation polnischer Sozialisten wuchs unter Einfluss dieses Organs auf. 1903 wurde Jogiches dann zum ersten mal in die Zentrale der polnischen Sozialdemokratischen Partei gewählt, deren Mitglied er bis 1918 blieb. Insbesondere von 1905 bis 1915 bestimmte er ihre politische Linie und die organisatorische Arbeit maßgeblich mit.

Als es 1905 zur Revolution in Russisch-Polen kommt, siedelte Jogiches zusammen mit Rosa Luxemburg illegal erst nach Krakau und später nach Warschau um. Hier leitete er als Chefredakteur die „Volkstribüne“. Jogiches galt als außerordentlich fähig in der konspirativen Arbeit. So soll über ihn gewitzelt worden sein, dass er so illegal unterwegs sei, dass er selbst nicht wisse wo er wohne. 1906 wurde er zusammen mit Rosa Luxemburg verhaftet und für mehrere Monate in Untersuchungshaft gesperrt. Später wurde er zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Doch im Februar 1907 gelang ihm die Flucht nach

Berlin. Geholfen hatte ihm dabei unter anderem ein Gefängniswärter, den er überzeugen konnte.

Kurz darauf nahm Jogiches als Delegierter der SDKPiL an dem Parteitag der russischen Sozialdemokratie, der SDAPR, in London teil. Dort wurde er auch in das Zentralkomitee der SDAPR gewählt. Jogiches nahm in den innerparteilichen Fraktionskämpfen Platz auf der Seite der Bolschewiki.

Die Führung der mittlerweile illegalisierten Partei in Russisch-Polen erfolgte derweil – sowohl auf organisatorischem Gebiet als auch in den schriftlichen Publikationen – aus dem Ausland. Hier kam es zu einer Entfremdung zwischen einigen der illegal kämpfenden RevolutionärInnen in Polen und der Zentrale im Ausland. Auch die schärfer werdenden Auseinandersetzungen in der SDAPR zwischen Bolschewiki und Menschewiki färbten auf die polnische Partei ab. Im Jahr 1911 spaltete sich die Organisation in zwei Teile, als sich das Warschauer Komitee vom im Ausland sitzenden Zentralkomitee abwandte.

JOGICHES IN DEUTSCHLAND – MITBEGRÜNDER DER KPD

Jogiches verblieb in Deutschland. Mit Beginn des Ersten Weltkrieges 1914 und dem daraus entstehenden Frontverlauf wurde er zusammen mit Rosa Luxemburg komplett von der polnischen ArbeiterInnenbewegung abgeschnitten. Dies führte dazu, dass sich beide auf die deutsche ArbeiterInnenbewegung konzentrierten. Im Jahr 1915 gehörte er zusammen mit Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Franz Mehring, Ernst Meyer, Wilhelm Pieck, Clara Zetkin und anderen zu den BegründerInnen der Gruppe „Internationale“, einer Organisation von InternationalistInnen und KriegsgegnerInnen in der SPD. Gemeinsam mit Liebknecht und Luxemburg gründete Jogiches dann 1916 die kommunistische „Spartakusgruppe“. Dort gab er unter den Pseudonymen „A. Krumbügel“ und „W. Kraft“ die Spartakusbriefe heraus. Nach der Verhaftung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht wurde Jogiches zum Führer der Organisation der deutschen KommunistInnen. Er kümmerte sich um die Herausgabe von Propagandaschriften und dem Aufbau illegaler Druckereien und Zellen. Obgleich er ständig von der deutschen Polizei gesucht wurde, konnte er sich beinahe zwei Jahre bis zum März 1918 verstecken und den illegalen Organisationsaufbau und die Massenpropaganda der „Spartakusgruppe“ energisch vorantreiben.

Am 24. März 1918 wurde Jogiches dann mit anderen GenossInnen auf einer Konferenz der Spartakus-

gruppe verhaftet. Jogiches machte keine Aussagen, belastende Unterlagen wurden bei ihm nicht gefunden. Am 9. November wurde Jogiches im Zuge der Novemberrevolution befreit. Keine zwei Tage später beteiligte er sich am 11. November an der Gründung des Spartakusbundes. Er wurde in die Leitung der Organisation gewählt und für den Bereich „Reichsagitiation“ verantwortlich.

Während der Jahreswende 1918/1919 wurde Jogiches zum Mitbegründer der Kommunistischen Partei Deutschlands. Auch hier wurde er in das Zentralkomitee gewählt. Nur zwei Wochen später wurde Jogiches am 13.01.1919 während der Kämpfe in Berlin verhaftet. Am gleichen Tag wurden die führenden KommunistInnen Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht von faschistischen Freikorps ermordet. Doch Jogiches konnte erneut fliehen und übernahm umgehend die Leitung der Kommunistischen Partei Deutschlands.

Anfang März beschlossen Berliner ArbeiterInnen den Generalstreik für die Anerkennung der Arbeiter- und Soldatenräte. Der Belagerungszustand wurde über Berlin verhängt und dem SPD-Mann Noske, der von sich selbst sagte, dass „einer den Bluthund spielen muss“, die vollziehende Gewalt übergeben. Im Angesicht der Konterrevolution und aufgrund der Spaltung durch die SPD musste der Generalstreik am 8. März abgebrochen werden. Einige hundert ArbeiterInnen leisteten bewaffneten Widerstand gegen die faschistischen Freikorps. Am 9. März wurde das Standrecht ausgerufen und über 1.000 ArbeiterInnen, Matrosen, Soldaten von der Konterrevolution ermordet. Am 10. März traf es auch Jogiches. Er wurde verhaftet und hinterrücks im Untersuchungsgefängnis in Berlin Moabit erschossen. Die von Jogiches hinterlassene Lücke im ZK der KPD wurde inmitten der revolutionären Kämpfe sogleich gefüllt. In seine Fußstapfen trat die deutsche Kommunistin Clara Zetkin.

Heute befindet sich das Grab dieses großen Revolutionärs auf dem Friedhof der Sozialisten in Berlin. Neben Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht liegt er nun begraben, als eine Leitfigur der ArbeiterInnenbewegung und als kommunistischer Führer, welcher in mehreren Ländern zu Aufständen aufrief, die illegale Parteiarbeit unerschrocken unter schwierigsten Bedingungen leitete und die Unterdrückung der Herrschenden nie akzeptierte. Er stand immer eisern gegen Unterdrückung, Verelendung und Krieg, bis zu seinem Tode war er überzeugt von der Sache des Kommunismus. Er dient uns als Vorbild und wird nie vergessen werden.

KOMMUNISTISCHE BIBLIOTHEK



Hier werden verschiedene Dokumente von Autor/innen und Organisationen gesammelt, die sich auf den wissenschaftlichen Sozialismus beziehen und noch nicht digital veröffentlicht sind.

Die kommunistische Bibliothek möchte damit zum kritischen Studium der Geschichte anregen und gleichzeitig ein digitales Archiv bilden damit gemachte Erfahrungen nicht in Vergessenheit geraten. Schau dich einfach in den verschiedenen Rubriken um!

KOMBIBL.WORDPRESS.COM



ALLE UND SOGA WISSEN SICH
OHNE PARTEI KEINE REVOLUTION
KOMMUNISTISCHE PART
KOMMUNISTISCHER
AUFBAU

IVANA IOFFMAN

fen!
cht aufbauen!
lismus zerschlagen!

Als Klasse organisieren...
Revolutionäre Ge...
Kapitalismus zerschlagen!



KA